

Geist der Zeit

Wesen und Gestalt der Völker

Februar 1938 · Neue Folge von „Hochschule und Ausland" · 16. Jahrg.

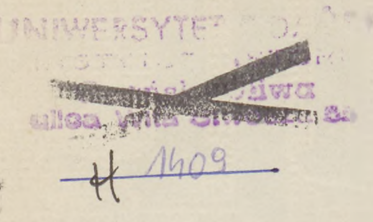
In diesem Heft beginnt der Abdruck eines Tatsachenberichtes von Willem Jaspert:

Republik Eire – Der irische Osteraufstand 1916

Ferner in diesem Heft: Der Sturm der tschechischen Studenten auf die Deutsche Universität in Prag von Univ.-Prof. E. Swoboda · Staatssozialismus und Nationalsozialismus von Univ.-Prof. E. Egner

Prags kulturelle Verwandlung · Der Begriffswandel der deutschen Sozialpolitik · Arthur Schopenhauer zum 150. Geburtstag · Vorboten eines neuen Europa · Das System der nationalsozialistischen Erziehung Wandlungen des Nationalitätenrechts

Herbert Stubenrauch Verlagsbuchhandlung Berl



INHALT

Geist der Zeit

Wesen und Gestalt der Völker

ORGAN DES DEUTSCHEN AKADEMISCHEN AUSTAUSCHDIENSTES

Herausgegeben von Wilhelm Burmeister und Dr. Herbert Scurla

Hauptschriftleiter: Karl Schwarz

HEFT 2 FEBRUAR 1938 16. JAHRG.

Republik Eire — Der irische Osteraufstand 1916

Von Willem Jaspert

Am 12. Januar dieses Jahres verkündete Ministerpräsident de Valera vor der Vertagung des Dail, des irischen Parlamentes, daß am 17. Januar in London Verhandlungen zwischen Vertretern der irischen und der englischen Regierungen stattfinden würden, bei denen offenstehende irisch-englische Fragen erörtert werden sollten.

Mit knappen Worten hatte der irische Staatschef eine höchstpolitische Sensation kundgetan. Und dementsprechend hatte diese völlig unerwartete Nachricht in ganz England außerordentliches Aufsehen erregt und ein weit stärkeres Echo gefunden, als das von de Valera am 29. Dezember 1937 verkündete Inkrafttreten der neuen irischen Verfassung.

„Die irische Nation erklärt hiermit ihr uneingeschränktes, unzerstörbares und souveränes Recht, ihre eigene Regierungsform zu wählen, ihre Beziehungen zu den anderen Staaten zu bestimmen und ihr politisches, wirtschaftliches und kulturelles Leben in Übereinstimmung mit ihrer Tradition und ihrem Geist zu gestalten.“ Mit diesen Worten beginnt der Wortlaut der neuen irischen Verfassung. Die englische Krone wurde aus der inneren Politik Irlands grundsätzlich ausgeschaltet und gleichzeitig der Anspruch auf ganz Irland, also einschließlich der bei England verbliebenen 6 Grafschaften von Ulster, erhoben.

Die Republik — denn unter dieser Staatsform forderte die Verfassung ganz Irland einschließlich der irischen Inseln und der territorialen Gewässer — erhielt den neuen Namen *Eire*. An ihre Spitze trat als repräsentativer Präsident der *„Uachtaran“*, der innerhalb von 180 Tagen

gewählt sein muß; der britische Generalgouverneur verschwand aus dem Regierungsstatut; mit der Leitung des Kabinetts wurde der „*Taoiseach*" beauftragt, d. h. in wörtlicher Übersetzung: „Der Führer".

Neben den Präsidenten trat der Staatsrat, dem der Taoiseach, sein Stellvertreter, der Präsident des Obersten Gerichtshofes, der Oberrichter, der Vorsitzende des Abgeordnetenhauses, der Generalstaatsanwalt und der Führer der Oppositionspartei angehört.

Die Inkraftsetzung dieser neuen irischen Verfassung war für de Valera ein großartiger Triumph. Die größere Arbeit im Dienste des nationalen Befreiungswerkes war getan, nachdem er fünfzehn Jahre lang, seit dem Tage, als der Irische Freistaat durch Vertrag mit Großbritannien ins Leben trat, um diesen Grad der Unabhängigkeit gekämpft hatte.

Noch war das letzte Ziel irischen Freiheitskampfes wohl nicht erreicht, verblieben doch die 6 nordirischen Grafschaften bei England. Aber der Anspruch auf die ganze Insel war ausgesprochen. Damals, Ende 1937, hatte man die irische Verfassungsänderung in England ruhig und gemessen hingenommen. Es genügte der britischen Politik, daß Irland Mitglied des British Commonwealth blieb, mochte es auch, wie das die Dominien taten, den König nicht als Haupt des eigenen Staates, sondern nur noch als den Vollzieher auswärtiger Repräsentationspflichten anerkennen. Auf das amtliche Schweigen der Londoner Regierung war eine Erklärung gefolgt, die in feiner Wendung besagte, daß sie die neue Verfassung so behandeln werde, *als ob* sie nicht eine grundsätzliche Änderung in der Stellung Irlands als Mitglied des britischen Commonwealth herbeiführe. So wenig also jener 29. Dezember 1937 die Ruhe Englands hatte stören können, so stark tat es de Valeras Ankündigung seiner Begegnung mit dem englischen Ministerpräsidenten Neville Chamberlain. Beide Staatsmänner hatten sich bis dahin noch nicht gesehen. Eine neue Note erhielt die tags darauf in London erfolgende Mitteilung, daß auch der englische Dominienminister Malcolm MacDonald, Schatzkanzler Simon und Innenminister Hoare an den Verhandlungen teilnehmen würden.

Zur Diskussion stand der gesamte Komplex der irisch-englischen Gegensätze. Da war der längst abgelaufene und zu erneuernde Handelsvertrag, der sog. coal-cattle-Vertrag, da war die Frage britischer Nationalität und britischer Pässe für die Bürger von Eire, das Problem der bisher von England geleiteten Außen- und Verteidigungspolitik —, bestehen doch auch heute noch britische Garnisonen in Cork, Berehaven und Lough-Swilly. Und die Ulster-Frage!

Allzu versöhnlich schien man auf irischer Seite nicht gesinnt; denn zum äußeren Zeichen des irischen Nationalbewußtseins waren die Dokumente mit grüner Tinte ausgefertigt, und das amtliche Ergebnis der Januarbesprechungen war ja auch unbefriedigend.

Doch die größte Überraschung für die englische Öffentlichkeit kam noch. Als Antwort auf de Valeras Verhandlungsabsicht kündigte England für die ersten Februartage Neuwahlen zum Nordischen Parlament an. Der

dortige Premierminister Lord Craigavon, forderte die Volksabstimmung für Nordirland.

„Die nordirische Bevölkerung wird die entsprechende Antwort geben" erklärte prompt de Valera.

Dennoch überrascht dieser Umschwung in Englands irischer Politik nicht allzusehr. Der englisch-amerikanische Handelsvertrag steht vor dem Abschluß. Die amerikanische öffentliche Meinung darf und kann jetzt gerade unter keinen Umständen getrübt werden. Und bekanntlich sind die Beziehungen zwischen England und den Vereinigten Staaten wiederholt schon durch Rückwirkungen der Unterdrückung Irlands gestört worden. Der Einfluß der überaus zahlreich ausgewanderten Iren in den Vereinigten Staaten ist groß.

Diese weltpolitische Konstellation im Verein mit der wehrpolitischen Bedeutung der Lage Irlands am Atlantischen Ozean gibt Anlaß und Auftakt zu einer historischen Darstellung der großen heroischen Freiheitstat der Iren, die einer tausendjährigen Auseinandersetzung mit England neue Bahnen wies und den Grundstein bildete für das heutige freie unabhängige Irland: Der irische Osteraufstand 1916.

Der Osteraufstand 1916

Im Januar 1916 hatte sich die englische Regierung entschließen müssen, ein Gesetz zur Aushebung von Rekruten einzubringen; die Ereignisse auf den Kriegsschauplätzen ließen diese Maßnahme notwendig erscheinen, nachdem bis dahin in England die Allgemeine Wehrpflicht nicht eingeführt war. Jetzt tauchte die zwiespältige Frage auf, was mit den Einwohnern Irlands geschehen sollte. Es war gefährlich, diese geschworenen Feinde Englands im Umgange mit Waffen zu unterrichten und ihnen Waffen in die Hand zu geben. Dadurch wurde die Gefahr einer lange ja schon beabsichtigten Erhebung außergewöhnlich gesteigert. Beließ man aber die im wehrfähigen Alter stehenden Männer in Irland, so war die Gefahr kaum weniger groß. Die irischen Führer erkannten das ebenso wie die englische Regierung, und bereits jetzt tauchten in den verschiedenen Tageszeitungen, insbesondere in den Schlagzeilen die Rufe auf: Warten wir nicht zu lange!

Tag für Tag fanden in den Städten und Dörfern des Landes Umzüge statt; die Teilnehmer waren in ihren grünen Uniformen, mit ihren bunten Gürteln und den Schlapphüten leicht erkennbar; viele waren mit Gewehren ausgerüstet. Es kam auch zu bewaffneten Ausfällen, das Hauptpostamt in Dublin wurde gestürmt, und am St. Patrickstage wurden Truppenparaden der Freiwilligen in allen Städten Irlands abgehalten.

Inzwischen dauerte die Unterdrückung der Presse fort, die Zensur arbeitete ohne Unterlaß, Waffen wurden beschlagnahmt. Es kam zu Gegenaktionen, die Gerichtshöfe tagten ununterbrochen und verhängten Ausweisungsbefehle. Hunderte von Irländern wurden zu Gefängnisstrafen

verurteilt, und die Protestkundgebungen in Dublin und anderorts nahmen immer gewaltigeren Umfang an.

Die englische Regierung hatte zu ihrer Unterstützung hauptsächlich zwei Maßnahmen ergriffen: einmal die Schaffung der Royal Irish Constabulari (R.I.C.), einer Sonderpolizei für Irland, die über das ganze Land verteilt war und die gleichzeitig eine Art Geheimdienst darstellte, der die englischen Behörden mit dem Material über die Fortschritte des allseits befürchteten Aufstandes, über die Bewaffnung der Freiwilligenarmee, über die Stimmung im Lande und die Namen der Führer unterrichtete, soweit es durch den großzügig angelegten Spionagedienst festgestellt werden konnte. Daneben war die aus über 5000 Mann bestehende Garnison in Dublin selbst, die auf Grund einer etwaigen Alarmnachricht innerhalb weniger Stunden durch reguläre Truppen aus England auf das Vielfache erhöht werden konnte.

Die englische Regierung verließ sich darauf, daß die Freiwilligen ungenügend bewaffnet seien. Nach einem Bericht der Polizei, der Ende März in London einging, verfügte die Freiwilligenarmee und die Bürgerwehr in Dublin nur über 900 Gewehre, während die Gesamtzahl der verfügbaren Schußwaffen mit 4466 angegeben wurde.

Der Spionageapparat arbeitete ausgezeichnet. Die meisten der Geheimbefehle waren zu gleicher Zeit, da sie bei den Führern oder Unterführern der Aufständischen eintrafen, nicht nur der Polizei, sondern auch der englischen Regierung bekannt. Die Zukunft der irischen Freiheitsbewegung war aufs Spiel gestellt. Ununterbrochen waren die federgewandten Führer der irischen Freiheitskämpfer auf dem Plan und schrieben Gedichte, Aufrufe, Zeitungsartikel, um immer wieder von neuem die Bevölkerung für die Idee der Freiheit zu begeistern. Verbote und Zensur nutzten nichts, und der Oberste Rat der „Irish Republican Brotherhood“ (I.R.B.) konnte sich der Stimmung der Bevölkerung nicht mehr widersetzen. Er hielt es auch selbst für am Platze, jetzt zu handeln, und der Ostersonntag, der 22. April 1916, wurde als Tag der Erhebung festgesetzt. Es war alle Vorsorge getroffen, daß dieser Beschluß durch kein noch so gut funktionierendes Spionagesystem frühzeitig bekannt wurde. Nur diejenigen Irenführer wußten das Datum, die seit vielen Jahren zusammen an diesem großen Werk arbeiteten. Allein Thomas Mac Donagh, der Kommandeur der Dubliner Brigade der irischen Freiwilligen, wurde außerhalb des Kreises des Obersten Rates der I.R.B. in Kenntnis gesetzt, während Connolly, dessen Drängen nach einem schnelleren Losschlagen man kannte, vorsorglich in Haft genommen wurde, damit durch sein Draufgängertum nicht der ganze Plan in Frage gestellt wurde. Auch Arthur Griffith, der Gründer und anerkannte Führer der irischen Sinn-Fein-Bewegung wurde nicht verständigt, weil man genau wußte, daß er sich dem Plan widersetzen würde.

Dagegen wurde eine Sonderbotschaft an die Führer der amerikanischen Vereinigungen der Iren, den American Clan Na Gael, gerichtet, um von diesen in der dringlichsten Frage, der der Waffenbeschaffung, be-

raten und unterstützt zu werden. Die Geheimbotschaft an deren Führer Devoy hatte folgenden Wortlaut:

> „Es ist unsere einmütige Meinung, daß wir nicht länger warten können. Es muß gehandelt werden. Jeder Aufschub muß verhängnisvolle Folgen haben. Unsere Feinde lassen uns keine Zeit mehr. Jetzt sind wir am Zuge. Die irischen Regimenter, die mit uns sympathisieren, werden allmählich durch englische ersetzt.
>
> Wir haben deshalb den Beginn der Erhebung auf Karsamstag festgesetzt. Wenn nicht unvorhergesehene Umstände eintreten, müssen wir Ihre Waffensendungen zwischen Karfreitag und Karsamstag in Limerick haben. Wir können nicht länger warten."

In einer am nächsten Tage im Irischen Klub in Philadelphia abgehaltenen Geheimversammlung wurde die Botschaft verlesen und die Notwendigkeit, Waffen von den Vereinigten Staaten nach Irland zu senden, erörtert. Man kam zu dem Ergebnis, daß dies infolge der deutschen U-Bootsperre so gut wie ausgeschlossen sei. Der Plan, von einem südatlantischen Hafen aus die Verschiffung vorzunehmen, wurde fallen gelassen und als einziger Ausweg der erkannt, die deutsche Militärbehörde zu bitten, die republikanischen Führer in Irland mit der geforderten Anzahl von Waffen und Munition zu versorgen. Der Beschluß wurde einstimmig angenommen. Die aus Deutschland eingehende Antwort hatte folgenden Wortlaut:

> „Zwischen dem 20. und 23. April abends können zwei oder drei deutsche Schiffe mit 20000 Gewehren und 10 Maschinengewehren mit entsprechender Munition und Explosivstoffen am Fenit-Pier in der Tralee-Bucht landen. Es ist notwendig, daß irische Lotsenschiffe die Transportdampfer bei Einbruch der Dunkelheit auf der Nordseite der Insel Inishtooskeert an der Einfahrt in die Tralee-Bucht erwarten und zwei grüne Lichter in kurzen Zwischenräumen beiderseits aufflammen lassen. Es muß sofort gedrahtet werden, ob diese Maßnahmen in Irland getroffen werden können; nur dann kann die sichere Durchführung gewährleistet sein!"

Die Irenführer wurden unterrichtet, stimmten dem Vorschlag zu. Die weiteren Vereinbarungen wurden über Amerika mit Berlin getroffen. Als Parole für den Fall, daß alles gut ausging, wurde das Wort „Fionn" gewählt; war Gefahr im Verzuge, galt die Parole „Brann".

In Irland selbst wurde alles nach bestem Können vorbereitet. Pearse wurde zum Oberbefehlshaber ernannt. Die Zeit schritt vor, es war notwendig, weitere, insbesondere Offizierskreise, in den Plan einzuweihen. Der Adjutant von Thomas Mac Donagh mit Namen Eamon de Valera wurde jetzt erstmalig ins Bild gesetzt und sollte in die I.R.B. aufgenommen werden. Er verpflichtete sich durch Eid, den Befehlen der I.R.B. nachzukommen, wie er dies als Offizier der Freiwilligenarmee bisher getan hatte. De Valera war ein geschworener Gegner von Geheimorganisationen; er erklärte sich als Offizier zwar bereit, den Befehlen zu gehorchen,

lehnte aber die Aufnahme in die I.R.B. ab. So wurde auch er über das genaue Datum nicht unterrichtet, vielmehr nur vorsorglich davon in Kenntnis gesetzt, daß an einem bestimmten Tage die Freiwilligenarmee in Aktion zu treten habe.

An dem Datum selbst, also Ostersonntag, 22. April, wurde im Hauptquartier nichts geändert. Am 3. April gab Pearse Befehl, daß überall im Lande dreitägige Manöver stattzufinden hätten, damit unmittelbar von den Manövern aus die Erhebung organisiert und mit bester Aussicht auf Erfolg durchgeführt werden konnte. Die Mehrzahl der Führer, der Offiziere der Freiwilligenarmee ahnte nicht einmal, daß bei dieser Festsetzung der dreitägigen Manöver ein solcher Revolutionsplan mit beschlossen war.

Noch war aber die Frage einer ausreichenden Bewaffnung der Armee offen, und diese hieß es zuerst einmal zu klären und zu lösen. Keiner erschien hierfür geeigneter als Sir Roger Casement, der als einer der Führer der irischen Freiheitsbewegung wegen seiner Beziehungen zu auswärtigen Mächten dafür am meisten in Frage kam. Casement hatte sich bereits bei der Begründung der Freiwilligenarmee wesentlich hervorgetan. Er war es gewesen, der in irischen Zeitungen unmittelbar nach Kriegsausbruch in einer Reihe aufsehenerregender Artikel über das Verhältnis Deutschland—England im Weltkriege geschrieben hatte. Deutschland muß siegen, hatte er erklärt, damit Irland im europäischen Staatengefüge ein unabhängiges Land wird. Es hatte ein großes Rätselraten begonnen, wer der Verfasser dieser Artikel war, der sich unter dem Namen Shan Van Vocht versteckt hielt, und das Motto: „Englands Schlappe ist Irlands Glück", war lange Zeit im ganzen Lande in aller Mund. Wenn trotzdem die Iren in der Folgezeit Deutschland gegenüber nicht allzu freundlich gesinnt waren, so lag das einmal daran, daß sie zu Frankreich mehr Sympathien und ältere und anerkanntere Beziehungen hatten, daß in der britischen Armee viele Iren dienten, die ihr Leben nicht auf den Kriegsschauplätzen in Frankreich und Belgien aufs Spiel setzen wollten, weil man in Irland wußte, daß Engländer und Deutsche ja eigentlich blutsverwandt waren, und weil die Mehrzahl aus katholischen und nationalistischen Kreisen stammte. Der Einmarsch deutscher Truppen in Belgien tat ein übriges.

Im September 1914 war Casement nach New York gereist, um dort seine Ansicht, daß nur mit Amerikas Hilfe für Irland ein Erfolg herbeigeführt werden könnte, zu propagieren. Auch Sir Roger Casement war, ebenso wie de Valera, nicht Mitglied der I.R.B., jener irisch-republikanischen Bruderschaft, die, ursprünglich im Jahre 1858 in Amerika gegründet und später wiederholt neu organisiert, für ein freies Irland im geheimen kämpfte. Die Organisation sah seine Abreise nach New York ungern, da er aber über einen internationalen Ruf als Vermittler, gleichzeitig über den Ruf völliger Unbestechlichkeit verfügte, reiste er, wenn nicht im Auftrage, so doch im Einvernehmen mit der I.R.B. In Amerika nahm er sogleich die Verbindung mit den irischen Kreisen, so mit dem

Clan Na Gael auf, hatte allerorts Unterredungen und verfaßte eine Denkschrift und einen Aufruf, die er mit der Unterschrift aller Irenführer in Amerika an Wilhelm II., den deutschen Kaiser, sandte. Casements Abreise über Norwegen mit einem norwegischen Segler erfolgte am 29. Oktober 1914.

Es waren drei Dinge, die Casement im wesentlichen erreichen wollte. In erster Linie beabsichtigte er, die in Gefangenenlagern befindlichen Iren in Sonderlagern zu sammeln, daraus eine irreguläre Armee zusammenzustellen und die Verbindung mit der irischen Freiwilligenarmee aufzunehmen. Zum anderen wollte er die Anerkennung eines freien unabhängigen Irland erreichen und erstrebte ein freundschaftliches Verhältnis zwischen den beiden Staaten. Der dritte Punkt, den er sich vorgenommen hatte, war der der Waffenbeschaffung.

Was er grundsätzlich ablehnte, war eine jede Geldsammlung zugunsten des neuen Irischen Freistaates. Solche Angebote, die ihm von vielen Seiten gemacht wurden, lehnte er ständig, bisweilen geradezu brutal werdend, ab. Eine wesentliche Unterstützung fand er in dem amerikanischen Generalkonsul in München John Gaffney; und bereits einen Monat später konnte er einen ungewöhnlichen Erfolg für sich und damit für die irische Freiheitsidee verzeichnen. Am 20. November erschien in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ eine Nachricht, daß Deutschland ein unabhängiges Irland anerkennen, und mit dem neuen Staate ein freundschaftliches Verhältnis herbeiführen werde.

In der ganzen Zeit stand der Clan Na Gael ständig in Verbindung mit Casement, der jetzt im Gefangenenlager in Limburg die Zusammenstellung der neuen Armee organisierte.

Für England stand viel auf dem Spiel, es brauchte einen neuen zwingenden Grund, Irland wieder auf seine Seite zu bringen, vor allem auch in Irland neue Truppen für die englische Armee anzuwerben. Da erfolgte am 7. Oktober 1915 die Versenkung der „Lusitania“. Die ganze Welt horchte auf Grund der äußerst geschickt aufgezogenen Propaganda auf. Aber schon machten sich die ersten Stimmen geltend, die davon wußten, daß mit dem Schiff Kriegsmunition verschifft worden war. Durch ganz Irland wurde sofort ein Manifest verbreitet, welches die Wahrheit über die Versenkung der „Lusitania“ ans Licht brachte, und der Führer der irischen Sinn-Fein-Bewegung, Arthur Griffith, fand in öffentlicher Rede und Bekanntmachung die schärfsten Worte für dieses hinterhältige Spiel eines Staates, friedliche Passagiere in Lebensgefahr und ums Leben zu bringen; er erklärte sich grundsätzlich gegen jede Aushebung in Irland. Der erste und zweite Programmpunkt, den sich Sir Casement gesetzt hatte, war erfüllt. Der dritte stand noch offen, die Waffenbeschaffung. Ursprünglich hatte er geglaubt, erreichen zu können, daß Deutschland eine große Militärexpedition unter Führung deutscher Offiziere mit U-Booten und zumindest mit 200 000 Gewehren und einigen hundert Maschinengewehren ausrüsten würde. Das lehnte Deutschland kategorisch ab. Die Mitteilung, daß nur 20 000 Gewehre und entsprechende Munition und

10 Maschinengewehre verschifft werden sollten, betrübte ihn sehr, er war geradezu verzweifelt, daß der Clan Na Gael diesen bescheidenen Vorschlag angenommen hatte, mußte er sich doch sagen, daß eigentlich dann schon das Unternehmen, wenn nicht ein Wunder geschah, zum Nichtgelingen verurteilt war.

Dazu kam, daß Casement gerade durch seine strikte Weigerung, Geld anzunehmen, selbst in eine schiefe Lage gekommen war, und daß man ihn vielerorts für einen romantischen Schwärmer hielt. Man hatte ihn teilweise sogar übergangen und sich direkt an den amerikanischen Irenführer John Devoy gewandt. Das kränkte Casement, aber sowohl die Amerikaner, wie jetzt auch die Iren in Irland, vertrauten ihm weiter wie bisher, und über die Schweiz erhielt Casement Anfang April eine Geheimnachricht dieses Wortlautes:

Ashling

Lieber Roger Casement!

„Ich teile Ihnen als Abgesandter des Herrn Präsidenten des Obersten Rates der Irischen Freiwilligenarmee folgendes mit:

1. Die Erhebung ist auf den Abend des nächsten Ostersonntags festgesetzt.
2. Die bezeichnete Waffensendung muß in der Tralee-Bucht spätestens bei Sonnenuntergang Karsamstag ankommen.
3. Deutsche Offiziere sind für die irischen Freiwilligentruppen unter allen Umständen erforderlich.
4. Ein deutsches Unterseebot muß im Dubliner Hafen liegen. Die Zeit ist kurz, sie muß kurz sein, wir müssen handeln, Gefahr ist im Verzuge.

Sehr ergeben

Ein Freund von James Malcolm.

Sofort gab Casement auf demselben Geheimwege die Antwort, daß deutsche Offiziere nicht zur Verfügung stünden, ebensowenig ein deutsches Unterseeboot. Die Nachricht ist in Irland nie angekommen. Casement war enttäuscht. Er hatte auf eine aktivere Unterstützung der deutschen Regierung, insbesondere der Armeeführer gehofft, er fühlte sich betrogen, ganz im Gegensatz zu den Männern in Irland und in Amerika, die den Aufstand organisierten. In einem Brief Devoys, des Führers der amerikanischen Iren, steht wörtlich:

> „Es ist nicht wahr, daß die Deutschen uns schlecht behandelt haben, sie haben alles und mehr für uns getan, um was wir sie gebeten haben.“

Aus eigenem Entschluß und in irgendeiner nervösen Überreizung faßte Casement neue Pläne. Statt der zwei vorgeschriebenen Schiffe beschloß er, nur eins mit einer Waffenladung abzusenden. Die deutsche Regierung stellte ihm das Schiff „Aud“ zur Verfügung. Die angeforderte Anzahl von Waffen und Munition wurde verladen. Aber Casement glaubte bereits bei der Ausreise nicht an ein glückliches Gelingen; er war der An-

sicht, daß es dem Schiff niemals gelingen könnte, die englische Blockade zu durchbrechen.

Da er zudem nicht annehmen konnte, daß der Kurier über die Schweiz rechtzeitig in Irland einträfe, war er noch unschlüssiger, er traute weder den Deutschen, noch seinen irischen Kampfgenossen, er war nur fanatisch von der Idee besessen, den Aufstand zu einem Erfolge zu führen, und handelte so, wie es ihm sein Gewissen eingab.

Nicht aus Feigheit, nein, gerade aus dem gegenteiligen Grunde, um durch ein Opfer, welches er zu bringen vorhatte, seine Landsleute von der Wahrheit seiner Bestrebung zu überzeugen und sie gleichzeitig zu neuem unerschütterlichem Kampf anzufeuern, begleitete er die „Aud“ nicht, sondern fuhr auf einem deutschen Unterseeboot nach Irland.

Unter dem Kommando des Kapitäns Karl Spindler fuhr die „Aud“ mit 21 Offizieren und der Mannschaft am Nachmittag des 9. April aus Lübeck ab. Die deutsche Regierung kam seinem Wunsche nach Überlassung eines Unterseebootes nach, vor allem, weil er erklärte, den irischen Aufstand an Ort und Stelle aktiv zu organisieren, und weil er dringlich klar zu machen wußte, daß bei dem Fehlen militärischer Führer unter den Freiwilligen seine Anwesenheit unbedingt erforderlich sei. Das Unterseeboot verließ den Kieler Hafen am 12. April, mit dem Befehl, Karfreitag in Tralee-Bucht mit der „Aud“ zusammenzutreffen. In seiner übertriebenen Angst hatte Casement bestimmt, daß das Waffenschiff Irland ein oder zwei Tage vor Ostern anlaufen müsse. Der Kommandeur der „Aud“ hatte Befehl erhalten, sein Schiff zwischen Gründonnerstag und Ostersonntag nach Inishtooskeert zu bringen.

Das Schiff fuhr unter norwegischer Flagge, die gesamte Mannschaft und alle Offiziere waren als Norweger verkleidet, alles war mit solcher Vorsorge getroffen, daß kein Mensch einen falschen Gedanken fassen konnte. Bis zum letzten war für alles gesorgt, in den Spinden der Mannschaften und in den Schränken befanden sich Briefe und Photographien norwegischer Mädchen. Als Fracht war Bauholz deklariert, was sich auch tatsächlich über der Munition an Bord befand. Leider fehlte nur eine Radioanlage. Die „Aud“ fuhr nördlich um Schottland herum, geriet in einen Sturm, wie er nach Aussage des Kapitäns Spindler diesem in seiner ganzen Seemannslaufbahn nicht begegnet war, entging wie durch ein Wunder allen englischen Patrouillen und Kontrollschiffen. Die irische Küste wurde gesichtet, die Holzladung über Bord geworfen, und am 20. April, Gründonnerstagabend, erreichte das Schiff nach ausgezeichneter Fahrt Tralee-Bucht. Es war vier Uhr. Der Kapitän war stolz, seinen Befehl an dem ersten Tage, für welchen er Order erhalten hatte, ausgeführt zu haben.

Aber kein Lotsenboot war da, kein Signal an der Küste; niemand. —

(Fortsetzung folgt.)

Die Insignien der Deutschen Universität in Prag

Der tschechische Sturm auf die Deutsche Universität im Jahre 1934

Von Ernst Swoboda

Professor an der Deutschen Universität in Prag

Vor kurzem ging die Nachricht durch die Blätter, daß die Deutsche Universität in Prag neue Insignien erhalten habe. Die Nachricht war nicht ganz zutreffend. Es handelte sich nur um die von den Pedellen getragenen Zepter (Stäbe) für den Rektor und die fünf Fakultäten. Die Halsketten der Universitätswürdenträger wurden noch nicht geliefert. Es erscheint angezeigt, bei diesem Anlasse daran zu erinnern, wie es zur Wegnahme der alten Insignien gekommen ist.

Als in den letzten Tagen des Oktober 1918 die Habsburgische Monarchie zerfiel und auf ihren Trümmern der tschechoslowakische Staat erstand, da begann auch der heiße Kampf um die Rechte der ältesten Deutschen Universität. Damals stand Dr. August Naegle, ein Sohn der Rheinpfalz, an der Spitze der Universität[1]).

Wie Naegle in seiner Geschichte der Deutschen Universität nach dem Umsturze vom 28. Oktober 1918 berichtet[2]), hatte schon an diesem Tage eine tolle Jagd nach deutschen Anschriften und Orientierungstafeln eingesetzt, und im Zuge dieser Jagd waren auch alle von außen her erreichbaren deutschen Tafeln der Universität beseitigt worden. Selbst an den deutschen Kliniken wurden die deutschen Hälften der doppelsprachigen Aufschriften überklebt, so daß die Neulinge unter den deutschen Studenten und die hilfesuchenden deutschen Kranken der Möglichkeit beraubt wurden, sich zurechtzufinden oder sich über die Sprechstunden der deutschen Professoren zu unterrichten. Die Verwaltung des alten Universitätsarchivs wurde der Deutschen Universität vom revolutionären Nationalausschuß abgenommen und der Tschechischen Universität übertragen. Die bis dahin der Deutschen Universität gehörige Sternwarte wurde einem tschechischen Professor übergeben.

---

[1]) Über August Naegle vgl. Geist der Zeit 1937, S. 769ff.

[2]) Rektoratsbericht 1921, S. 15ff.

Selbst vor der Verleugnung geschichtlicher Tatsachen schreckte man nicht zurück. Die nur aus Slawen zusammengesetzte Nationalversammlung beschloß am 19. Februar 1920 ein Gesetz, mit welchem nur der Tschechischen Universität als „Karls-Universität" der Name des Gründers Karl IV. zuerkannt und auf diese Weise nur sie als Fortsetzerin der alten Karls-Universität erklärt wurde[3]). Das *Karolinum* (das von Karl IV. errichtete alte Universitätsgebäude), das Universitätsarchiv und die Registratur wurden als alleiniges Eigentum der Tschechischen Universität festgestellt und ihr die Verwaltung des Karolinum übertragen. Der Deutschen Universität blieb nur das Recht, einen Teil des Karolinum so lange zu benutzen, als nicht für sie ein Neubau hergestellt oder ihr ausreichende Ersatzräumlichkeiten zugewiesen sein würden. Ebenso wurden die alten Insignien, Siegel, Bilder und sonstigen Andenken als Eigentum der Tschechischen Universität erklärt. Das Ministerium für Schulwesen und Volkskultur behielt sich vor, über die Art der Übergabe dieser Gegenstände an die Tschechische Universität zu entscheiden und zu bestimmen, inwieweit die Deutsche Universität dafür Ersatzgegenstände erhalten werde.

Eineinhalb Jahre hatte der auch für das Studienjahr 1919/20 zum Rektor wiedergewählte August Naegle und mit ihm der Senat der Universität mit aller Energie gegen das Zustandekommen dieses Gesetzes gekämpft. In seinem Beschluß vom 17. Januar 1920 verwies der Senat darauf[4]), daß geschichtliche Tatsachen auch durch ein Gesetz nicht ungeschehen gemacht werden könnten und daß das Gesetz unzweifelhaft gegen den Minderheitsvertrag vom 10. September 1919 verstoße, der zum Grundgesetz des Staates erklärt worden war und allen Bürgern des Staates ohne Unterschied der Sprache die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte zusicherte. Der Senat verwies ferner darauf, daß die $3^1/_2$ Millionen zählende deutsche Bevölkerung der Sudetenländer nur im Vertrauen auf die feierliche Zusicherung der Einhaltung dieses Grundgesetzes, das in der Verfassungsurkunde der Tschechoslowakischen Republik neuerdings ausgeprochen worden war, sich der durch die Friedensverträge geschaffenen politischen Regelung unterworfen habe. In der vom akademischen Senat noch im gleichen Jahre herausgegebenen Schrift über das Gesetz vom 19. Februar 1920 wird der gegen dieses Gesetz geführte leidenschaftliche Kampf geschildert. In einem beigefügten Gutachten des Professors der Geschichte, Dr. Emil Werunsky, wird aus dem Stiftsbriefe der Universität — der Goldenen Bulle vom 7. April 1348 — nachgewiesen[5]), daß Karl keineswegs als bloßer König von Böhmen, sondern nur als „Römischer König und künftiger Kaiser" (rex Romanorum semper Augustus in imperatorem postmodum promovendus), dessen Machtvollkommenheit nach

---

[3]) Das Gesetz vom 19. Februar 1920, herausgegeben vom Akademischen Senat der Deutschen Universität, 1920, S. 11.

[4]) A. a. O., S. 14ff.

[5]) A. a. O., S. 38ff. und „Das historische Recht der Deutschen Universität in Prag, ein Schlußwort ihres akademischen Senates", herausgegeben im Selbstverlag 1930. Gutachten der Prof. Werunsky und Weizsäcker.

dem Frankfurter Reichsgesetz *Licet juris* vom 6. August 1338 aus der Regierungszeit Ludwigs des Bayern der des gekrönten römischen Kaisers gleichgeachtet wurde, die Universität (das Prager Generalstudium) gründete und nur als solcher, also als in der öffentlichen Meinung des 14. Jahrhunderts — selbst bei den nichtdeutschen Verfassern der kirchenpolitischen Streitschriften — anerkannter *Monarcha mundi* sogar die Privilegien des außerhalb des Imperium Romanum gelegenen Pariser Generalstudiums auf die neuerrichtete Prager Universität zu übertragen und den nach dem Zeugnis der alten Chroniken aus Deutschland, Frankreich, England, Italien, Ungarn und Polen herbeiströmenden fremden Magistern und Scholaren den für die Hin- und Rückreise erforderlichen Königsschutz zu verleihen vermochte. Deshalb führt Karl auch im Stiftsbrief selbst an erster Stelle den Titel „Romanorum rex semper Augustus". In der gleichen Eigenschaft hat Karl kurze Zeit später, im Jahre 1355, auch Perugia ein *studii generalis privilegium* und dem Generalstudium in Pavia im Stiftsbrief vom 13. April 1361 nicht bloß die Privilegien der Generalstudien Paris und Bologna, sondern überdies jene der Generalstudien Oxford, Orleans und Montpellier verliehen. Nur aus dem Charakter Prags als Reichsuniversität erklärte sich der gewaltige Besuch zu Ende des 14. Jahrhunderts. Sie war ein Institut von europäischem Ruf geworden, und die Zahl der von nah und fern gekommenen Studenten belief sich nach den Überlieferungen in den letzten Jahrzehnten des 14. Jahrhunderts jährlich wenigstens auf 11000[6]). So kam es auch, daß die Universität, und zwar Magister und Studenten, nach den Statuten in vier Nationen eingeteilt wurden: die böhmische, die bayrische, die polnische und sächsische. Jeder von ihnen stand eine Stimme zu, was z. B. für die Rektoratswahl von entscheidender Bedeutung gewesen ist. Hervorgehoben muß noch werden, daß unter böhmischer Nation alle Landeskinder der böhmischen Krone zu verstehen waren[7]) und daß die hierunter fallenden Studenten zum größten Teil deutscher Abstammung gewesen sind. Das konnte nicht anders sein, weil die Bürgerschaft der Städte großenteils deutsch war, die Studentenschaft sich aber vor allem aus der städtischen Bevölkerung bildete. Der tschechische Geschichtsforscher Tomek stellt in seiner Geschichte der Prager Universität überdies fest (S. 47f), daß die böhmische Nation bis zum Jahre 1408 immer nur wenig mehr als ein Fünftel der gesamten Prager Studentenschaft betrug, und daß auch die „sogenannte polnische Nation" nur dem Namen nach slawisch war, während die Mehrzahl ihrer Mitglieder, da sich ihr Gebiet bis nach Obersachsen und Thüringen erstreckte, aus Deutschen bestand.

Wie mannhaft Naegle für die uralten Rechte der Deutschen Universität gekämpft hat, erhellt besonders aus der kühnen Ansprache, die er über die geschilderten Vorgänge der Jahre 1918—1920 an den Präsidenten der Republik Dr. Masaryk anläßlich dessen 70. Geburtstages gehalten hat[8]).

[6]) Tomek, Geschichte der Prager Universität. 1849, S. 38.
[7]) Weizsäcker, Gutachten a. a. O.
[8]) Das Gesetz vom 19. Februar 1920, a. a. O., S. 39ff.

Aber auch nach dem Zustandekommen des Gesetzes ließ er nicht ab, immer wieder gegen das erlittene Unrecht zu protestieren. Als Naegle für das Studienjahr 1929/30 zum drittenmal zum Rektor gewählt worden war, nahm der akademische Senat in der Sitzung vom 5. Februar 1930 unter Hinweis auf die zehnjährige Geltung des Gesetzes über das Verhältnis der Prager Universitäten in einer öffentlichen Kundgebung neuerlich Stellung gegen die darin gesetzlich festgesetzte Geschichtsfiktion und erhob die Forderung, daß auf dem Wege der Gesetzgebung die historische Wahrheit und Gerechtigkeit wieder zum Ausdruck gebracht werde[9]). Feierlich wiederholte Naegle diese Forderung noch in seiner Rede bei der Inauguration seines Nachfolgers am 4. Dezember 1930, zwei Jahre vor seinem Tode.

Aber alles Ringen war vergeblich. Im Studienjahr 1933/34 setzte der Rektor Domin der Tschechischen Universität auf Grund jenes Gesetzes die grundbücherliche Durchführung der Eigentumsübertragung an die Tschechische Universität durch. Am 21. November 1934 wurde der Rektoratskanzlei der Deutschen Universität ein Erlaß des Ministeriums für Schulwesen und Volkskultur zugestellt, der bestimmte, daß die altehrwürdigen Insignien der Prager Universität, namentlich die goldenen und vergoldeten Ketten der Funktionäre, das Rektorszepter und die Zepter der vier alten Dekanate dem Vertreter des Rektorats der Karls-Universität an jener Stelle auszufolgen seien, an der sie aufbewahrt wurden. Zugleich wurde der Deutschen Universität angeboten, die bisher von der Tschechischen Universität benutzten, im Jahre 1882 anläßlich der Teilung der Universität in eine deutsche und eine tschechische angefertigten Insignien leihweise zu gebrauchen, bis der Staat der Deutschen Universität Ersatzstücke liefere.

Drei Stunden nach dem Eintreffen dieses Erlasses wurde beim Rektorat ein Schreiben der Tschechischen Universität abgegeben, in welchem mitgeteilt wurde, daß zwei Herren, der außerordentliche Professor Dr. Wenzel Vojtišek, der als schärfster Gegner der Deutschen Universität aufgetreten und nicht einmal Mitglied des Senates war, und der tschechische Kanzleidirektor Dr. Říha am Montag, dem 26. November 1934, zur Übernahme der Gegenstände erscheinen würden.

Die Verfügung des Ministeriums erregte um so größeres Befremden, weil seit dem Inkrafttreten des Gesetzes vom Februar 1920 nahezu 15 Jahre verstrichen waren und überdies vor mehreren Jahren zwischen dem damaligen Rektor der Deutschen Universität Dr. Marian San Nicolò und dem tschechischen Rektor Dr. Pekář aussichtsreiche Verhandlungen angeknüpft und nahezu zum Abschluß gebracht worden waren, des Inhalts, daß diese alten Insignien im Museum verwahrt und bei besonders feierlichen Anlässen sowohl der Tschechischen als auch der Deutschen Universität zum Gebrauche übergeben werden sollten. Davon war nun keine Rede mehr. Die Tschechische Universität beanspruchte diese alten Zeichen der akademischen Würdenträger, die auch nach der Teilung der

[9]) Rektoratsbericht 1929/30. Das historische Recht, S. 27ff.

Universität im Jahre 1882 der Deutschen Universität verblieben waren, auf Grund des Gesetzes vom 19. Februar 1920 als ihr direktes und uneingeschränktes Eigentum.

Der akademische Senat erklärte sich in Permanenz, erhob noch einmal feierlich Einspruch gegen das Unrecht, das der Deutschen Universität durch das Gesetz vom Jahre 1920 zugefügt worden war und bezeichnete insbesondere die vorgeschriebene Art der Übergabe als unwürdig und unannehmbar. Der Rektor Dr. Grosser, der Prorektor Dr. Gesemann und der frühere Rektor Dr. San Nicolò begaben sich am nächsten Tage als Abgesandte in das Schulministerium und zum Ministerpräsidenten, um die Stellungnahme des Senates bekanntzugeben und die Zurücknahme der Verfügung zu erwirken.

Die Kunde von dem Proteste der Deutschen Universität verbreitete sich wie ein Lauffeuer. Die tschechischen Zeitungen brachten entrüstete Artikel und bezeichneten das Vorgehen der Deutschen Universität als Provokation und Revolte. Während die Abordnung der Universität beim Ministerpräsidenten weilte, kam die Nachricht, daß die tschechischen Studenten sich anschickten, die Insignien mit Gewalt zu holen.

Schon einmal, vor mehr als einem halben Jahrtausend, hatte der Streit um die alten Insignien die Gemüter entflammt. Einundsechzig Jahre nach der Gründung der Universität war unter dem Einfluß des glühenden Deutschenhassers Magister Johann Hus und seines Freundes Hieronymus eine vollständige Umwälzung in der Organisation der Universität herbeigeführt worden, durch die der böhmischen Nation drei Stimmen, den übrigen drei Nationen zusammen aber nur eine Stimme zuerkannt worden war[10]). Damals — im Jahre 1409 — war auch die Forderung auf Ausfolgung der Insignien an die Universität gestellt worden. Der alte deutsche Rektor Henning Baltenhagen, ein Württemberger, der der „sächsischen Nation" angehörte, hatte jedoch die Übergabe verweigert. Als dann auf königlichen Befehl der königliche Kommissär Nikolaus von Lobkowitz mit einem bedeutenden Gefolge von Bewaffneten die Herausgabe der Insignien, d. h. der Schlüssel zur Universitätslade, des Rektorssiegels und der Matrikel, erzwang, hatten sich die aus Deutschland stammenden Studenten um ihre deutschen Lehrer geschart, hatten der feindlich gewordenen Stadt den Rücken gekehrt und waren — etwa fünftausend an der Zahl — außer Landes gezogen, um in Leipzig eine Tochteruniversität zu gründen[11]).

Fast schien es, als sollten die Geschehnisse jener fernen Vergangenheit wiederkehren. Mit dem Rektor Dr. Drahovsky, dem Prorektor Dr. Domin und dem Dekan der theologischen Fakultät Dr. Josef Vajs an der Spitze, zogen am 22. November 1934 die fanatisierten tschechischen Studenten zum Hause des Rektorats der Deutschen Universität. Kaum waren die vom Ministerpräsidenten zurückgekehrten deutschen Professoren im Rektoratsgebäude angelangt, als auch schon der Sturm der tschechischen Studenten auf das geschlossene Tor einsetzte. Glücklicherweise hatten eine Anzahl

[10]) Tomek, a. a. O., S. 61ff.
[11]) Tomek, a. a. O., S. 68f.

der zum Hausschutz herbeieilenden deutschen Studenten die zum Rektorat führenden Treppen und ebenso die Treppen zum Dekanat der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät besetzt. Diese wenigen deutschen Studenten kämpften gegen die Übermacht der tschechischen Studenten einen wahren Heldenkampf, dessen Schauplatz die uralten Treppen wurden. Aus Stühlen und Tischen waren in aller Eile Hindernisse erbaut worden. Mit ihrer Hilfe und in vielstündigem Ringen wurde der Ansturm der tobenden Massen, dem die zahlreichen Polizeiabteilungen tatenlos zusahen, erfolgreich abgewehrt und ihr Eindringen in die Räume des Rektorats verhindert. Nur in das ein Stockwerk tiefer gelegene slawische Seminar vermochten die Angreifer zu gelangen und wüteten dort hemmungslos. Selbst die Wasserleitung wurde aus der Wand gebrochen, die Dielen des Fußbodens herausgerissen, Bücherschränke umgestürzt und eine große Verwüstung angerichtet. Von welcher Gesinnung die fanatisierte Menge erfüllt war, ließ am besten die symbolische Handlung erkennen, mit welcher die Demonstranten aus einem herausgerissenen Türrahmen einen improvisierten Galgen herstellten und daran das Schild mit der Aufschrift „Rektorat der Deutschen Universität“ aufzogen.

Schließlich sah sich der Rektor Dr. Grosser genötigt, vom Fenster des oberen Stockwerkes herab die Hilfe der Polizei anzurufen. Noch gegen 7 Uhr abends aber verstieg sich der Leiter der tschechischen Demonstranten so weit, dem deutschen Rektor ein telephonisches Ultimatum zu stellen mit der Drohung, wenn dieser sich nicht binnen 5 Minuten der Polizei übergebe, das Gebäude zu demolieren. Erst gegen 9 Uhr konnten die deutschen Professoren und ihre Verteidiger die Häuser verlassen, deren Tore geschlossen wurden.

Nunmehr übernahm ein starkes Polizeiaufgebot die Wache vor und in den Häusern. Da aber die Demonstrationen auf den Straßen auch noch am Sonntag, dem 25. November, ihren Fortgang nahmen und der Rektor von verschiedenen deutschen Seiten darauf aufmerksam gemacht wurde, in welcher Gefahr sich die deutschen Kulturobjekte in Prag befänden, entschloß er sich am 26. November, die Insignien im Ministerium an eine ministerielle Kommission in würdiger Weise zu übergeben. Die Benutzung der Insignien der Tschechischen Universität wurde abgelehnt. Noch am gleichen Tage übermittelte das Ministerium die erhaltenen Insignien der Tschechischen Karls-Universität, die in der Halle der juridischen Fakultät ein großes Siegesfest feierte. Ein öffentlicher Umzug beendete die Feier. Die Deutsche Universität aber schloß trauernd für länger als einen Monat ihre Tore.

In diesen schweren Tagen gedachten die deutschen Studenten ihres unvergeßlichen eisernen Rektors Dr. Naegle, und unter dem Eindrucke der Ereignisse faßten sie den Entschluß, ihm ein Denkmal zu setzen zum Zeichen, daß die deutschen Studenten entschlossen seien, in seinem Sinne die Ehre und die Rechte der Deutschen Universität, dieses kostbaren uralten Besitzes der sudetendeutschen Kultur, auch in Zukunft mannhaft zu verteidigen. Zur Aufbringung der erforderlichen Mittel aber beschlossen

sie zugleich, einen vollen Tag zu hungern und das dadurch ersparte Geld als Denkmalfonds anzulegen. Erhebend war es, mit welcher Einmütigkeit die deutschen Studenten, deren Zahl nahezu fünftausend betrug, diesen Beschluß zur Tat machten. Aus einheimischem Marmor wurde das Bild Naegles von einem sudetendeutschen Künstler geformt, im Februar 1936 im Senatssaal der Deutschen Universität feierlich enthüllt und der Obhut der akademischen Behörde übergeben, an dem gleichen Tage, an welchem die sterblichen Überreste des großen Vorkämpfers, der „eisernen Magnifizenz", in seine Heimat überführt wurden.

Die vorbildliche Haltung der deutschen Studenten verdient es, weiteren Kreisen bekannt zu werden. Das gebietet die Pflicht der Dankbarkeit gegen diese tapferen jungen Männer, die unter den schwierigsten Verhältnissen ihr Deutschtum hochhielten und die Zukunft der deutschen Wissenschaft in den Sudetenländern sichern halfen.

Prags kulturelle Verwandlung

Von Willy Beer

Die einzelnen europäischen Hauptstädte haben, aufs wesentliche gesehen, ihr bestimmtes geistiges Gesicht. Es mag vorübergehend Zeiten geben, in denen dies Gesicht — wie z. B. im Berlin der Nachkriegszeit — einige fremde Züge bekommt; aber sie reichen gewöhnlich nicht hin, um der eigentlichen Gestalt einer Stadt ihr Wesen zu nehmen. Auch die sich stetig verändernde geistige Konzeption des europäischen Kontinents hat doch den nationalen Kulturen und den sie darstellenden städtischen Zentren Europas ebensoviele Bereicherungen gebracht wie Eigentümlichkeiten gelassen und mitunter auch vertieft. Wenn in diesem Bilde die deutsche Hauptstadt nicht in dem Maße eine eindeutige geistige Prägung besitzt wie Paris und London und Rom, so hat das seinen Grund vornehmlich in den mannigfaltigen Weisen, in denen sich deutscher Geist seine Versinnlichung gesucht hat; und so wird man ihn in München, in Dresden, in Heidelberg und in vielen anderen deutschen Städten mindestens in der gleichen Sinnfälligkeit finden, wie in der Hauptstadt des Reiches. Aber gerade aus diesen verschiedenen Arten der deutschen Geistigkeit hat sich in der objektiv wägenden Welt eine sehr einhellige Vorstellung von ihrer Besonderheit herausgebildet. Man weiß den Wirkungskreis des deutschen Geistes heute abzuschätzen und den Bogen zu erkennen, in dem er sich über weite Strecken spannt, die nicht zu seinem politischen Bereich im engeren Sinne gehören. Daß er seit Jahrhunderten besonders nachhaltig auf den mitteleuropäischen Raum gewirkt hat, ist ein geistesgeschichtliches Faktum, das als Realität zu erkennen und einzuschätzen ist. Um so wichtiger für alle Gespräche über die Gemeinsamkeit des europäischen Denkens werden darum die Erkenntnisse, die heute das Studium der geistigen Situation an einem entscheidenden Punkte Mitteleuropas, in Prag, vermitteln.

Das Resultat eines solchen Erkundungsversuches läßt sich vorwegnehmen: Prag ist in Gefahr, seine mitteleuropäische Zentrallage ideologisch mißbrauchen zu lassen. Der Eindruck bleibt, daß die denkbar schlechteste Entwicklung, die diese geschichtsträchtige Stadt im Herzen des Kontinents nehmen konnte, bereits sehr weit fortgeschritten ist. Seit Prag, das

unverkennbar im deutschen Erbe ruht, Hauptstadt der Tschechoslowakei ist, fühlt es sich dieser neuen Gründungsidee, den Idealen von 1918, verpflichtet; der junge Staat hat sich dieser Konstruktion mit Dankbarkeit hingegeben und den Strom der westlichen Zivilisation und der französischen Bildungsvorstellungen ungehemmt nach Prag fließen lassen. Das hielt lange an. Die Theater, die Kinos, die Schulen lebten aus diesem Gedankenkreis. Er fand um so willkommeneren Eingang, als er im Gewande einer weltweiten internationalen Kulturidee daherkam. Die letzten Jahre aber, in denen diese Kulturideale in ganz Europa immer fragwürdiger wurden und aus Deutschland der kräftige Stoß gegen ihre Scheinblüte einsetzte, begannen die Westgläubigkeit auch in Prag zu erschüttern.

Es ist jedoch nicht so, daß der Fremde heute in Prag eine Abkehr vom Kulturschema der westlichen Demokratie bemerken müßte. Er sieht vielmehr die deutlichen Anzeichen dafür, daß sich — allerdings immer unter dem Deckmantel der „Demokratie" — allmählich eine neue Fremdheit über Prag zu breiten beginnt, die ihren Ursprung unverkennbar im Osten, in der Sowjetunion, hat. Andererseits kann es dem aufmerksamen Beobachter aber auch nicht entgehen, daß der tschechische Staat selbst seit geraumer Zeit Anstrengungen macht, um in Prag eine eigene geistige Tradition zu schaffen. Diese Bemühung, die ihren Grund ohne Zweifel in der Erfolglosigkeit bisher gehegter Bindungen hat, wird in Prag nur geringe Früchte erwarten dürfen, so sehr die tschechoslowakischen Forscher jetzt auch dazu angehalten sind, die Einheit des tschechischen und des slowakischen Volkes als eine viele Jahrhunderte zurückreichende Tatsache zu legitimieren. Dazu kommt für die Verantwortlichen die Notwendigkeit, das deutsche Dreieinhalb-Millionen-Volk in der Tschechoslowakei geistig mit dem Staate, der insgesamt nur über eine Bevölkerung von etwa 15 Millionen verfügt, in Einklang zu bringen. Das geschieht kulturpolitisch dadurch, daß bei unendlich vielen Gelegenheiten von den maßgeblichen Männern des tschechischen Staates ein Bekenntnis zu einer — nach deutschen Begriffen höchst zweifelhaften — deutschen Kultur-„Auswahl" abgelegt wird.

Selbstverständlich verschärft sich diese Lage durch den Einfluß der deutschen Emigration. Wenn auch nicht mehr festgestellt werden kann, ob die literarische Emigration nach 1933 die jüngste Entwicklung Prags erst angeregt und bewirkt hat, so läßt sich doch jedenfalls sagen, daß sie durch ihre Existenz wesentlich gefördert worden ist. Die eigentliche literarische Tätigkeit in Prag geht heute in deutscher Sprache vor sich; in einer Unzahl von deutschgeschriebenen Zeitungen, Wochen- und Monatsschriften, die offenbar alle einem vorhandenen Lesebedürfnis dienen, wird in vielen Abstufungen Literatur geboten, die entweder durch sogenannte „Schilderungen von Zuständen aus dem Reich" für die entsprechende erwünschte antideutsche Stimmung sorgt oder aber die den deutschen Auffassungen entgegengesetzten Ideologien theoretisch zu verbreiten strebt. Daß die Autoren dieser Schriften in deutscher Sprache ihr Publikum suchen, mag überwiegend darin seinen Grund haben, daß sie die

tschechische nicht beherrschen, aber wohl auch darin, daß eine tschechische Intelligenz, die an den Erörterungen um die rechte Richtung der eigentlichen marxistischen Strömungen ein Interesse hätte, in dem Maße überhaupt nicht existiert. Jedoch ginge die Annahme fehl, die daraus auf eine beschränkte Wirkungsmöglichkeit der Prager Emigration schlösse; denn die vom Ressentiment des Emigranten getragene Zeitung und Zeitschrift hat ihre Ausstrahlungen unmittelbar und mehr noch mittelbar auf die Gesinnung auch der tschechischen Buchproduktion, der Filmeinfuhr, des Theaters, der Universitäten und der Schulen. Die Einigkeit aller Emigranten in ihrer Gegnerschaft zum Reich schafft auf diese Weise die Bereitschaft für das Einströmen der Gedankengänge, die Europas geistigen Besitz bedrohen.

Überall wird der Aufmerksame den Spuren dieser Bedrohung begegnen. Freilich, er sieht in den Schaufenstern der Buchhandlungen eine Fülle deutschgeschriebener Bücher, aber durchweg von Autoren, die sich als unerbittliche Feinde des neuen Deutschland und als Bundesgenossen derer bekannt haben, die jedes Mittel zu seiner Bekämpfung, ja Vernichtung gutheißen. Deutsche Werke, die in Deutschland selbst Wert und Rang besitzen, findet man in den Prager tschechischen Buchhandlungen nicht. Anerkannte englische und französische Literatur dagegen ist in großer Zahl vertreten. Der Beobachter stellt also hierzu fest: an erster Stelle steht das deutschgeschriebene Buch der Emigranten, an zweiter Stelle die tschechischgeschriebenen Bücher, die sich dieser Haltung annähern, an dritter Stelle die aus den westlichen Ländern kommenden Werke ähnlicher Gesinnung, an vierter Stelle die Übersetzungen sowjetischer Bücher, und dann findet er die best-seller aus den anderen Ländern, — mit Ausnahme derer aus Deutschland.

Beim Theater ist man gezwungen, noch weitergehende Beobachtungen ähnlicher Art zu machen. Hier tritt der Einfluß der aus Deutschland Emigrierten zunächst scheinbar nicht so deutlich ans Licht. Die beiden deutschen Bühnen in Prag spielen Stücke, die entweder zum bekannten Repertoire des deutschen klassischen Theaters gehören oder aber aus dem Milieu der englischen, französischen und auch wienerischen Gesellschaftskomödie stammen. Natürlich verzichten diese staatlich unterstützten Bühnen peinlich auf eine Entlehnung aus den heutigen reichsdeutschen Spielplänen, um eben jener amtlichen tschechischen Vorschrift darüber, was als „deutsche Kultur" anzusehen sei, nicht zuwiderzuhandeln. Dagegen sind gerade die meistbesuchten tschechischen Bühnen mit großer Deutlichkeit aus der neutralen Unverbindlichkeit des bloßen Gesellschaftstheaters westlicher Prägung herausgetreten. Sie benutzen gerne die französische Bühnentechnik, von der sie viel gelernt haben, jedoch haben sie Stück um Stück ihr Publikum daran gewöhnt, im „Zeitgemäßen" eine bestimmte kulturpolitische Tendenz zu begreifen. So ist es erstaunlich zu sehen, daß die eigentlichen Erfolgstheater in Prag zwei Bühnen sind, deren Leiter heute schon offen in den Gesellschaften und Vereinigungen sitzen, deren Ziele in einer kulturellen Verbindung mit der Sowjetunion liegen

und gleichzeitig die Bekämpfung Deutschlands und seiner Kultur zur Voraussetzung haben. Das eine dieser Theater, „D 39“ genannt (D-Diavdlo-Theater), will mit der Jahreszahl andeuten, daß es der Zeit immer um ein Jahr voraus sei. Es spielt insbesondere „Umarbeitungen“ von bekannten Werken der Weltliteratur. Aber der Schritt, den vor Jahren Piscator etwa in Deutschland mit seiner Modernisierung bestimmter Dramen unternahm, ist hier schon um den anderen verlängert, durch den (ähnlich den bekannten Unternehmungen in den russischen Theatern) das dramatische Werk Goethes und Shakespeares nur noch die stoffliche Folie für die Darstellung einer bestimmten politischen Absicht wird. Für die Weitherzigkeit der Auswahl dieser Bühnenleiter ist es kennzeichnend, daß man auch daran gegangen ist, das „Hohelied Salomons“ im kommunistischen Sinne zu „dramatisieren“. Wiewohl dieses Theater nur einen kleinen Zuschauerraum hat, ist doch die Ziffer von 200—250 Aufführungen solcher Retortenarbeiten kein unwesentliches Zeichen für den Widerhall, den sie mit ihrer politischen Propaganda bei dem intellektuellen Publikum, insbesondere der männlichen und weiblichen Jugend der höheren Schulen und der Studentenschaft finden. — In dem zweiten Theater, dem „Befreiten Theater“, hat sich die sowjetfreundliche Ideologie eine Stätte geschaffen, von der aus sie tiefer in die Mittelschichten und in die unteren Schichten Prags vorstoßen kann. Voskowetz und Werich, die Direktoren, Autoren und Hauptdarsteller des „Befreiten Theaters“, haben dafür eine Methode gefunden, die offensichtlich ihre Anhänger hat. Was sie spielen, könnten sie einen Sketch oder eine Revue nennen. Alle Elemente solcher dramatischen Zwischengattung haben sie sich zunutze gemacht: den Schlager, das Chanson, die Improvisation, den Tanz. In dies Gerüst verpflanzen sie eine Fabel mit aktueller Spitze. Sie spielen etwa ein Stück, das „Die dicke Berta“ heißt und in einer Zeit spielt, „in der noch Kriege ohne Kriegserklärungen geführt wurden“. Die Fabel sucht nun in Ausdrücken, Wortwitzeleien und Situationen Analogien, die auch dem Einfältigsten nicht mehr harmlos erscheinen können. Aber sie bettet sie ein in einen Wust von derben, das Publikum erheiternden Belanglosigkeiten, um dann immer wieder in den Augenblicken der höchsten Ausgelassenheit des Parketts die hintergründigen eigentlichen Zwecke des Abends: die Stimmungsmache gegen die erstarkten und autoritären Länder in Erscheinung treten zu lassen. Das geschieht in der Form einer Clownerie, die durch ihre geschickte Tarnung eine um so nachhaltigere Wirkung auslöst. Zur Intellektuellenbühne hat sich in Prag also das Volkstheater der gleichen Zweckbestimmung hinzugesellt. Gewiß, sie wird nicht offen genannt: aber das macht sie nur bedeutsamer; denn die Firmierung dieser kulturpolitischen Vorgänge als Ausdruck einer besonderen „literarisch-dramatischen Avantgarde“ stellt dem Begriff der „Zeitgemäßheit“ auf Prager Boden ein in der Tat eindeutiges Zeugnis aus.

Diese Beobachtungen lassen sich durch eine Reihe anderer Einzelheiten erweitern. Man findet sie in „D 39“ sogar in räumlicher Vereinigung. In den Treppenaufgängen dieses Theaters werden Zeichnungen von Künst-

lern aus der bekannten Prager Künstlervereinigung „Manes“ zur Schau gestellt: Zeichnungen, die dem expressionistisch-surrealistischen Stil der französischen Malerei um die Zeit des Weltkriegsbeginns deutlich nachfolgen. Hier freilich mischt sich ihre epigonale Manier mit Motiven, die nicht selten dem politischen Bezirk entnommen sind und die die an Moskauer Animositäten orientierte Zeitkarikatur bevorzugen. Solche Bilder hängen im Theaterfoyer, aber wiederum zwischen einer größeren Anzahl sehr gut und eigenwillig gesehener Photos und einzelnen guten Landschaftsskizzen.

Die Vereinigung „Manes“ tritt vielfach in größeren Veranstaltungen zusammen mit der „Pritomnost“ („Zukunft“) auf. In diesen beiden Vereinigungen haben sich diejenigen jungen literarischen, bildnerischen und musikalischen Talente in der Tschechoslowakei zusammengeschlossen, die dem geistigen Leben Prags den Stempel aufdrücken. Die „Pritomnost“ etwa veranstaltete zusammen mit „Manes“ vor Weihnachten einen Abend in der Prager Produktenbörse, auf dem zeitgenössische Kompositionen uraufgeführt werden sollten. Während der erste Teil der Veranstaltung die jungen Komponisten Stücke vortragen ließ, die ohne bemerkenswerte Besonderheiten in der Nachfolge des atonalen Musizierstils standen, brachte der zweite Abschnitt die eigentliche „Sensation“. Man führte erst ein etwas sonderbar instrumentiertes Werk „Granada“ auf, das mit Chor, Soloinstrumenten und Tanzpantomime ein Lobgesang auf das rote Spanien war, und begann dann mit der Uraufführung von Kantaten des aus Deutschland emigrierten und heute in Moskau an der dortigen Akademie tätigen jüdischen Komponisten Hanns Eisler. Man ließ die Texte dieser ausnahmslos deutsche Verhältnisse in der hämischsten Weise „besingenden“ Lieder, deren Uraufführung in Paris von der Jury abgelehnt worden war, in deutscher Sprache singen. Das überwiegend aus deutschsprechenden Juden zusammengesetzte Publikum verlangte vielfache Wiederholung der Aufführung. Das geschah im Schutze einer Vereinigung, der die Pflege des Zeitgenössischen in Prag anvertraut ist — in demselben Prag zudem, für dessen Konzertsäle sonst regelmäßig das Verbot der deutschen Sprache gilt.

Durch eine Reihe von offiziösen Bindungen begibt sich weiterhin die Tschechoslowakei in die neue Hörigkeit. Wenn man z. B. danach forscht, warum eigentlich nach Prag aus Deutschland nur der mittelmäßige Film kommt, aus Frankreich und Amerika nur die großen internationalen Erfolgsfilme, aus Rußland aber fortgesetzt Filme eingeführt werden, die der Verherrlichung von Phasen aus der bolschewistischen Revolution und des Aufbaues der Moskauer Armee dienen, oder die sich die Persiflage deutscher Gesetzesmaßnahmen zum Gegenstande machen, stößt man als Importfirma auf ein Unternehmen, das den Titel „Praha-Paris“ trägt. Zur Ergänzung läßt man sich sagen, daß seit wenigen Jahren die zum Austausch tschechischer und französischer Filme gegründete Gesellschaft mit dieser Arbeitsverlagerung ungleich „rentabler“ gearbeitet hat.

Wem diese Erfahrungen eines kurzen Studienbesuches in Prag noch nicht genügten, konnte sich beim Gang durch die Moderne Galerie auch

noch davon überzeugen, daß einige der bekanntesten kubistischen Besitztümer dieser Galerie zur Zeit fehlen: sie befinden sich in einer von Staats wegen zusammengestellten Ausstellung der tschechoslowakischen Malerei in Moskau. Die sowjetrussische Gegenverleihung, die angekündigt war, ließ sich leider noch nicht besichtigen.

Gewiß, es gibt ein tschechoslowakisches Nationaltheater, das die heimischen großen Komponisten: Smetana, Dvořak und Fiebich, pflegt, es gibt auch die „Welka operetta“, die ihr großes Publikum aus den untersten Schichten anzieht, es gibt auch einige hervorragende tschechische Filme, die wegen ihrer echten Volksatmosphäre sogar den Weg über die Grenzen gefunden haben, und es gibt auch tschechische Dichtung und Malerei, die den Anschluß an jene zweifelhafte „Zeitgemäßheit“ nicht sucht. Aber dies alles liegt außerhalb des eigentlichen Prager Zeitgeistes, der in seinen vielerlei Äußerungsformen heute durchweg Anteil an dem schon weit fortgeschrittenen Wandlungsprozeß hat. Er findet vor allem und nicht zuletzt in der Hochschule starke Unterstützung. Selbst wenn man von den Zahlen keinen Gebrauch machen will, die beispielsweise von der philosophischen Fakultät der tschechischen Universität 80 Prozent als kommunistischen Organisationen angehörend benennen, so bleiben doch Mitwirkungen von einer beträchtlichen Zahl tschechischer Professoren an kommunistischen Veranstaltungen und entsprechende Lehraufträge Anzeichen genug für den Grad, in dem sich nicht nur das freie kulturelle Leben Prags, sondern auch das in der akademischen Provinz von der neuen östlichen Kulturorientierung angezogen fühlt.

Dies gibt gerade dem nüchternen Besucher Anlaß zu ernsten Überlegungen. Er wird sich ja nicht versagen können, das Karolinum, die älteste deutsche Universität, aufzusuchen. Ein altes, verwittertes Gemäuer wird er vorfinden, sich über ausgetretene Stufen und baufällige Gänge vorwärtstasten zu der heute hier völlig unzureichend untergebrachten juristischen Fakultät der deutschen Universität. Auf der Suche nach den anderen Teilen der deutschen Universität wird er manchen ihm sonderbar erscheinenden Gang durch die Stadt anzutreten haben; gewiß, der tschechische Staat macht es den deutschen Studenten nicht leicht, in Prag zu studieren. Einerlei: bei diesem Streifzug wird er diesen und jenen prächtigen modernen Zweckbau finden, der der tschechischen Universität errichtet worden ist, und hinter Türen, hinter denen er es nicht vermutet hätte, irgendein deutsche Institut beherbergt sehen. Aber der Gang wird ihn dennoch nicht reuen, weil er auf ihm Schritt für Schritt, mit jedem barocken Palast, jeder gotischen Kirche und jeder bezaubernden Brücke die Geschichte dieser herrlichen kulturgesättigten Stadt abschreitet. Niemand wird den Unbefangenen davon zurückhalten können, danach zu forschen, woher diese geschichtliche Schönheit, dieser Zauber lebendiger Vergangenheit kommt. Auch hierbei wird er vielleicht tschechisierte Namen zu hören bekommen, deren Geburtsorte ihn erst aufklären könnten, daß sie Deutsche waren. Das ist die entscheidendste Erkenntnis eines solchen sichtenden Rundblicks: das mächtige deutsche Kulturgut, das

Prag seine unverlierbare Gestalt gegeben hat, hält jeder diese Stadt überwältigenden Strömung stand. Es tritt dem Sehenden um so eindringlicher vors Auge, je heftiger sich der Drang gebärdet, der Stadt durch rasch aufgetürmte moderne Gebäude die zivilisatorische Legitimation der Gegenwart auszustellen.

Alles dies verbindet sich zu dem Schluß: Wie in keiner europäischen Hauptstadt ist heute in Prag eine Auffassung vom Geist und seiner Existenz im Wachsen, die ihre Wurzel in den entsprechenden Vorstellungen des Bolschewismus hat. Sie tritt im Kleide einer internationalen Kultur- und Fortschrittsbeflissenheit an den Tag und bedient sich der aus dem demokratischen Westen überkommenen Formen und Stile. Es ist dabei gleichgültig, in welcher Weise der unmittelbare Agitationseinfluß aus Moskau spürbar wird und ob mitunter überhaupt eine direkte Spur verläuft. Es genügt allein, konstatieren zu müssen, daß die Stadt in der Mitte Europas zur Zeit sogar die von ihr freudig aufgenommenen weltbürgerlichen Gedankenkreise verkümmern läßt, daß sie zum deutschen Gedankengut in offener Ablehnung steht, und sich statt dessen, aber halb widerstrebend, halb unterstützend, vom weltrevolutionären Zustrom aus dem Osten überwuchern läßt.

Der Begriffswandel der deutschen Sozialpolitik

Von Bruno Rauecker

Aristoteles, der Begründer der systematischen Politik, hat als Politik die „Lehre von der Lebensbetätigung der Bürger“ bezeichnet. In Anlehnung an diese Formulierung pflegt die politische Wissenschaft von der Antike bis herauf in das 19. Jahrhundert unter Politik sowohl die Lehre von der eigentlichen praktischen staatspolitischen Betätigung als auch die Rechts- und Morallehre in all ihren verzweigten Beziehungen zu Staat und Volk zu verstehen. So gesehen war auch die Sozialpolitik jahrtausendelang ein Bestandteil der Politik und erst durch die Aufspaltung der politischen Ganzheitsidee durch den Liberalismus ist aus der Sozialpolitik eine politische Teilfunktion an und für sich geworden, die nicht mehr der Lebensbetätigung der Bürger als einer Einheit, sondern der Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit, der Herstellung des sozialen Gleichgewichts, der Abschwächung oder Überbrückung der Klassengegensätze oder wie immer die begrifflichen Begründungen der Sozialpolitik gelautet haben mögen, zu dienen hatte — wobei das Vorhandensein von Klassen und Klassengegensätzen als eine in der Natur der menschlichen Gesellschaft und ihrer Wirtschaftsordnung begründete, unabänderliche Gegebenheit vorausgesetzt und hingenommen wurde.

Von nun ab sind die Motive der sozialen Betätigung nicht mehr vom Wohle des Ganzen, von der „Lebensbetätigung der Bürger“ eines Volkes als einer Einheit bestimmt, sondern von der jeweiligen sozialen, kirchlichen, staatspolitischen usw. Überzeugung, wobei eine jede dieser Überzeugungen zu besonderen sozialpolitischen Lehren, Forderungen und Betätigungsformen führt. Der sich hieraus ergebende Prinzipienstreit verschärfte seinerseits die sozialen Spannungen, verhinderte oder verzögerte die Durchführung sozialer Maßnahmen und hat schließlich den sozialen Kampf aller gegen alle zur Folge gehabt.

Zur Kennzeichnung der Strömungen und Gegenströmungen auf sozialpolitischem Gebiet, wie sie das ganze 19. Jahrhundert bis zur nationalsozialistischen Revolution innerhalb der deutschen Sozialpolitik geherrscht haben, seien die Grundzüge des sozialreformatorischen Liberalismus und der konservativen Sozialreform, der kirchlichen und der marxistischen

Sozialpolitik kurz geschildert. Aus der Gegensätzlichkeit ihrer Leitsätze lassen sich die inneren Konflikte ermessen, unter denen die sozialpolitische Betätigung in Deutschland mehr als ein Jahrhundert gelitten hat und von denen sie erst durch die Wiederherstellung einer ganzheitlichen Sozialordnung vom Volksbegriff her und auf ihn zu befreit worden ist.

Wie jede der anderen sozialpolitischen Richtungen sieht der deutsche Sozialliberalismus, wie er vor allem durch Lujo Brentano und Friedrich Naumann propagiert worden ist, als das Ziel der Sozialreform die Abwehr der Ausbeutung der wirtschaftlich Schwächeren durch die wirtschaftlich Stärkeren an. Im Gegensatz zu den übrigen Richtungen fordert er jedoch, daß diese Abwehr nach Möglichkeit geführt werden solle von den freien Organisationen der Individuen. Nur ausnahmsweise, wenn die Bemühungen der Selbsthilfe versagten, dürfe die Sozialreform auch von der staatlichen Zwangsgewalt vorangetragen werden. Auch die — unentbehrliche — staatliche Arbeiterschutzgesetzgebung solle im wesentlichen von den Selbstverwaltungskörpern der sozialen Gruppen durchgeführt werden.

Im strikten Gegensatz hierzu setzt sich die konservative Sozialreform in Anlehnung an die Anschauungen des 17. und 18. Jahrhunderts von den Wohlfahrtsaufgaben des Staates für eine eindeutige autoritäre Regelung der sozialen Verhältnisse und Beziehungen ein. Ausgangs- und Zielpunkt dieser Regelung ist jedoch nicht das konkrete Lebewesen Volk und seine Wohlfahrt, sondern das Abstraktum Staat und seine Macht nach innen wie nach außen. Die Sozialpolitik des Kaiserreiches ist seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts auf das stärkste von sozialkonservativen Theorien beeinflußt. Die Oktroyierung der Versicherungsgesetze, des Kernstücks der späteren sozialpolitischen Gesetzgebung, durch Bismarck geschah unter dem Einfluß sozialkonservativer Theoretiker wie Rodbertus, Adolph Wagner und Rudolf Meyer, ausschließlich aus Gründen der Staatsräson. Die Unterdrückung der revolutionären Bestrebungen, so erklärte Bismarck, verlange als unentbehrliche Ergänzung die Fürsorge für die hilfsbedürftigen Staatsbürger. Der Staat habe „auch in den besitzlosen Klassen, welche zugleich die zahlreichsten und am wenigsten unterrichtet sind, die Anschauung zu pflegen, daß der Staat nicht bloß eine notwendige, sondern auch eine wohltätige Einrichtung sei“ (Begründung zum Unfallversicherungsgesetz 1881).

Die katholische Sozialreform wiederum lehrte, daß die geistliche Gewalt höher als die irdische stehe und daß der Staat füglich sich der Kirche auch in sozialen Dingen unterzuordnen hätte. Mit dieser Einschränkung fordert sie allerdings vom Staat die nachdrückliche Förderung der Hilfsbedürftigen (vgl. vor allem die Enzyklika *Rerum novarum* vom 15. Januar 1891). Jedoch solle die soziale Betätigung des Staates dort haltmachen, wo die Selbsthilfe sich als ausreichend erweist, wobei unter Selbsthilfe vor allem auch die Tätigkeit der kirchlichen Karitas verstanden wird. Die ideale Krönung der kirchlichen Karitas wird in einer allgemeinen menschlichen Gesamtorganisation überstaatlicher Art, in einer universalen sozialen Gemeinschaft unter der Leitung der Kirche gesehen.

Betont die katholische Sozialreform den überstaatlichen Charakter der Sozialpolitik, so wurzelt die protestantische in der Überzeugung von der Gottgefälligkeit der freien, sittlichen Persönlichkeit. „Sofern der Individualismus die Persönlichkeit in ihrer Bedeutung zur Anerkennung und Entwicklung bringt, ist er nicht bloß ein berechtigtes, sondern ein unveräußerliches Moment menschlicher Kultur, ohne welches die menschliche Gesellschaft entwicklungsunfähig, die christliche Gesellschaft, sonderlich die auf reformatorischem Grunde erwachsene, undenkbar ist“ (Stöcker). Demgemäß lehnt die protestantische Sozialpolitik grundsätzlich jeden autoritären Eingriff äußerer Organisationen in die sozialen Beziehungen als im Widerspruch mit den dem Protestantismus eigentümlichen Prinzipien der Selbstbestimmung und der Eigenverantwortlichkeit entschieden ab und duldet ihn nur als äußersten Notbehelf.

Den Gegenpol zu dieser Lehre — und auch zu jener des Sozialliberalismus — stellt der dogmatische Marxismus dar, der nicht nur jede individualistische politische oder wirtschaftliche Betätigung durch das Individuum als unmarxistisch ablehnt, sondern auch jede derartige Bestrebung für das Individuum. Bewegungen, die auf eine Beseitigung oder doch Milderung der sozialen Nöte innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft gerichtet waren, hat er darum für abwegig und „kleinbürgerlich“ erklärt. Immerhin verstand sich die mildere Abart der marxistischen Lehre, der Revisionismus, zu sozialpolitischen Reformen insoweit, als er in ihnen ein brauchbares Mittel zur allmählichen Herbeiführung der kollektivistischen Wirtschaftsordnung sah. Ebenso wie der dogmatische Marxismus strebte er jedoch die grundsätzliche Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und die Vergesellschaftung des Erwerbskapitals an, was ihn vom sozialpolitischen Reformismus bürgerlicher oder kirchlicher Prägung prinzipiell unterscheidet.

Es ist naheliegend, daß für eine Staatsauffassung, die — wie die nationalsozialistische — ihr staatsmännisches Handeln ausschließlich am Volksbegriff orientiert, derartige sozialpolitische Motive keine Gültigkeit mehr besitzen konnten. Da es im nationalsozialistischen Staat keine Klassen mehr gibt, kann der Sinn der Sozialpolitik auch nicht mehr die Überwindung der Klassengegensätze sein. Da der Einzelwille und das Einzelinteresse dem Gemeinwillen und Gemeininteresse untergeordnet sind, kann das Ziel der Sozialpolitik nicht mehr in einer Förderung der individuellen Wohlfahrt bestehen. Da die nationalsozialistische Staatsauffassung eine ganzheitliche ist, kann sich die sozialpolitische Betätigung nicht mehr als Teilfunktion im Rahmen der Gesamtpolitik erschöpfen, sondern die Gesamtheit aller staatspolitischen Maßnahmen wird mit sozialistischem Geist erfüllt. Wirtschafts- und Sozialpolitik sind eine untrennbare Einheit. Wenn beispielsweise heute durch die Maßnahmen des Vierjahresplanes die Rohstoffgrundlage der deutschen Wirtschaft erweitert und gesichert wird, wenn durch die Preisüberwachung die Kaufkraft der breiten Massen gesichert und nach Möglichkeit gehoben wird, wenn durch das Verbot der

Neuinvestierung in einer Anzahl von Produktionszweigen die Übersetzung gewisser Wirtschaftsgruppen verhindert wird, so sind dies Maßnahmen, die ebensosehr wirtschafts- wie sozialpolitischen Charakter tragen. Wenn durch die Gewährung von Ehestandsdarlehen die Eheschließung erleichtert, durch eine soziale Steuerpolitik, durch die Bewilligung einmaliger oder laufender Kinderbeihilfen an kinderreiche Familien ein weitgehender Familienlastenausgleich angestrebt wird, wenn durch eine Neuordnung des deutschen Raumes eine natürlichere, boden- und blutgebundene Volksordnung angestrebt wird, so sind die sozialen, staats- und volkspolitischen Motive hierbei nicht mehr voneinander zu unterscheiden. Im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen sind Schichten, die vordem nicht oder doch in unzureichendem Maße Objekt der sozialen Fürsorge waren, in den Wirkungsbereich der Sozialpolitik getreten: Bauern und Handwerker, Siedler und Heimarbeiter u. a. m.

Und wie das Objekt der deutschen Sozialpolitik, so ist seit dem nationalsozialistischen Umbruch auch ihr Wesensgehalt ein anderer geworden. An die Stelle einer Unmenge von Gesetzen, Verordnungen, Vereinbarungen und Verträgen ist eine kleine Anzahl grundlegender Richtlinien getreten, deren Fernziel über den unmittelbaren sozialpolitischen Zweck hinaus stets die Festigung der deutschen Volksgemeinschaft und ihr Aufbau und Ausbau nach natürlichen Gesetzen ist. Bei allen Maßnahmen der neuen deutschen Sozialpolitik steht der Gedanke der Schaffung einer gegliederten Gemeinschaft aller Deutschen immer im Vordergrund.

Am stärksten tritt dies bei der „Organisation der schaffenden Deutschen der Stirn und der Faust", der Deutschen Arbeitsfront, in die Erscheinung. In der Verordnung des Führers und Reichskanzlers vom 24. Oktober 1934 über ihre Zwecke und Ziele heißt es in diesem Sinne: „Das Ziel der Deutschen Arbeitsfront ist die Bildung einer wirklichen Volks- und Leistungsgemeinschaft aller Deutschen. Sie hat dafür zu sorgen, daß jeder einzelne seinen Platz im wirtschaftlichen Leben der Nation in der geistigen und körperlichen Verfassung einnehmen kann, die ihn zur höchsten Leistung befähigt und damit den größten Nutzen für die Volksgemeinschaft gewährleistet." Diesem obersten nationalsozialistischen Leitziel dienen dann die Erziehungsaufgaben, die der Arbeitsfront in ethischer Absicht obliegen, ebenso wie ihre Selbsthilfeeinrichtungen. In dem Erlaß Adolf Hitlers heißt es hierüber: „Die Deutsche Arbeitsfront hat den Arbeitsfrieden dadurch zu sichern, daß bei den Betriebsführern das Verständnis für die berechtigten Ansprüche ihrer Gefolgschaft, bei den Gefolgschaften das Verständnis für die Lage und die Möglichkeiten ihres Betriebes geschaffen wird ... Die Deutsche Arbeitsfront hat die Aufgabe, zwischen den berechtigten Interessen aller Beteiligten jenen Ausgleich zu finden, der den nationalsozialistischen Grundsätzen entspricht ..." Auch das Ziel der materiellen Selbsthilfeeinrichtungen der Deutschen Arbeitsfront ist nicht in erster Linie die soziale Fürsorge im alten und üblichen Sinne, sondern durch sie und mit ihrer Hilfe „soll jedem ihrer Mitglieder die Erhaltung seiner Existenz im Falle der Not gewährleistet werden, um

den befähigten Volksgenossen den Aufstieg zu ebnen oder ihnen zu einer selbständigen Existenz, möglichst auf eigenem Grund und Boden, zu verhelfen.“ Letzter Sinn der Selbsthilfeeinrichtungen der Arbeitsfront ist somit nicht allein die Wiederherstellung und Erhaltung der materiellen Wohlfahrt der Betreuten, sondern auch die Vermehrung der Zahl der selbständigen Existenzen und damit die Entproletarisierung der abhängigen Bevökerung.

Der Gemeinschaftsgedanke, dem auch die Deutsche Arbeitsfront in erster Linie zu dienen hat, wird hauptsächlich durch die Reichsbetriebsgemeinschaften gepflegt, die für alle Fragen zuständig sind, die den einzelnen Erwerbstätigen angehen. Um die Zusammenarbeit zwischen den Einrichtungen der Organisation der gewerblichen Wirtschaft und jenen der Deutschen Arbeitsfront zu festigen, ist ferner auf Grund der sogenannten „Leipziger Vereinbarungen“ vom 21. März 1935 zwischen dem Reichswirtschafts- und -arbeitsminister sowie dem Leiter der Deutschen Arbeitsfront ein System paritätischer Gliederungen der sozialen Selbstverwaltung errichtet worden, deren Basis die örtlichen Arbeitsgemeinschaften als Untergliederungen sind. Auf ihr bauen sich die Bezirksarbeits- und Wirtschaftsräte sowie als Krönung des gesamten Gebäudes der sozialen Selbstverwaltung der Reichsarbeits- und Reichswirtschaftsrat auf. Entscheidungen über die von diesen Gremien verhandelten Gegenstände stehen indessen nur den staatlichen Instanzen, in Einzelfällen den Reichstreuhändern der Arbeit, im Falle grundsätzlicher Anordnungen dem Reichsarbeits- und Reichswirtschaftsminister bzw. dem Gesamtkabinett, für die Dauer des Vierjahresplanes auch dem Beauftragten für den Vierjahresplan zu. Auf diese Weise wird vermieden, daß sich in den Körperschaften der sozialen Selbstverwaltung unüberbrückbare Fronten bilden, daß die alten Klassengegensätze wieder aufleben, daß insbesondere die Arbeitsausschüsse zu Lohnmaschinen werden, mit denen zwei Gegner Taktik treiben. Die Gefahr für den sozialen Frieden, die hier entstehen könnte, wird ferner durch die Bestimmung gebannt, daß nur Betriebsführer und Gefolgschaftsmitglieder Mitglieder der Arbeitsausschüsse werden können, nicht aber etwa neugeschaffene Unternehmersyndizi oder Arbeitersekretäre. Denn die treibende Kraft, die allen Einrichtungen der sozialen Selbstverwaltung zugrunde liegt, ist die Gemeinschaftsidee. Ihr sind alle Maßnahmen organisatorischer oder programmatischer Art dienstbar gemacht worden, wie dies besonders klar in dem Erlaß, mit dem Adolf Hitler die „Leipziger Vereinbarungen“ bestätigt hat, zum Ausdruck kommt: „Die Vereinbarung“, so heißt es darin, „. . . stellt den Willen zur Gemeinschaftsarbeit an ihre Spitze. Dieser Wille muß sich bis in die untersten Organe unseres gesamten Arbeits- und Wirtschaftskörpers durchsetzen.“

Nicht minder ist das „*Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit*“ vom 20. Januar 1934 (in Kraft seit 1. Mai 1934), das man mit Recht die „Magna charta“ der nationalsozialistischen Sozialpolitik genannt hat, auf dem Gedanken der Gemeinschaft aufgebaut.

Der Gesetzgeber hatte bei der Schaffung einer neuen nationalsozialistischen Sozialordnung eine Aufgabe von größtem Ausmaß zu erfüllen: Gesetzesmaterien, die vordem völlig von liberalen und marxistischen Gedankengängen beherrscht waren, sollten auf die nationalsozialistischen Gedanken der Gemeinschaft, der Führung und der auf Fürsorge, Treue und Ehre gegründeten Betriebsverbundenheit umgestellt werden. Das Arbeitsordnungsgesetz mußte deshalb inhaltlich wie gesetzestechnisch vollkommen neue Wege gehen. Es durfte sich, da es sich in erster Linie um die Schaffung einer neuen sozialen Gesinnung handelte, nicht wie die arbeitsrechtlichen Gesetze der früheren Zeit in der Behandlung von Einzelfällen erschöpfen, sondern es mußte vielmehr in erster Linie die sittlichen Gedanken der neuen Sozialordnung herausstellen, die bewegenden Kräfte, von denen in Zukunft das deutsche Arbeitsleben beherrscht werden sollte.

Es ist deshalb durchaus folgerichtig, daß gleich in den ersten Paragraphen des Gesetzes das Wesen der neuen Arbeitsgesinnung unmißverständlich gekennzeichnet wird. Ausgangspunkt der neuen Sozialordnung ist wie in dem übrigen Leben der Nation die Gemeinschaftsidee, verkörpert durch die Betriebsgemeinschaft. Der Gedanke der engen Verbundenheit zwischen dem Unternehmer und seinen Arbeitern und Angestellten kommt in bewußter Anlehnung an alte deutsche Rechtsgrundsätze in der Kennzeichnung des Unternehmers als „Führer" des Betriebes und der Angestellten und Arbeiter als „Gefolgschaft" zum Ausdruck. „Im Betrieb arbeiten der Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinen Nutzen von Volk und Staat" heißt es in dem wegweisenden Paragraph 1 des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit.

Kommt schon in diesem Leitsatz die grundlegende Umwandlung der sozialen Beziehungen im neuen Deutschland aus einem Gegen- zu einem Miteinander von Arbeitgeber und Arbeitnehmern deutlich zum Ausdruck, so gilt dies erst recht für die weitere Forderung an den Führer des Betriebes, für das Wohl der Gefolgschaft Sorge zu tragen und in der Forderung an die Gefolgschaft, dem Führer des Betriebes „die in der Betriebsgemeinschaft begründete Treue zu halten". Die Bedeutung, die das Arbeitsordnungsgesetz dem Gemeinschaftsgedanken beimißt, geht ferner aus der Vorschrift über die Errichtung eines Vertrauensrates hervor, dessen Aufgabe es ist, „das gegenseitige Vertrauen innerhalb der Betriebsgemeinschaft zu vertiefen". Der Vertrauensrat unterscheidet sich von dem früheren „Betriebsrat" prinzipiell durch die Ausrichtung auf die Idee der Betriebsgemeinschaft. Während der Betriebsrat des alten Rechtes die Aufgabe hatte, „die besonderen Interessen der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber gegenüber" wahrzunehmen, hat der Vertrauensrat die Interessen sämtlicher in der Betriebsgemeinschaft vorhandenen Betriebsglieder, also auch jene des Betriebsführers zu bedenken und wahrzunehmen. Folgerichtig gehört deshalb der Betriebsführer dem Vertrauensrat als dessen Vorsitzender an.

Neben dem Begriff der Gemeinschaft ist der Begriff der sozialen Ehre für die Ordnung des sozialen Lebens im neuen Deutschland entscheidend. Dementsprechend stellt das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit die Arbeitsehre unter den Schutz einer besonderen Gerichtsbarkeit, der „Sozialen Ehrengerichte". „Der Begriff der sozialen Ehre steht im Mittelpunkt des nationalsozialistischen Denkens, gibt jedem einzelnen das frohe Bewußtsein, als gleichwertiges Glied mitzuarbeiten am Aufbau der Nation, und reißt alle Schranken nieder, die bisher die Bewertung nach Geld und Gut im deutschen Volke aufrichteten. Dieser Begriff der sozialen Ehre, der inneren Anständigkeit, bildet das Fundament des neuen Gesetzes, das die Vollendung bringen wird der Heimkehr des deutschen Arbeiters in die Nation, die endgültige Verwirklichung der Volksgemeinschaft und die unlösliche Zusammenschweißung aller Deutschen zu einem untrennbaren Volk"[1]). Sozial ehrenhaft handelt

1. Derjenige, der die ihm je nach seiner Stellung innerhalb der Betriebsgemeinschaft obliegenden Pflichten gewissenhaft erfüllt und sich durch sein Verhalten der Achtung würdig erweist, die sich aus seiner Stellung ergibt.
2. Derjenige, der im steten Bewußtsein seiner Verantwortung sich dem Dienste des Betriebes widmet und dem gemeinsamen Wohle unterordnet.

Die Strafen der Sozialen Ehrengerichtsbarkeit, die das Gesetz im Falle von Verstößen gegen die soziale Ehre androht, sind in schwereren Fällen außerordentlich hart. Die Möglichkeit, einem Betriebsführer gegebenenfalls die Befähigung zur Führung seines Betriebes abzuerkennen, die Ermächtigung, ein Gefolgschaftsmitglied zwangsweise von seinem Arbeitsplatz zu entfernen, kommt einer Ausmerzung aus dem sozialen Leben gleich. Die Erhebung der Anklage erfolgt durch den Reichstreuhänder der Arbeit, der auch in der Hauptverhandlung die Anklage vertritt und damit zu einem Anwalt der sozialen Ehre wird.

Daß und wie sehr der Begriff der Ehre zur Grundlage der deutschen Arbeit geworden ist, zeigt im übrigen auch die Errichtung zahlreicher ständischer Ehrengerichtsanordnungen in der deutschen Wirtschaft. So hat die Organisation der deutschen Wirtschaft seit dem 30. Januar 1937 eine eigene, vom Reichswirtschaftsminister gebilligte Ehrengerichtsbarkeit; das deutsche Handwerk, die Deutsche Arbeitsfront — sie alle haben ihre besonderen berufsständischen Ehrengerichtseinrichtungen, deren Aufgabe es ist, in der wirtschaftlichen Sphäre den Ehrbegriff zu vertiefen und den Stand zur Wahrung von Sitte und Anstand in seiner wirtschaftlichen Tätigkeit anzuhalten.

Zu den Begriffen der Gemeinschaft und der Ehre, auf denen die neue deutsche Sozialordnung aufgebaut ist, gesellt sich als der unbedingt wesenszugehörige letzte Begriff die Treue. Das Arbeitsverhältnis ist nach

---

[1]) Dr. Robert Ley vor den Amtswaltern der Deutschen Arbeitsfront in Weimar am 13. Januar 1934.

dem Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit nicht mehr — wie im alten Arbeitsvertragsrecht — nur der Ausdruck eines gegenseitigen Schuldverhältnisses. Die aus ihm entspringenden Rechte und Pflichten beurteilen sich nicht mehr nur nach dem Inhalt der vertraglichen Abmachungen, sondern sie werden weitgehend von dem ethischen Gedanken der Treue beeinflußt, über dessen Verwirklichung neben den Waltern der Deutschen Arbeitsfront die Reichstreuhänder der Arbeit zu wachen haben. Ihnen, den Treuhändern, obliegt es, auf dem Wege von rechtsverbindlichen Tarifordnungen und Richtlinien ohne Rechtsverbindlichkeit in allen jenen Fällen, in denen eine überbetriebliche Regelung der Arbeitsverhältnisse angezeigt erscheint, auf die Gestaltung des Arbeitslebens in ethisch-normativer Absicht einen maßgebenden Einfluß auszuüben. Weiterhin wirken sie durch die Überwachung der Betriebsordnung, als Beschwerdeinstanz auf Anrufung der Mehrheit des Vertrauensrates, durch die mögliche Berufung oder Abberufung der Vertrauensmänner usw. mitbestimmend und oft entscheidend auf die Ordnung des Arbeitsverhältnisses im Sinne eines Treueverhältnisses ein.

So entspricht die neue deutsche Sozialordnung ihrem innersten Wesen nach dem Ethos der sittlichen Pflichterfüllung. Damit aber stellt sie den besten und zuverlässigsten Garanten auch für die nationale Ordnung, für den inneren Frieden dar. Es war der Fehler der nationalen Ordnung des Bismarckschen Reiches, daß sie die Wechselwirkung zwischen nationaler und sozialer Ordnung nicht herstellte — zu schweigen vom Weimarer Zwischenreich. Erst in der Verbindung von wahrem Volksgeist und sozialem Ethos, in dem Zusammenklang zwischen Staat und Volk auf dem Wege über die Sozialordnung, hat sich das deutsche Volk aus einer in Berufe gegliederten Gesellschaft, zu einer in Ständen geordneten Gemeinschaft entfaltet, aus einer Summe zu einer Einheit, aus einer mehr oder weniger vertraglich gebundenen Gesellschaft zu einer von ganzheitlich-sozialem Geiste erfüllten Nation.

Staatssozialismus und Nationalsozialismus

Eine Studie über Adolph Wagner, den Staatssozialisten

Von Erich Egner

Einleitung

Ein Blick auf die deutsche Volkswirtschaftslehre im 19. Jahrhundert gibt Kunde von der bunten Vielfalt deutschen Geisteslebens. Er läßt eine ganze Schar höchst ausgeprägter, zum Teil recht eigenwilliger Persönlichkeiten vor unser geistiges Auge treten. In den Kreis dieser Männer, die man lange als Sonderlinge betrachtete, gehört auch Adolph Wagner. Eine erneute Beschäftigung und Auseinandersetzung mit ihm erweist sich heute als notwendig.

„Deutscher Sozialismus" ist die Formel für die Wirtschaftsordnung, an deren Ausbau wir heute arbeiten. Der deutsche Sozialismus geht auf zwei Wurzeln zurück: einmal auf die preußische Staatspraxis, die sich von Friedrich Wilhelm I. bis auf Bismarck bewährt hat, und zum andern auf das staatssozialistische Ideengut, das sich im 19. Jahrhundert entfaltet und in Adolph Wagner seinen letzten großen Ausdruck gefunden hat. Beide Entwicklungslinien gehören eng zusammen. Daher sind auch die Wurzeln des staatssozialistischen Denkens weit vor dem 19. Jahrhundert, in der Kameralistik, schließlich in der lutherischen Staatsauffassung zu suchen. Alles das, die Überlieferung des preußischen Staates, das Erbe deutscher Wirtschafts- und Staatslehre, protestantische Frömmigkeit, wirkt zusammen in dem umfassenden Geiste Adolph Wagners. Die Beschäftigung mit ihm bietet einen guten Standort, um die soziale Problematik des 19. Jahrhunderts zu überschauen, um insbesondere die Frage zu klären, warum der deutsche Sozialismus des 19. Jahrhunderts trotz redlichen Bemühens seiner Verfechter im Gegensatz zu dem aus westeuropäischem und jüdischem Geiste stammenden Marxismus nicht zu einer geschichtsbewegenden Macht geworden ist. Manches Unheil in der deutschen Geschichte der letzten Jahrzehnte wäre sonst vermutlich zu vermeiden gewesen.

Das Lebenswerk Adolph Wagners in Kürze zu schildern, ist keine leichte Aufgabe, liegt doch das Schwergewicht seiner Leistung so oft in

den Einzelheiten. Erstaunlich groß ist die Zahl seiner Arbeitsgebiete, noch größer der Stoff, den er formte.

Wenn im folgenden darauf ein Blick geworfen werden soll, so muß zunächst der historische Standort bestimmt werden, von dem aus das Gedankengebäude Adolph Wagners seine Gestalt gewann. Er wirkte in der Zeit der Kämpfe um die Einigung Deutschlands und des sich nach der Einigung schnell vollziehenden wirtschaftlichen Aufstiegs. Er erlebte aber auch die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung und die mit fortschreitender Industrialisierung sich verschärfenden sozialen Gegensätze im Volke. Im Bezirk des Geisteslebens war er Zeuge der Verdrängung klassischen Wirtschaftsdenkens durch den Historismus, d. h. des Strebens nach einer Ersetzung der tatsachenentleerten durch eine anschauungsvolle Lehre. Zugleich vollzog sich in seinem Gesichtskreis die Entfaltung der sozialistischen Lehre, ihr Kampf gegen alle Beschönigungen der bestehenden Zustände, für eine Aufdeckung der sozialen Mißstände. Er erlebte aber auch im Umkreise des sozialistischen Denkens das Vordringen des Marxismus und seine zersetzende Wirkung auf wachsende Volkskreise.

Adolph Wagner war der Mann des unbestechlichen Wahrheitsstrebens, der in seiner Gedankenwelt alle diese Entwicklungen zu ihrem Recht kommen lassen wollte. Sie sind es daher auch, welche den Bezirk abstecken, in dem sich sein Denken ganz vorwiegend bewegt. Sein Gerechtigkeitsstreben hinderte ihn dabei daran, im Kampf der Meinungen für eine extreme Partei Stellung zu nehmen. In dem Bemühen, allen gerecht zu werden, wurde er zum Anhänger und Fortbildner einer kleinen Schar von Männern, die in der Geistesgeschichte des 19. Jahrhunderts eine Sonderstellung einnehmen: der Staatssozialisten. Durch sie, vor allem durch Rodbertus und Schäffle, wurde Wagner, wie er selbst betont hat, entscheidend beeinflußt. Durch sie wurde er auch, was ihm nicht bewußt war, zum Erben des deutschen Idealismus. Indem er ihre Lehren mit seiner eignen Natur zu vereinigen suchte, wurde er zum letzten großen Vertreter des Staatssozialismus und zu seinem Auflöser zugleich. Darin tritt das tragische Moment hervor, das trotz vieler großer Erfolge sein Leben und Wirken kennzeichnet. Mit Adolph Wagner wurde der Staatssozialismus zu Grabe getragen.

Wagners Lehrgebäude

1. Der Staatssozialismus

Wie es dazu kommen konnte, versteht man, wenn man Wagners Staatssozialismus mit dem seiner Lehrmeister vergleicht. Um das zu tun, muß hier zunächst festgestellt werden, welches ganz allgemein die Begriffsmerkmale des Staatssozialismus sind. Man kann zunächst negativ feststellen, daß er kein Reißbrettsozialismus ist, der in der Verstaatlichung der Produktionsmittel das Allheilmittel für die wirtschaftlich-sozialen Nöte sucht. Er ist ferner nicht revolutionär, sondern sucht von

oben her mit Hilfe eines sozialen Königtums zu einer Lösung der sozialen Spannungen zu gelangen. Daran liegt es auch, daß der Staatssozialismus im Gegensatz zum Marxismus im Innersten staatsbejahend ist. Er ist ein konservativer Sozialismus. Die gemeinschaftsbildenden Kräfte des Staates möchte er für die Überwindung der sozialen Frage einsetzen. Er wendet sich damit an die geistig-sittlichen Kräfte im Menschen, wie auch seine Motive sittlichen Ursprungs sind. Zwar verspricht er sich daneben viel von dem Eingriff des Staates in die Wirtschaft. Er will aber nicht den Staat selbst zum Träger der Wirtschaft machen, vielmehr mit seiner Hilfe nur die Voraussetzungen für eine gerechtere Ordnung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens schaffen. Es gilt, die wahre Idee der sozialen Ordnungen zu erfassen und sie aus der Kraft des Staates zu verwirklichen.

Der Weg zur Verwirklichung der neuen Ordnung sieht zwar bei den einzelnen Staatssozialisten sehr verschieden aus. Das beeinträchtigt jedoch nicht den gemeinsamen geistigen Gehalt ihrer Lehren. Dieser ist bei Adolph Wagner ebenso wie bei seinen Gewährsmännern anzutreffen. Allerdings findet er sich bei ihm in einer eigenartigen Verdünnung. „Was bei Rodbertus und bei Lassalle absolut gefordert wird", so sagt Thier[1]), „löst er auf in Vermittlung; wo sie unbedingt sind, schließt er einen Kompromiß; wo sie überzeugt sind, ist er häufig skeptisch". Diese Eigenart Adolph Wagners bringt es mit sich, daß er für den Außenstehenden kaum noch als Staatssozialist erkennbar ist, daß das sozialistische Element in seinem Denken sich oft bis zur Ungreifbarkeit verflüchtigt, daß er dann nur als einer der vielen Sozialpolitiker des ausgehenden 19. Jahrhunderts erscheint. Trotzdem ist er im Recht, wenn er sich selbst als Staatssozialisten bezeichnet, wenn er sich dadurch herauszuheben sucht aus dem großen Kreise der von den Gegnern der Sozialpolitik als „Kathedersozialisten" verspotteten Männer. Was ihn von diesen anderen unterscheidet, ist vielleicht nicht so sehr ein größerer Radikalismus der sozialen Reformforderungen — dabei würde es sich manchmal um kaum spürbare Gradunterschiede handeln — als vielmehr der grundsätzliche Gehalt seines Denkens, seiner Begründungen. Daher konnte er sagen, der Staatssozialismus sei im Gegensatz zum Kathedersozialismus ein System, ein Gedankengebäude. Trotz allen Paktierens setzt sich in seiner Grundhaltung stets das staatssozialistische Ideengut durch[2]).

2. Zwischen Individualismus und Sozialismus

Die Eigenart Adolph Wagners soll im folgenden durch einen kurzen Überblick über sein Gedankengebäude anschaulich gemacht werden. In kritischer Hinsicht ist sein Standpunkt gekennzeichnet durch das Bestreben, eine Mittelstellung zwischen Individualismus und Sozialismus ein-

[1]) Erich Thier, Rodbertus, Lassalle, Adolph Wagner, Jena 1930.

[2]) Dies auf Grund einer vergleichenden Betrachtung von Rodbertus, Lassalle und Wagner in ausgezeichneter Weise herausgearbeitet zu haben, ist das Verdienst des oben genannten Buches von Thier.

zunehmen. Individualismus und Liberalismus finden nach seiner Auffassung ihren Ausdruck in dem System der freien Konkurrenz, wie es die britische Ökonomie darstellt[3]). „Übereinstimmend mit, aber noch entschiedener als die ältere und jüngere historische Schule, hierin mich der sozialistischen Auffassung . . . annähernd, halte ich das privatwirtschaftliche Konkurrenzsystem in seiner modernen Gestaltung . . . für eine vorübergehende Phase der Organisation der Volkswirtschaft und für viel tiefer greifender Umänderungen bedürftig, als auch die historische Schule mit seltenen Ausnahmen einräumt“[4]). Man hat das System viel zu einseitig und optimistisch beurteilt; man hat verkannt, daß ihm in sittlicher und ökonomischer Hinsicht schwere Schäden anhaften. Allzuoft setzen sich nicht die tüchtigen, sondern die gewissenlosen Elemente im Konkurrenzkampfe durch.

Die Schäden der Konkurrenzwirtschaft bloßgestellt zu haben, ist nach Wagners Meinung das große Verdienst der sozialistischen Kritik. Insoweit muß man ihr durchaus folgen. Nur dort, wo der Sozialismus ein Programm zur Beseitigung dieser Schäden aufstellt, ist eine Antikritik vonnöten. In diesem Punkte geht er ihm zu weit. Hatte der Sozialismus richtig erkannt, daß in der Rechtsordnung, besonders in der Absolutheit des Eigentumsrechts die Wurzel des Übels zu suchen sei, so setzt er sich wiederum selbst ins Unrecht, wenn er nun die völlige Aufhebung des Eigentums an den Produktionsmitteln fordert. Nicht allgemein, sondern nur von Fall zu Fall auf Grund einer sorgfältigen Prüfung der Zweckmäßigkeitsfrage kann eine Beschränkung und Aufhebung des Privateigentums durch den Staat erfolgen.

Der Haupteinwand gegen den Sozialismus wie gegen den Individualismus ist schließlich ein psychologischer. Irrte der Individualismus, indem er den Egoismus als Triebfeder des Wirtschaftslebens verabsolutierte, so sündigt der Sozialismus durch seinen Glauben, ihn weitgehend ausschalten, durch Veränderung äußerer Einrichtungen einen vollkommeneren Menschen formen zu können[5]).

Wenn man der akademischen Nationalökonomie wegen einer solchen vermittelnden Stellung zwischen Individualismus und Sozialismus den Vorwurf der Halbheit, der Prinzipienlosigkeit, der Kompromißneigung mache, so sei demgegenüber auf die Geschichte hinzuweisen. Sie selber bewege sich dem Wesen menschlicher Natur gemäß immer in Kompromissen zwischen Individual- und Sozialprinzip[6]).

3. Der Staat als wirtschaftsgestaltender Faktor

Der positive Ausgangspunkt für Wagners Lehrgebäude wird durch eine Bestimmung der Motive des wirtschaftenden Menschen gewonnen. Diesen Motiven entsprechen drei Organisationsprinzipien der Volks-

[3]) Adolph Wagner: Grundlegung der politischen Ökonomie, 3. Aufl., 1892/94 I, S. 6.
[4]) Wagner, Grundlegung I, S. 50.
[5]) Adolph Wagner, Die akademische Nationalökonomie und der Sozialismus, Rektoratsrede, Berlin 1895, S. 35.
[6]) A. a. O. S. 34.

wirtschaft: nämlich dem egoistischen Motiv das privatwirtschaftliche, den edleren Formen der egoistischen Motive (wie Ehrgefühl, Furcht vor Schande) das gemeinwirtschaftliche und dem nicht-egoistischen Motiv das charitative Organisationsprinzip. Wenn diese drei Prinzipien auch in der Geschichte in verschiedenem Maße zusammenwirken, so gehören sie doch grundsätzlich zusammen. Erst dadurch wird die Volkswirtschaft als ein organisches Ineinander von Einzelwirtschaften möglich. Während die klassische Theorie nur das privatwirtschaftliche Organisationsprinzip sah, wird hier — das charitative Prinzip der freien sittlichen Liebestat wird immer eine untergeordnete Rolle spielen müssen — durch den Hinweis auf das gemeinwirtschaftliche Organisationsprinzip der Staat als wirtschaftsgestaltender Faktor erkannt.

Das ist ein wesentliches Merkmal der Wagnerschen Wirtschaftsauffassung. Der Staat gibt der Organisation der Wirtschaft erst ihre besondere Gestalt[7]). Er schafft mit der Rechtsordnung die Bedingungen für das Funktionieren der Produktion, er wirkt zugleich als Verteilungsregulator. Er geht dabei von seinen eigenen Zwecken aus, die als der Rechts- und Machtzweck einerseits, der Kultur- und Wohlfahrtszweck andererseits bestimmt werden. Die Herausbildung des Rechtsstaates seit der Französischen Revolution hat aber zu einer Beschränkung des Staates auf den Rechtsschutz, zu seiner Nichtintervention in wirtschaftlichen Dingen und damit zu einer prinzipiellen Verwerfung des staatlichen Wohlfahrtszweckes geführt[8]). Das hält Wagner für einen schwerwiegenden Fehler. So kommt das ethische Seinsollen in der Volkswirtschaft nicht mehr zur Geltung. Das Ziel des modernen Kulturstaates muß es sein, die Entwicklung des Individuums zu fördern und einen immer größeren Teil der Bevölkerung in den Mitgenuß der Kulturgüter zu bringen. Daher dehnt sich bei fortschreitenden Kulturvölkern die Staatstätigkeit immer mehr aus. Wagner spricht hier von dem Gesetz der wachsenden Ausdehnung der Staatstätigkeiten.

Trotz der scharfen Ablehnung der verengten rechtsstaatlichen Lehre vom Staatszweck wird der Rechts- und Machtzweck als die Hauptaufgabe des Staates bezeichnet. Handelt es sich hier doch um die rechtliche Regelung der Beziehungen der Einzelmenschen untereinander und zum Staate, um den Schutz von Personen und Eigentum nach innen und außen mit dem Ziele einer Lösung der sozialen Aufgaben innerhalb des Staates und der Sicherung des volkswirtschaftlichen Marktgebietes für Bezug und Absatz von Produkten im Auslande. Die großen Rechtsinstitute des Wirtschaftsrechts sind nicht unveränderlich, sondern unterliegen der geschichtlichen Entwicklung. So haben sich bei den europäischen Kulturvölkern die persönliche Freiheit, das Privateigentum, freies Vertragsrecht, Anerkennung der erworbenen Vermögensrechte als vorläufiges Endergebnis der Entwicklung herausgebildet. Diese Rechtsinstitute haben

---

[7]) Grundlegung I, S. 877ff.

[8]) Wagner, Finanzwissenschaft und Staatssozialismus, Ztschr. für die gesamte Staatswissenschaft, 43. Jahrg., 1887, S. 95.

daher keine absolute Geltung, sondern unterliegen der Prüfung auf ihre volkswirtschaftlichen Leistungen und ihre Reformbedürftigkeit hin.

Gerade zu seiner Zeit sah Wagner dazu besondere Veranlassung gegeben. Durch eine allzu abstrakte Formulierung war man nach seiner Überzeugung zu einer Überspitzung aller dieser Rechte gekommen. Daraus haben sich schwere Nachteile zumal in bezug auf die Freizügigkeit, das Grundeigentum, den Zinsvertrag und den Arbeitsvertrag ergeben. Besonders der moderne Arbeitsvertrag hat die Arbeit zu einer Ware erniedrigt, alle menschlichen Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern aufgelöst. Das ist nicht nur im höchsten Grade unsittlich, sondern auch unökonomisch. Ebenso hat die Unbeschränktheit des Eigentumsrechts zu schweren Mißbräuchen, namentlich in bezug auf das Grundeigentum, aber auch das Kapitaleigentum, geführt. Man denke an das Bauernlegen der Großgrundbesitzer und an die städtische Bodenspekulation. Das Kapitaleigentum ist heute zu einem erheblichen Teil ungerechtfertigtes Eigentum, im Grunde den Arbeitern vorenthaltener Lohn[9]). Alle diese Mißstände haben die sozialen Spannungen, die Abwehrbewegung der Arbeiterschaft gegen das privatkapitalistische System geschaffen, ja, sie tragen die Tendenz zu einer steigenden Vergrößerung der Einkommen- und Besitzunterschiede und damit zu einer weiteren Verschärfung der Gegensätze in sich.

4. Aufgaben zur Minderung der sozialen Spannungen

Den Weg zur Abhilfe zu suchen, ist für Wagner nicht nur sittliche Verpflichtung, sondern zugleich auch Aufgabe der Wissenschaft. Die gegebene Problematik kann aber nicht dadurch aufgelöst werden, daß man umstürzlerische Radikalkuren entwirft, sondern nur durch Reformen: dadurch, daß man das Bestehende zu modifizieren und weiterzuentwickeln sucht[10]). Es wäre verfehlt, solche Reformen einseitig von der Seite der Selbsthilfe der Beteiligten oder von der Staatshilfe erwarten zu wollen. Die geschichtliche Erfahrung läßt hier nur einen vermittelnden Standpunkt zu. Von Fall zu Fall ist zu prüfen, ob und wie der Staat eingreifen soll. Das Ziel muß eine geistige, sittliche und materielle Hebung der unteren Volksschichten sein.

Seine Verwirklichung hängt zunächst von den gebildeten und wohlhabenden Klassen ab. Durch ihr sittliches Wollen müssen sie den Staat zu geeigneten Maßnahmen drängen. Durch Beschränkung des Luxuskonsums können sie die Lage der Arbeiterschaft direkt verbessern helfen. Den Unternehmern ist die Möglichkeit gegeben, persönliche Beziehungen zu ihren Arbeitern herzustellen, durch Arbeitergewinnbeteiligung und andere Maßnahmen für das Wohl ihrer Arbeiter zu sorgen. Gewerkschaften und Konsumvereine sind von staatswegen zu dulden. Der Staat muß nur bestrebt sein, sie aus Organisationen zur Vorbereitung

[9]) Grundlegung II, S. 330/31.

[10]) Das Folgende vorwiegend nach der Rede über die soziale Frage, gehalten auf der Oktoberversammlung in Berlin 1871, Sonderdruck Berlin 1872.

des sozialen Krieges zu solchen des sozialen Friedens zu machen. Dazu kann die Einrichtung von gewerblichen Schiedsgerichten und Sühneämtern, eine Politik des Arbeiterschutzes und der Sozialversicherung dienen. Die Wohnungsreform darf nicht fehlen. Daneben sind direkte Eingriffe in die Produktion durch Verstaatlichungen überall dort vonnöten, wo sie ohne Schäden möglich sind, insbesondere wo das Privateigentum zur Quelle von Renten, von Monopol-, Konjunktur- und Spekulationsgewinnen wird. Auch glaubt Wagner, daß der Staat gezwungen sein wird, die Schäden der Preisbildung durch die Einführung von Taxpreisen, besonders für die wichtigsten Lebensmittel, auf die Dauer zu vermeiden[11]). Schließlich fordert er eine Steuerpolitik, die auf eine gerechte Besitz- und Einkommensverteilung abzielt. Zu diesem Zwecke empfiehlt er besonders eine starke Entwicklung der direkten Steuern mit erhöhter Belastung des fundierten Einkommens, starke Progression der Steuersätze, Ausbau der Verkehrssteuern, vor allem auf den Wertzuwachs, auf Spekulationsgeschäfte und Konjunkturgewinne, ohne daß aber auf Verbrauchssteuern und Zölle, besonders auch nicht auf Finanzmonopole verzichtet werden soll.

Wagner glaubt jedoch nicht, daß alle diese Maßnahmen eine eigentliche „Lösung" der sozialen Frage herbeiführen könnten. Stets wird es in der Welt Armut und Reichtum nebeneinander geben, ohne daß diese auf Schuld oder Verdienst des einzelnen zurückgeführt werden könnten. Demgemäß wird die soziale Problematik in irgendeiner Form immer bestehenbleiben. „An uns aber ist es, die daraus hervorgehenden Übel und die bestehenden Ungleichheiten nach Möglichkeit zu mindern, und dies ist immer in erheblichem Umfange möglich. Haben wir das getan, dann haben wir unsere Pflicht und Schuldigkeit getan, und das kann man von uns verlangen, nicht mehr, aber auch nicht weniger"[12]).

Die Überwindung des Staatssozialismus durch den völkischen Sozialismus

1. Adolph Wagners Leistung

Überschaut man Adolph Wagners Gedankenwelt, so drängen sich dem Betrachter vor allem zwei Gesichtspunkte auf. Einmal wird man überrascht von der Hellsichtigkeit, mit der er den wichtigsten Problemen seiner Zeit gegenübergestanden hat. Mancherlei Zusammenhänge des politisch-sozialen Lebens hat er in einer Tiefe erfaßt, die dem Verständnis der meisten Zeitgenossen weit voraus eilte. Darin liegt seine Bedeutung auch noch für unsere Gegenwart. Zum anderen aber ist man immer wieder erstaunt über seine Kunst, einer klaren, scharfen Entscheidung auszuweichen und sich zwischen den Meinungen der Parteien hindurch-

[11]) Wagner: Die Strömungen in der Sozialpolitik und der Katheder- und Staatssozialismus, Berlin 1912, S. 20.

[12]) Rede über die soziale Frage, S. 38.

zulavieren. Das ist bei ihm keine nebensächliche Zutat, das liegt vielmehr im Zentrum seines Denkens begründet. Dadurch werden seine Einsichten immer wieder beträchtlich entwertet.

In einem positiven und negativen Sinne gleichzeitig wird er daher für den Volkswirt unserer Tage bedeutsam. Seine Wirtschaftslehre war, wie mit Recht gesagt wurde[13]), noch wirklich das, was der alte Name der deutschen akademischen Lehrstühle des Faches besagt, eine „wirtschaftliche Staatswissenschaft", damit eine politische Wissenschaft nach der Sprachweise unserer Tage. Er wußte, daß man das Wirtschaftsleben nur aus den sozialen Zusammenhängen und vor allem den sozialen Spannungen im Volke verstehen kann. Er wußte darüber hinaus, daß nicht zwangsläufige Gesetzmäßigkeiten, sondern der Staat mit allem seinem Tun, vor allem durch die von ihm geschaffene Rechtsordnung dafür verantwortlich ist. Diese bedeutete ihm aber nicht eine Summe formaler Sätze. Klar sah er vielmehr die höchst materiale Bedeutung, die sie für die konkrete Gestaltung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens besitzen. Vorbildlich wird in dieser Hinsicht allezeit seine Analyse des Eigentumsrechts bleiben. So hat er die Zusammenhänge des wirtschaftlichen Geschehens seiner Tage in einer Tiefenschicht erfaßt, die heute noch der Wiedererschließung harrt.

Seine lebenserfüllte Theorie konnte sich dabei nicht mit der Rolle eines ästhetischen Zuschauers begnügen, der lediglich das „Sein" des Geschehens zu studieren sucht und von ihm das „Seinsollen" als Aufgabe einer besonderen Wirtschaftspolitik abtrennt. Von den sogenannten „werturteilsfreien" Nationalökonomen hatte er eine sehr schlechte Meinung[14]). Theoretische Erkenntnis und Feststellung des politisch Erforderlichen hingen für ihn unmittelbar zusammen. Das ergab sich ihm zwangsläufig aus seiner Überzeugung, daß alles wirtschaftliche Sein und Seinsollen in gleicher Weise ethischen Normen unterworfen ist. Alles das ist bei Wagner wie für den heutigen Tag gesprochen.

Auch sein Staatssozialismus bietet mancherlei für die Gegenwart bedeutsame Gesichtspunkte. Läuft doch sein Reformprogramm schließlich auf eine Bändigung der Marktwirtschaft, auf eine Durchsetzung des Staatswillens in allen Teilen der Wirtschaft hinaus, ohne daß sie deshalb verstaatlicht werden müßte. Das ist das Ziel unserer Wirtschaftspolitik. Hat er das Glück gehabt, einen großen Teil seiner Reformpläne schon zu Lebzeiten verwirklicht zu sehen, so sind wir heute Zeugen, wie ein weiterer Teil seiner Einsichten sich bewahrheitet. Wir haben die von ihm verkündete Vergänglichkeit der das moderne Wirtschaftsleben tragenden Rechtsordnung erlebt. Der Neubau des Wirtschaftsrechts erfüllt manche Forderung Adolph Wagners. Seine Beurteilung des Bauerntums und des

---

[13]) W. Vleugels in seinem Aufsatze: Adolph Wagner, Gedenkworte zur hundertsten Wiederkehr des Geburtstages eines deutschen Sozialisten, Schmollers Jahrbuch, 59. Jahrg. 1935, S. 129.

[14]) So Pesch in „Die Volkswirtschaftslehre der Gegenwart in Selbstdarstellungen", Leipzig 1924 S. 137.

Großgrundbesitzers scheint von modernsten Gesichtspunkten diktiert zu sein. Sein Gedanke, durch staatliche Preistaxen die Preise der Hauptlebensmittel zu bändigen, hat in der Politik des Reichsnährstandes unerwartet weitgehende Verwirklichung gefunden. Sein Streben nach möglichster Beseitigung des arbeitslosen Einkommens entspricht dem heutigen Streben nach Durchsetzung des Leistungsprinzips in der Einkommensgestaltung. Alle diese recht willkürlich gewählten Beispiele zeigen eins: Es gibt eine geschichtliche Logik in der Entwicklung unserer Tage, die das ans Licht bringt, was dem tiefer Blickenden schon vor Jahrzehnten erfaßbar war.

Aber nicht nur durch solche Übereinstimmungen ist Wagner für die Gegenwart bedeutsam. Er ist auch der Lehrer, der vor Irrtümern warnt. Stellte er der Wirtschaftspolitik große Aufgaben, so war er sich doch zugleich ihrer Grenzen sehr stark bewußt. Das ist für unsere tatenfreudige Gegenwart besonders wichtig. Er weiß um die Unvollkommenheit und Sündhaftigkeit dieser Welt. Deshalb betont er, daß die Vervollkommnung aller äußeren Ordnung schließlich davon abhängt, ob es gelingt, den Menschen von innen zu fassen. Eine wahrhafte Besserung der sozialen Ordnungen wird seiner Überzeugung nach nur durch eine sittliche Hebung des Volkes möglich sein.

2. Verfehlung der völkischen Existenzgrundlagen

Wenn Adolph Wagner, wie wir gesehen haben, unserer Zeit sehr Wesentliches zu sagen hat, so darf das doch keineswegs darüber hinwegtäuschen, daß er auch in hohem Maße ein Kind seiner Zeit, „in die geistigen Verhängnisse des Zeitalters verflochten“ war[15]). Sein Staatssozialismus, der Sozialpolitik Bismarcks eng verwandt, vermochte nicht die Spannung zwischen der bürgerlichen Weltansicht und dem Weltgefühl des proletarischen Arbeiters bis in ihre tiefsten Untergründe zu verfolgen und durch die Gewinnung einer beiden Parteien gemeinsamen Ebene zu überwinden. Zu sehr blieb er der Sohn eines zivilisierten Zeitalters, als daß er, der große Skeptiker, alle ihre Phantome, ihre Ideale der Bildung, des Fortschrittes, des materiellen Wohlergehens, ihre Konventionen mit radikaler Skepsis durchschaut hätte. So stieß er nicht durch die Ideologien seiner Zeit in die letzte Schicht des Bewußtseins vor, in der all das, was Menschen trennen mag, in seiner Fragwürdigkeit erkannt ist, in der nur die großen und einfachsten Gegebenheiten des menschlichen Lebens, die uns allen gleich sind, vor uns stehen. Deshalb blieb er ein bürgerlich-konservativer Denker und Wirtschaftspolitiker, dem es nicht vergönnt war, zu den Herzen der Arbeiterschaft zu sprechen. Der Vorstoß zu den naturhaften Grundlagen menschlichen Daseins, deren Bedeutung für alles Gemeinschaftsleben wiederzuentdecken unseren Tagen vorbehalten blieb, gelang ihm nicht.

---

[15]) Rudolf Craemer: Der Kampf um die Volksordnung, Hamburg 1933, S. 124.

Hier finden sich die stärksten Gegensätze zwischen seinem Staatssozialismus und dem Nationalsozialismus. An sich sind zwischen beiden vielerlei Berührungspunkte zu finden. Sie stellen zwei Entfaltungsstufen des Ringens um die Gestaltung des deutschen Sozialismus dar. Das schließt Gegensätze zwischen ihnen nicht aus. So fällt besonders auf, daß es Wagner völlig an einer biologischen Untermauerung seines Denkens gebricht. Nicht daß biologische Zusammenhänge von ihm gar nicht erfaßt würden. Die Bevölkerungsfrage wird eingehend untersucht. Wagners Urteil über diese Dinge entspringt aber durchaus den Vorstellungskreisen der bürgerlichen Welt. Malthus behält nach ihm in allem Wesentlichen recht. Daher fordert er Kleinhaltung der Familie und späte Ehe. Besonders empfiehlt er das den Arbeitern um der Erhaltung eines möglichst hohen materiellen Lebensstandards willen.

Darin zeigt sich, wie bei Wagner die naturgegebenen Grundlagen menschlicher Existenz nicht in ihrer unabdingbaren Bedeutung, ihrer Geschichtsmächigkeit erkannt sind, daß sie statt dessen als Störungsfaktoren der gegebenen Gesellschaftsordnung empfunden werden und als solche möglichst ausgeschaltet werden sollen. Das bedeutet eine starke Abwertung der biologischen Voraussetzungen des sozialen Lebens. Dem entspricht es, daß die in den Blutbanden gegebene Grundlage aller menschlichen Gemeinschaft bei Wagner gar nicht zur Geltung kommt. Wohl erfüllt ihn ein glühender Patriotismus. Dieser ist aber durch ein nationalstaatliches, nicht durch ein völkisches Denken gekennzeichnet. Erst von der Erfassung des Volkstums her führt jedoch der Weg zur Besinnung auf die den Menschen im Blute liegenden natürlichen Gemeinschaftsbande. Das Volk ist nicht ohne die einheitliche Blutsubstanz möglich. Der Ansatz zu einem völkischen Denken findet sich aber nicht bei Wagner, sondern bei seinen wissenschaftlichen Gegnern, bei Schmoller und in der historischen Schule, obwohl ihr Denken in anderer Hinsicht unzulänglicher als das Wagners geblieben ist.

3. Der Mangel echter Grundsätzlichkeit bei Wagner

Es soll hier nicht leichtfertig gerechtet werden. Die Ratsherren sind immer klüger, wenn sie vom Rathaus kommen, als wenn sie hineingehen. Trotzdem kann die Frage, was Wagner daran hinderte, zur Erfassung dieser Zusammenhänge vorzustoßen, nicht umgangen werden. Es ist das sicher kein Zufall gewesen. Hier zeigt sich am deutlichsten seine Schicksalsverflochtenheit mit dem eigenen Zeitalter. Er war hier an einer Grenze seines Geistes angelangt. Das hängt mit der schon erwähnten Eigenart seiner Grundhaltung, seiner Kompromißnatur und der damit verbundenen Skepsis zusammen. Sie ließ ihn sich nur zwischen den geistigen Polen seiner Zeit bewegen, nach einem Ausgleich der in ihr ihm entgegentretenden Spannungen suchen, sie gestattete ihm aber nicht den Durchbruch zu einer jenseits davon liegenden Ebene, von der aus diese Spannungen aufgehoben werden könnten. Die Skepsis und der Kom-

promiß, folgerichtig durchgehalten, bieten keine Möglichkeit zur wirklichen Meisterung der Aufgaben dieses Lebens. Sie machten Wagner zum Gefangenen der historisch zufälligen und vergänglichen Standpunkte, sie ließen ihn aber nicht zu einer klaren Anschauung der letzten und ewigen Sachverhalte kommen, die hinter allem geschichtlichen Wandel stehen. Dadurch erst wird eine tiefere Deutung der Zeitereignisse, die Sprengung der von ihnen nahegelegten Blickwinkel möglich.

Nicht daß das Streben nach einer tieferen Sinndeutung seiner Zeit von ihm vergessen wurde. Immer wieder wird zwischen den ewigen und den historisch-vergänglichen Kategorien der Wirtschaft unterschieden. Es fehlte aber die letzte Voraussetzung, um diese Unterscheidung rechtmäßig bewerkstelligen zu können. Die klare Anschauung von den letzten Dingen wäre nur auf einem festen Glaubensfundament möglich gewesen. Nichts ist bezeichnender für Wagner als Repräsentanten des ausgehenden 19. Jahrhunderts, als daß er, der bewußte Vertreter eines positiven Christentums, letztlich der Gewißheit in Glaubensdingen (vielleicht unbewußt, wohl aber seiner Haltung nach) ermangelte. Nur deshalb fehlt ihm auch die Kraft der klaren Entscheidung. Aus dieser Einsicht heraus konnte Rudolf Craemer[16]) sagen, daß Wagners Haltung letztlich durch das fehlende Bekenntnis zu den Ordnungen göttlicher Schöpfung ihre Unbestimmtheit erhält. „So ist sie (sc. diese Haltung) eher die Resignation vernünftiger Humanität, der innerliche Kompromiß mit den einmal gegebenen Umständen, aus denen das bedingt Beste herausgeholt werden soll. Es fehlt der einheitliche Grund einer gültigen Ordnung, auf den alle Pflichten bezogen werden, eine Wirklichkeit der sittlichen Idee."

Damit ist das entscheidende Wort für die Würdigung Wagners gesprochen. Es fehlte an dem Bekenntnis zu den Ordnungen der göttlichen Schöpfung. Dieser Satz bedeutet einmal, daß der christliche Glaube hier zu einer Sache des Gefühls herabgesunken ist, daß er nicht mehr mit der Kraft eines unausweichlichen Anspruches, einer objektiven Norm dem Menschen und der menschlichen Gemeinschaft sittliche Verpflichtungen auferlegt, daß er dies vielmehr dem subjektiven Mitgefühl des Menschen gegenüber seinen Mitmenschen überläßt. Er bedeutet zum anderen, daß das Christentum damit den Sinn eines tiefen Seinsverständnisses verloren hat, das letzte Notwendigkeiten dieses Weltgeschehens freilegt. Von der Anerkennung dieses seines Anspruches hängt schließlich aber die Kraft seiner irdischen Wirkung ab. Diese religiöse Betrachtungsweise kann man in die Sprache der profanen Wissenschaft übersetzen. Dann bedeutet der Satz Craemers, daß Wagner bei allem Streben nach Grundsätzlichkeit seiner Betrachtung im Grunde echte Grundsätzlichkeit verfehlt hat. Sie ist nur auf der Grundlage einer letzten metaphysischen Entscheidung zu erlangen. Weil sie umgangen wird, vermißt man bei Wagner die Orientierung an letzten Notwendigkeiten, die Einsicht in die Wesenszusammenhänge, die allem geschichtlichen Werden und allem sozialen

---

[16]) A. a. O. S. 114.

Wandel zugrunde liegen. Deshalb mangelt es auch vor allem an dem Wissen um die fundamentale Bedeutung der Ordnungen, die auf Grund der menschlichen Seinslage den Untergrund allen Geschehens bilden. Familie und Volkstum, Beruf und Stand spielen so keine Rolle. Der Staat und das Eigentum finden keine grundsätzliche Ableitung.

Gegenüber der abstrakt ungeschichtlichen Betrachtungsweise der klassischen Schule, gegenüber dem starren Evolutionismus der Marxisten wird hier ein historischer Relativismus verkündet, der zwar die Gewinnung einer kritischen Stellung gegenüber der Gegenwart erleichtert, im Grunde aber die Geschichte zu einem Spielball der Willkür macht. Wagner hat das große Verdienst, daß er sich trotz dieses Wissens um historische Relativität im Gegensatz zur historischen Schule um eine grundsätzliche Erfassung der Zusammenhänge bemühte. Eine echte Theorie ist aber ohne die Grundlage eines Wissens um letzte Verbindlichkeiten, denen alles Sein und das soziale Sein im besonderen unterliegt, unmöglich.

4. Volksordnung als Aufgabe des deutschen Sozialismus

Das ist der Punkt, an dem es in der Gegenwart aus den Fehlern dieses großen deutschen Volkswirtes der Vergangenheit zu lernen gilt. Auch die Theorie unserer Tage muß sich hüten, im engen Bezirk der durch ihre akuten Probleme nahegelegten Gesichtspunkte zu bleiben. Auch sie bedarf der Stütze jenseits der Tages- und Zeitgebundenheit, des Wissens um letzte Notwendigkeiten, wenn sie Verbindliches aussagen will. Sonst wird sie ständig in Gefahr geraten, wie Wagner am Kern der Problematik vorbeizugreifen, es gar nicht zu einem Ringen um seine Bezwingung kommen zu lassen. Sie bedarf der metaphysischen Grundentscheidung.

Echte Grundsätzlichkeit, die auf einem metaphysischen Fundament aufbaut, ist durch die weltanschaulichen Auseinandersetzungen unserer Tage in einem seit langem verlorengegangenem Maße wieder möglich geworden. Wenn allerdings die Wissenschaft oft genug glaubte, durch die Machtübernahme des Nationalsozialismus sei das weltanschauliche Problem für sie entschieden, so zeigt sie dadurch an, wie weit wir noch von einer Klärung dieser Problematik entfernt sind. Das eigentliche weltanschauliche Problem der Wissenschaft ist durch den Nationalsozialismus nicht entschieden, sondern überhaupt erst *gestellt* worden. Nicht darum kann es sich handeln, ob wir die elementaren Tatbestände des Lebens, auf deren geschichtliche Kraft der Nationalsozialismus zurückgreift, nachdem man sie lange gering achtete, anerkennen wollen oder nicht. Sie sind da und können nur um den Preis der Selbstaufgabe vernachlässigt werden. Was sie uns aber im positiven Sinne *bedeuten* sollen, welche *Gestaltungsaufgaben* sich für die Dauer aus ihnen ergeben, das ist keineswegs durch den politischen Umbruch ein für allemal geklärt. Das ist nur im Ringen um die Daseinsgestaltung selbst zu klären. Dabei fällt der Wissenschaft eine große Aufgabe zu, indem sie hier die Folgerungen aus ihrer metaphysischen Grundentscheidung zu ziehen hat.

Von einem solchen Ringen um echte Grundsätzlichkeit fällt auf das Problem des deutschen Sozialismus ein neues Licht. Wagners Staatssozialismus mußte scheitern, weil er wichtige Seiten der Wirklichkeit außer acht gelassen hatte. Indem wir durch einen tieferen Problemansatz versuchen, der vollen Wirklichkeit Raum zu geben, wandelt sich uns der Gedanke eines Staatssozialismus in die Idee des völkischen Sozialismus. Darin drückt sich die Einsicht aus, daß der Staat nicht durch bloße Konstruktion, durch einen von außen kommenden Einsatz seiner Machtmittel soziale Eintracht und Hingabebereitschaft für die Gesamtheit schaffen kann.

Soziale Politik hat von den natürlichen und geschichtlichen Gegebenheiten auszugehen. Das sind die Völker mit ihren inneren Gliederungen, den Stämmen und Sippen, den Ständen und Berufen. Sie alle stellen Individualitäten dar, die ihrer Besonderheit entsprechend geführt und gestaltet werden müssen. Das Höchste, was soziale Politik vermag, ist schließlich die Entfaltung dieser in einer Menschengruppe angelegten Eigenheit. Darum ist der völkische Sozialismus erst im buchstäblichsten Sinne ein deutscher Sozialismus. Er will das Lebensgesetz dieses deutschen Volkes, sein besonderes Ethos erfassen, um es zum Gestaltungsprinzip der Volksordnung zu erheben. Er will eine Ordnung des Volkslebens schaffen, die diesem Volk auf den Leib zugeschnitten ist.

Diesem Wollen hat der Nationalsozialismus zum Durchbruch verholfen. Man glaube nicht, daß schon damit die durch den deutschen Sozialismus gestellte Aufgabe erledigt sei. Zwar ist schon manches nach dieser Richtung hin geschehen. Trotzdem beginnen wir erst langsam das ganze Ausmaß der hier erwachsenden Aufgaben zu ermessen. Solange es nicht gelungen ist, die zivilisatorischen Verfalls- und Vermassungserscheinungen aus dem deutschen Volke zu verdrängen, werden wir um seine Volksordnung zu ringen haben. Solange ist der deutsche Sozialismus die höchste, nicht nur der Politik und der Wissenschaft, sondern jedem Deutschen gestellte Aufgabe.

Der Staatssozialismus gehört der Vergangenheit an. Er hat das Unheil der kapitalistischen Zersetzung von Wirtschafts- und Sozialordnung im deutschen Volke nicht aufhalten können. Daß er trotzdem nicht umsonst war, erkennen wir am besten, wenn wir aus unseren Tagen um ein Verständnis des völkischen Sozialismus ringen. Nicht nur durch seine echten Einsichten, welche noch heute gelten, ist er uns bedeutsam, ebensosehr durch seine Schwächen, die uns den Blick schärfen für das was nottut. Nur aus der geschichtlichen Erfahrung heraus kann deutscher Sozialismus zur Erfüllung gebracht werden.

Vorboten eines neuen Europa

Ein Rückblick auf die geistespolitische Entwicklung des Jahres 1937

Von F. C. Willis

Geistesgeschichte bindet sich in unsrer Zeit enger als in früheren Zeiten an die Geschichte der Politik und an die der Wirtschaft. Der geistige Arbeiter wird immer weniger „Gelehrter" abseits des „Volkes"; er ist Glied des Ganzen wie alle andern, genau so unentbehrlich wie sie, aber er fühlt sich ihnen nicht mehr überlegen. Die Fabel des Menenius Agrippa von dem Magen und den Gliedern ist noch immer so aktuell wie vor 2400 Jahren!

Darum empfinden wir auch für die Geistesgeschichte das abgelaufene Jahr 1937 als ein Jahr der Wende, wie es das für Politik und Wirtschaft unbestritten war.

Politisch wird 1937 das Jahr bleiben, das endlich andere Länder des Erdballs trieb, dem Beispiel Deutschlands und Italiens zu folgen und die Augen für das wahre Wesen des Kommunismus zu öffnen. Die alte bequeme These, die Bolschewiken „seien auch Menschen" und man müsse gegen sie „gerecht" sein, wurde 1937 in Belgien, Portugal, Japan und Brasilien in ihrer ganzen Gefährlichkeit erkannt; es dämmert in Rumänien, Polen, in der Schweiz und in Ungarn. Die Regierungen vermieden es zwar, sich der Welt als „faschistisch" oder „nationalsozialistisch" vorzustellen, aber die Welt empfand den Wechsel so, als hätten sie es getan; es bedurfte nicht erst der Moskauer Hetze. In diesen Ländern folgte auf den politischen Wechsel alsbald der geistige: die Presse, Literatur und die öffentlichen Kundgebungen trugen den Stempel neuer Grundauffassungen, die nicht wie bisher in Genf gewachsen waren, sondern auf dem revolutionären Boden der Volksstaaten Mitteleuropas. — Ähnlich ging es mit der Wirtschaft. Der „friedliche" Krieg der Sanktionen, von den Propheten des Völkerbunds als furchtbare, unwiderstehliche Waffe verkündet, versagte völlig gegenüber einem geopolitisch so verwundbaren Gemeinwesen wie Italien, das sich wirkungsvoll zu verteidigen wußte und die Anerkennung als Imperium erzwang. Als der dogmatische Widerstand der „großen Demokratien" zum Dauerzustand erstarrte, antwortete Mussolini mit dem Austritt aus dem Völkerbund, und es war nur logisch, wenn das an diesen Erfahrungen innerlich wie äußerlich erstarkte Italien demonstrativ an die Seite des Dritten Reichs trat, das sich ebenfalls auf die Erfolge einer Außenpolitik berufen konnte, die noch vor wenigen Jahren jeder als tollkühn bezeichnet hätte. Beide Länder sichern so einander gegen die ihnen einzeln von Moskau und den „Demokratien" angedrohte Einkreisung.

Nur unter diesen Voraussetzungen kann man auch die geistigen Vorgänge begreifen, die wir zwischen den Völkern Europas sich anbahnen sehen und die den Gralshütern der verschiedenen „ewigen Prinzipien" so viel zu denken geben!

Der geistige Austausch stellt sich heute, dank den gewaltigen Fortschritten der Technik in Transportwesen, Luftfahrt, Rundfunk, Lichtspiel usw., auf ganz

neue Grundlagen; Fernwirkung und Massenwirkung werden dadurch potenziert. Die Älteren von uns erinnern sich noch an die Einrichtung der deutsch-amerikanischen Austauschprofessuren um die Jahrhundertwende. Sie waren damals tatsächlich ein verheißungsvoller Anfang, aber sie konnten, genau wie die Rhodes-Stipendien und die Gastspiele großer Künstler, für sich allein niemals ausreichen, wenn es galt, Völker in ihrem Denken so sehr einander zu nähern, daß sie in Zeiten großer Spannungen gegen Lügenpropaganda gefeit waren! Italien ist dem Weltkrieg nicht ferngeblieben, obwohl seine Philosophie seit fast einem Jahrhundert Hegel folgte und obwohl ihm seit Generationen die deutsche Medizin, Chemie, Altertumswissenschaft und Volkswirtschaft als Vorbild galt! Obwohl jahrzehntelang italienische Arbeiter die deutschen Eisenbahnen bauten und die deutsche Kohle förderten und obwohl ebensolang deutsche Ingenieure, Bankprokuristen und Werkmeister am Aufbau der modernen Wirtschaft Italiens maßgebend mitgewirkt hatten!

Aber aus dieser Tatsache haben die beiden großen Völker der Mitte gelernt; ihre neuen Männer sagten sich, daß zwischen Volksstaaten der geistige Austausch sich nicht auf die Gelehrten und die „Gebildeten" beschränken kann, sondern daß er sich auf alle Schichten erstrecken und ihnen dazu verhelfen muß, sich richtig kennenzulernen. Das wäre vor einem Menschenalter schon technisch unmöglich gewesen; heute ist es etwas Alltägliches, wenn einige hundert oder gar tausend italienischer Arbeiter deutsche Städte besuchen und wenn ebensoviel deutsche Arbeiter Rom, Neapel, Genua oder Lissabon sehen. Wir haben zwischen Deutschland und Italien heute nicht nur einen Studentenaustausch, sondern auch einen durch die Bewegungen organisierten Austausch von Handwerkern, Landarbeitern, Sportlehrern und Frauenführerinnen.

Es ist klar, daß so etwas zwischen zwei Völkern, die eine im einzelnen verschiedene, in den großen Zielen aber doch sehr ähnliche Entwicklung zum völkischen Staat durchgemacht haben, besonders naheliegt; das bedeutet aber keinesfalls, daß der faschistische Staat oder das Dritte Reich sich deshalb gegen die andern Völker abschließen wollen. Im Gegenteil, beide wollen die persönliche Fühlung mit allen Nationen, großen wie kleinen und ohne Unterschied der Rasse, wenn nur wenigstens Teile von ihnen ernstlich den gleichen Ideen nachgehen. Wer es nicht glaubt, der werfe nur einen Abend einen Blick in die Säle der Nürnberger Gaststätten während der Reichsparteitage! Er wird sehen, wie hier dem Frieden und der Verständigung gedient wird. Der Sport, die Musik, der Tanz treten in den Dienst dieses großen Zieles; der „olympische Gedanke" lebt wahrhaftig! So wie bei den „Spielen" der Griechen das Wesentliche das im Gedächtnis haftende Erlebnis war, so organisieren wir heute wieder Erlebnisse, die zwischen vielen ein inneres gemeinsames Band schlingen.

Es genügt dabei nicht, daß eine Gruppe Menschen durch Museen gejagt wird oder eine Begrüßung durch einen hohen Beamten über sich ergehen läßt; es kommt darauf an, daß der einzelne dem andern, der nicht seine Sprache redet (aber ihm doch sofort nahekommt, weil er die gleiche Arbeit tut und der gleichen Altersstufe angehört, also unzählige gleichgerichtete Interessen hat), eine Zeitlang zwanglos gegenübersteht, Schulter an Schulter vor großen einfachen Eindrücken der Natur und der Kunst oder im primitiven Gedankenaustausch über alltägliche Fragen des Berufs oder der Familie. Wenn die Zeit des Besuchs zu Ende geht, zeigen sich Bindungen, die Jahr und Tag überdauern! — Sehr wesentlich ist dabei, daß beide Teile das Bewußtsein haben zu geben und zu nehmen; sie lernen so nicht nur die Eigenart des andern kennen und bauen Vorurteile ab, sondern sie stärken dabei auch das berechtigte Selbstgefühl für die eigene Art. Das ist ein grundlegender Unterschied gegen die „Kulturpropaganda" in konfessionellem Gewande oder gegen jene „amitiés", die nur dem Ruhm des einen Volkes Weihrauch streuen und dem andern immer den bitteren Nachgeschmack der Zweitklassigkeit lassen! Es beruht nicht auf

deutscher oder italienischer Propaganda, wenn heute eine ganze Reihe von Ländern Organisationen geschaffen haben, die sich irgendwie an Dopolavoro, Kraft durch Freude oder den Arbeitsdienst anlehnen; es beruht vielmehr auf der in diesen Ländern aufgegangenen Erkenntnis, daß es dem Nutzen des eigenen Volkes dient, den vorher bei uns erprobten Weg einzuschlagen. Nur so ist es zum Staunen der Welt möglich gewesen und immer wieder möglich, daß sich Deutsche mit Polen und Dänen, Italiener und Bulgaren mit Serben und Griechen an einen Tisch setzen und — sich verstehen! Warum geht hier das, was früher unmöglich schien? Weil hier eine auf dem natürlichen Denken eines jeden gesunden Menschen beruhende Idee marschiert, die weit eher den Namen „Völkerbund" verdient als jener komplizierte Mechanismus einer luxuriösen Bureaukratie, den man in Genf aufgebaut hatte und von dessen Nutzen die Völker selbst in 19 Jahren nur sehr wenig gemerkt haben (es sei denn bei gewissen Nebenprodukten, wie etwa dem Lehrfilm). Weil hier keine Klassenunterschiede aufkommen können, sondern ein jeder mittun muß und mittun kann, gleichviel ob er „Gebildeter" ist oder „Prolet"!

Die Olympiade 1936 und die Hamburger „Weltkongresse für Freude und Erholung", die Frontkämpfertreffen in den verschiedenen Ländern haben mehr für den Frieden und für die Verständigung getan als 10 Sessionen in Genf. Sie *sind* schon Organe eines neuen, eines besseren Völkerbunds, und wenn es Mussolini und Adolf Hitler nicht schon so oft hinausgerufen hätten in die Welt, so müßte sie es hieran erkennen, daß die sogenannten autoritären oder diktatorischen Staaten alles andre als Gegner der Idee eines Völkerbunds sind; sie sind nur nicht mehr dafür zu haben, das bisherige Zerrbild eines Völkerbunds mitanzubeten, und in dieser Ablehnung wissen sie sich getragen von der vorbehaltlosen Zustimmung ihrer Völker. Jeder Ausländer kann sich davon leicht im Gespräch mit einem Deutschen oder einem Italiener überzeugen.

Es ist kein Zweifel: es wächst ein neuer „europäischer Geist" heran als kräftige Pflanze und nicht mehr als ein literarisches Gewächs, mit Tee begossen. Die *Jugend* Europas tut hier mit, wenn auch die Regierungen noch da und dort zögern. Dieses „Neue Europa" zu stärken ist eine der vordringlichsten Aufgaben unserer Zeit in *allen* Ländern; sie wird die Lebensaufgabe der heutigen akademischen Generation, die schon durch die nationalen Jugendverbände, durch Werkstudententum und Arbeitslager gegangen ist und daher nicht Gefahr läuft, sich über diesen hohen Aufgaben zu „internationalisieren".

Das System der nationalsozialistischen Erziehung

Eine Rede des Reichsjugendführers

Am 15. Januar fand die Grundsteinlegung von zehn neuen Adolf-Hitler-Schulen in verschiedenen Gauen des Reiches statt. Bei der Grundsteinlegung einer dieser neuen Erziehungsanstalten der NSDAP. hielt der Jugendführer des Deutschen Reiches, Baldur *von Schirach*, eine Rede, die in gedrängter Form eine geschlossene Übersicht über die Leitgedanken des nationalsozialistischen Erziehungssystems darstellt.

Die Ansprache des Reichsjugendführers hatte folgenden Wortlaut:

„Jede große Bewegung spiegelt sich in einem erzieherischen System. Unsere Bewegung legt an diesem Tage nicht nur den Grundstein zu neuen Bauten; sie verkündet gleichzeitig das System der nationalsozialistischen Erziehung.

Es sind nur wenige Schulen, die im Rahmen dieses erzieherischen Werkes geschaffen werden, aber sie werden in ihrem Ausmaß, und zwar sowohl in ihrem baulichen als auch in ihrem erzieherischen Ausmaß, ein Neues darstellen. Viele Hunderte von Jungen gehören heute schon der Adolf-Hitler-Schule an. Tag für

Tag bewältigen sie dort die ihnen gestellten geistigen und körperlichen Aufgaben. Diese stehen gleichberechtigt nebeneinander.

Geführt von jungen Erziehern, die Kameraden derselben Gemeinschaft sind, der sie selbst angehören, wachsen die Adolf-Hitler-Schüler in einer Welt auf, in der es zwischen Lehrer und Schülern keinen anderen Unterschied gibt als den der natürlichen Autorität. Wir wissen, daß man diese weder durch Examina noch durch Gebet erhalten kann.

Die Fähigkeit, andere zu führen, kann nicht angeschult werden. Gewiß, manches Technische kann erlernt werden, jedoch bedeutet die Weitergabe des Gelernten für die Entwicklung eines jugendlichen Charakters und die Bildung eines jungen Herzens noch nicht allzuviel. Und zu allen Zeiten werde ich bestreiten, daß Wissen allein weiser macht.

Die Entscheidung, die wir in diesem Wendepunkt der Erziehung zu erfüllen haben, ist die Entscheidung zwischen der Seele und dem kalten Intellekt. So sonderbar das im Augenblick klingen mag, es ist doch diese Entscheidung eine Frage, die über unser Sein oder Nichtsein entscheidet. Die Vergötzung des Geistes, wie sie Jahrzehnte hindurch in unserem Volk betrieben wurde, führte zur Zerstörung der naturgegebenen Ordnung.

Der Weg des geistigen Menschen jener Zeit ging durch das Tor, über dem ‚Wissen ist Macht' geschrieben stand, in ein Land der Verneinung. Dem intellektuellen Dünkel galt der Geist mehr als Volk, Fahne und Vaterland. Gegen diese kalten Rechner erhob sich unsere Bewegung. Sie war und ist eine Revolution der Seele. Sie lebt vom Schlag lebendiger Herzen. In ihr wird jene Macht offenbar, die der Intellektuelle leugnet, weil er sie ebensowenig zu denken vermag wie den Gott, der sie uns gab: die Macht des Gemütes.

Wir Nationalsozialisten leugnen nicht die Macht des Wissens, aber wir dienen ihr nicht, sondern wir befehlen ihr. Was die Jugend auf unseren Schulen lernt, das soll sie nicht zu Zweiflern und damit zu Schwächlingen machen, die vor jede gute Tat die feige Frage nach ihrer Rentabilität setzen. Die nationalsozialistische Bewegung war noch vor einem Jahrzehnt eine mehr als unrentable Angelegenheit, und die Menschen, die der Göttin der Vernunft dienten, verachteten sie; dennoch ist unser Glaube größer gewesen als der Geist, der stets verneint.

Was in den Schulen Adolf Hitlers heranwächst, wird den Glauben an das Unmögliche erwerben. Die Waffen des Intellekts werden dieser Generation gegeben, und zwar die schärfsten und härtesten, aber sie sollen nicht um ihrer selbst willen zu einem törichten und verderblichen Scheingefecht untereinander gebraucht werden, sondern einer höheren Idee dienen, so wie wir heute alles, was Deutschland an geistiger Kraft besitzt, in den Dienst eines guten Glaubens stellen, der uns glücklich macht.

So ist diese Stunde bedeutungsvoll, wenn auch das, was hier geschieht, nichts mit Schulreform, ja eigentlich nichts mit der Schule im herkömmlichen Sinne zu tun hat. Wir haben nichts Bestehendes reformiert, sondern ein Neues begonnen.

Nennen Sie das, was wir tun, ruhig ein Experiment! Alle menschliche Tat ist zunächst ein Experiment, und wenn Sie wollen, ist die gesamte nationalsozialistische Revolution einst ein solches Experiment gewesen. Alles, was durch Menschen auf der Welt vollbracht wurde, hat einmal einen Anfang gehabt, irgendeiner hat einstmals damit begonnen, wahrscheinlich gegen die Meinung der Majorität, sicherlich gegen den Widerstand der Intellektuellen.

Auch die Idee des Staates mußte einst verwirklicht werden. Hunderte von Einrichtungen, die der Verwirklichung dieser Idee, ohne die es keine menschliche Kultur gäbe, folgten, werden heute gedankenlos hingenommen, weil sie zu einer durch die Jahrhunderte wachsenden Gewohnheit geworden sind. Wer denkt darüber nach, daß sie einst mit einem heißen Herzen von einem oder von wenigen gewollt wurden? Ein anderes steht auch fest: Das Neue in der Welt wurde nie-

mals von intellektuellen Bücherweisen geschaffen. Die Bücher geben nur über das Auskunft, was bereits war oder ist, die Pioniere des Glaubens aber nahmen ihre Gedanken aus der Zukunft.

Nun mögen einige sagen, diese Worte seien gegen die Bücher gerichtet. Nichts gegen sie! Sie gehören zum edelsten Besitz der Völker. Allein, es ist wichtig, daß die Jugend nicht nur liest, sondern auch erlebt. Das ganze Wesen unseres Volkes kann in Büchern beschlossen liegen, das Nibelungenlied und der Faust spiegeln uns ganz, im Guten und im Bösen, in der Schwäche und in der Kraft. Wer aber die heiligen Bücher eines Volkes mit dem Seziermesser intellektueller Analyse auseinanderschneidet und dann aus dem entseelten Gebilde Buchstaben für Buchstaben herauslöst, eine Dichtung ‚erklärt' und zum Gegenstand einer mathematischen Gleichung degradiert, hat das Recht, Erzieher zu sein, verwirkt. Wie viele Deutsche sind so um die Seele unserer größten Dichtungen betrogen worden! Was ist ihnen von Schillers heldischer Dichtung und Goethes nationalem Bekenntnis geblieben? Ein Schulaufsatz, betitelt: ‚Vergleich der Charakterzüge der Jungfrau von Orleans mit denen des Götz von Berlichingen.' Genug!

Laßt uns den Mörtel mischen! Hier und heute mauern wir den Grundstein zu einem neuen Haus."

*

Die vom Reichsorganisationsleiter der NSDAP. Dr. Ley und dem Reichsjugendführer v. Schirach unterzeichnete Urkunde, die bei der Grundsteinlegung vermauert wurde, besitzt folgenden Wortlaut:

„Um die Erziehung der heranwachsenden Generation im nationalsozialistischen Glauben zu verbürgen, wurde diese Adolf-Hitler-Schule im fünften Jahre des Führers errichtet. Die Auslese der deutschen Jugend wird hier kostenlos und ohne Rücksicht auf Stand, Besitz und Konfession der Eltern auf ihre Aufgaben in der Führung des Reiches vorbereitet werden.

Gehorsam, Treue und Kameradschaft sind die drei Tugenden, die jeder, der diese Schule verläßt, seinem Volk vorzuleben hat."

Arthur Schopenhauer

zu seinem hundertfünfzigsten Geburtstage

Von Heinrich Hadlich

Erst mit zweiundzwanzig Jahren hatte Schopenhauer in Göttingen die Medizin fahren lassen und sich dem Studium der Philosophie ergeben. In den Ferien in Weimar suchte der alte Wieland dem jungen Mann von diesem so wenig soliden Fache abzuraten. „Das Leben", antwortete Schopenhauer, „ist eine mißliche Sache: ich habe mir vorgesetzt, es damit hinzubringen, über dasselbe nachzudenken."

Dieser Schnitt, den der Jüngling zwischen das Leben und sein persönliches Dasein legte, ist bis zu seinem Ende unauslöschlich geblieben.

Die gute Kenntnis der eigenen Natur und ihrer „Hypochondrie" läßt ihn an Goethe, dem er verehrend und liebend in Sachen der Farbenlehre zu Diensten ist, schreiben: „Ich weiß von Ihnen selbst, daß Ihnen das literarische Treiben stets Nebensache, das wirkliche Leben Hauptsache gewesen ist. Bei mir aber ist es umgekehrt: was ich denke, was ich schreibe, das hat für mich Werth und ist mir wichtig: was ich persönlich erfahre und was sich mit mir zuträgt, ist mir Nebensache, ja ist mein Spott."

Diesem Charakter gemäß, der scharf urteilend und selbstbewußt bis zum Hochmut ihn ganz auf sich und sein Denken zurückweist, handelt er auch. Mit

Widerspruch und „Indignation“ entfremdet er sich alles Lebendige, stößt es ab und wird von ihm abgestoßen. Der Mutter in Weimar wurde er überlästig durch die Wut, alles besser wissen zu wollen; den Freunden in Dresden galt er als Sonderling und hieß der Jupiter tonans, der donnernd und blitzend „mit seinem unverblümten Geradeheraus sehr den Unangenehmen spielte, mit den beißendsten Sarkasmen oft den Kaffee versalzte, seinem kritischen Humor ungeniert den Zügel schießen ließ, ohne daß einer jemals gewagt hätte, Gleiches mit Gleichem zu vergelten“; in Berlin mißrät ihm als Dozenten das Verhältnis zu beiden, zu den Zuhörern wie zu den Kollegen, solange bis er völlig vereinsamt, auf die Welt scheltend und dennoch um ihr Ohr bangend, an der Frankfurter „Schönen Aussicht“ mit niemandem mehr Umgang hatte als mit seinem Pudel.

Es wäre müßig, den Lebensumständen und Mißverhältnissen des Philosophen besondere Aufmerksamkeit zu gönnen, wenn in der Eigenart seiner Person und der ursprünglichen Stellungnahme, mit der Schopenhauer sich den menschlichen Zusammenhängen entzieht, nicht in zweierlei Weise der Grund seiner Philosophie hervorleuchtete. Nicht nur im Privaten schließt er sich aus, sondern ebenso im Völkischen und Geschichtlichen. 1813, als die Nation zum Kampfe aufbricht, entscheidet er: „dafür bin ich nicht da“ und zieht sich zurück in das abgelegene Rudolstadt, um seine Dissertation „Über die vierfache Wurzel des Satzes vom zureichenden Grunde“ zu schreiben. Es ist der Wunsch, das Überzeitliche zu erreichen, der ihn dazu führt, sich aus allen zeitlichen Bindungen nach Möglichkeit zu lösen und auch in seinen Gedanken der Geschichte nur den geringsten Raum zu gönnen. Die Lehre vom Willen, der das Ding an sich ist, wendet sich an den einzelnen und sucht für ihn das All und Eine unmittelbar. Der Mensch erscheint zunächst als Phänomen in der natürlichen Welt, und auf diese ist man auch für „die Auffindung des Fundaments der Ethik“ verwiesen. Das Bewußtsein von der Analogie dieser Anschauung zur exakten Naturerkenntnis ruft die charakteristische Äußerung an Morin hervor: „Die Experimentalwissenschaften müssen also zur Geltung kommen, damit meine Philosophie zur Geltung kommt.“ Darin liegt aber eine entscheidende Begrenzung ihrer Reichweite.

Auf der anderen Seite entspringt der gleichen ursprünglichen Stellungnahme gegen die alltägliche Welt jener Nietzsche später faszinierende Gedanke des Zusammenwirkens der einzelnen Großen, die über die Zeiten hinweg sich anrufen. Je tiefer der Philosoph das zeitliche Treiben und die Kleinheit der Welt um ihn her verachtet, um so erhebender wächst in ihm die Verehrung der großen dahingegangenen Geister, an deren Tische er sich labt, deren Gespräch und offene Fragen er aufnimmt und deren Last nun seine Schultern drückt.

Vier Vorbilder sind es, zu denen Schopenhauer sich so bewundernd und dankbar verpflichtet bekennt: Von der Kenntnis der Schriften der Hindu erwartete er eine revolutionierende Wirkung auf die Zeit. Die Liebe zu dem „göttlichen“ Plato ließ ihn in Paestum dem Gedanken nachhängen, jener möchte vor Zeiten vielleicht auch diese ehrfurchtheischenden Tempel betreten haben. Zu beiden fand er, der es ablehnte, „jüdische Mythologie für Philosophie“ auszugeben, den Weg nicht zuletzt deshalb, weil diese hohen Erscheinungen vorchristliche sind. Kant und Goethe gehen die nachchristlichen Wege. Aus der Art unseres Volkes erwachsen und sein Schicksal vom Geiste her bestimmend, stellen die Unvereinten in ihrem Gegenspiel jeden, der auf sie hört, vor die Aufgabe, diesem Volke die Form der Ganzheit des Lebens und Geistes zu finden, die im eigensten Streben der beiden Gewaltigen sich abzuzeichnen beginnt. Bereits Schopenhauer steht vor dieser Jahrhundertaufgabe.

In Goethes Welt ist ihm die Achtung für alles Lebendige, für alles Anschauliche und Einheitliche eingegeben worden, wie auch der Widerwille gegen alles bloß Theoretische, Abstrakte und Leere. Wie Goethe sucht er die Ein-

heit der Natur und des Geistes innerhalb ihrer Erscheinung selbst und will das Gesetz in der Anschauung ergreifen. Die Natur liege „Menschen im Herzen". Als er jedoch dieses Prinzip aufs äußerste anspannt und das Vorhandensein des Lichtes als Objekt nur für das erkennende Subjekt gelten lassen will, entfremdet er sich dem Lehrer. Der fragt mit seinen Jupiteraugen ihn anblickend: „Was, das Licht sollte nur dasein, insofern Sie es sehen? Nein, Sie wären nicht da, wenn das Licht Sie nicht sähe." Da zu dem Unterschied der Meinung in Schopenhauers Äußerungen noch die Verletzlichkeit seiner Natur sich meldet, muß er zuletzt schmerzlich aufseufzen: „Ich trete die Kelter allein." Goethe bewahrt dem „schwer zu kennenden jungen Mann" die Achtung, ohne die Verbindung seinerseits zu suchen.

Schopenhauer wird indessen durch die in Goethes Lehre gewonnene Weise, die Welt anzuschauen, verhindert, gleich dem anderen großen Stern seiner Jugend, dem „erstaunlichen" Kant, die letzte in der Autonomie abgestreifte Fessel auch von sich zu werfen. Klar sieht er das große Verdienst Kants in der Zerstörung der alten, den theoretischen Zugang zur transzendenten Welt eröffnenden Metaphysik: die wirkliche Welt ist von allen theologisch-transzendenten Überwirklichkeiten gerettet worden, dank der anerkannten Unterscheidung von Erscheinung und Ding an sich. Von daher steht für ihn fest, daß die gemäß den Formen unseres Intellekts: Raum, Zeit und Kausalität geordnete Sinnenwelt nur die Welt als Vorstellung ist, während er das Ding an sich, das für Kant unerkennbar und nur als Grenzbegriff zulässig blieb, dem Willen gleichsetzt. Diesem blind und bewußtlos sein Werk vollbringenden Willen, der die unmittelbarste und gewisseste aller Tatsachen sei, wird der Primat zugeschrieben, er bringt nicht nur die Erkenntnis, sondern auch, als seine Objektivation, das Erkenntnisorgan hervor; da er allen Erscheinungen ebenso zugrunde liegt wie uns selbst, kann in ihm als der Urkraft das All-Eine gesehen werden. Dieser scheinbare Monismus beruht — wie Alfred Rosenberg im „Mythus des 20. Jahrhunderts" gezeigt hat — darauf, „daß mit dem einen Wort Wille zwei grundverschiedene Begriffe bezeichnet werden."

Die Schwierigkeit des Systems bricht auf in seinen ethischen Folgerungen. Das Kantische moralische Gesetz erscheint als ein durch nichts gerechtfertigter Sprung ins Überwirkliche, demgegenüber Schopenhauer — angeleitet durch das Goethische Streben nach Lebendigkeit und letzter Einheit — zum „Urphänomen" der Ethik im Menschen vorzustoßen auffordert, und somit in einer aus seiner Willensbestimmung folgenden Verschiebung der Kantischen Unterscheidung von phänomenaler und noumenaler Welt zum Empirischen zurückführt. Da er die Transzendenz ablehnt, weist er den kategorischen Imperativ zurück als eine verkleidete Fortherrschaft der Autorität des mosaischen Dekalogs, ohne zu sehen, daß Kant in der Autonomie die Transzendenz-Immanenz-Ordnung bereits durchbricht. Er selber bleibt, da er sich nur gegen den unbegründeten Befehl aus dem Jenseits wendet, von jenem Verhältnis notwendig abhängig. Die ethische Triebfeder sucht er in der diesseitigen, in egoistische Individuen zerfallenden Welt. Die im Mitleid mögliche Wendung des Einzelnen zum Anderen nach der Formel *tat twam asi*, auf die sich die durch das Alte und Neue Testament ausdrücklich bestätigten Tugenden: Gerechtigkeit und Liebe gründen, verläßt die Doppelung in Transzendenz und Immanenz nicht. Die tiefe, im Gedanken der Verneinung des Willens in der Erkenntnis angelegte Einheit, die Schopenhauer uns im Bild des Wanderers mit der Laterne einprägt, der an den Abgrund kommt und umkehrt, bleibt der Schopenhauerschen Stellungnahme gegen das Leben getreu. Deswegen lautet das Urteil Nietzsches: daß „der Schopenhauersche Nihilismus immer noch die Folge des gleichen Ideals ist, welches den christlichen Theismus geschaffen hat". Schopenhauer gab „jenes Absolutum von Ideal nicht auf, — er schlich sich durch . . ."

Der im Gegeneinander von Kants und Goethes Art über das Jahrhundert hinaus keimende Anspruch, die nach dem Zerfall der abendländisch tradierten

Ordnung mögliche und gültige Form des Seins zu finden, wird von Schopenhauer nicht befriedet. Auch gegen den Ausweichenden erfüllt die geschichtlich-schicksalhafte Bindung sich. Von dem Bündnis mit den Experimentalwissenschaften her ist für den „Atheismus" kein dauerndes Fundament zu gründen.

Die Reaktion auf die romantische Revolution von 1848 hatte pessimistische, die das Historisch-Politische meidende Selbsterkenntnis des Willens zu Ruhm und Wirksamkeit gebracht, ja sie blieb als Mode der Offiziere und Damen bis zum Weltkriege spürbar. Aber nicht jene den Willen zum Leben als blind und böse verneinende Stellungnahme ist die fortzeugende gewesen, sondern ihre andere Seite, die den standhaft philosophierenden Einzelnen erhob. Nicht das System war es, das die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts immer neu entzündete, sondern einzelne Lehren und Erfahrungen des genial überredenden Stilisten, vornehmlich jene, die der Kunst den Weg in die Philosophie bahnten und auf die Hebbel und Richard Wagner sich stützten. Wagner erreichte die dramatische Synthesis dank der Lehre von der Souveränität der Musik, die eine Objektivation des Willens ist.

Je mehr das System seine Wirkung ins einzelne auflöste, um so gewaltiger wirkte der große Mann, der Philosophie lebte, und lehrte, daß man sie leben müsse — in „heroischem Lebenslauf". „Als Lehrender mag er hundertmal unrecht haben, aber sein Wesen selber ist im Recht" pries Nietzsche seinen Erzieher. Nietzsche hat, ihn überwindend, sein Erbe angetreten, mit raschem Spruch zugleich das frühe Urteil des Jean Paul aufnehmend, der das kühne Werk „nur loben, nicht unterschreiben" wollte:

„Was er lehrte, ist abgetan,
Was er lebte, wird bleiben stahn!
Seht ihn nur an,
Niemandem war er untertan!"

Grundsätzliches zur polnischen Minderheitenpolitik

Nachdem im Dezemberheft dieser Zeitschrift die deutsch-polnische Minderheitenerklärung vom 5. November 1937 behandelt und im vorigen Heft eine Übersicht über die innerpolnische Entwicklung des Jahres 1937 gegeben worden ist, bringen wir hiermit Ausführungen zum Abdruck, die die Theorie und Praxis der polnischen Minderheitenpolitik in grundsätzlicherer Weise zum Gegenstande haben, — gleichzeitig in der Annahme, daß die erwähnte deutsch-polnische Erklärung vom November vorigen Jahres berechtigten Anlaß zu der Hoffnung auf eine bessere Zukunft der deutschen Minderheit im polnischen Staat gibt. Die Schriftleitung.

In Polen spielt sich heute ein geistiger Klärungsprozeß ab. War das polnische Denken bisher auf die Erreichung der staatlichen Unabhängigkeit Polens ausgerichtet, so sagt man sich heute: Unser 150jähriger Traum ist in Erfüllung gegangen. Der polnische Staat steht und dürfte kaum erschüttert werden. Aber was soll dieser polnische Staat in der Zukunft für eine Aufgabe haben? — Das Ergebnis dieser Auseinandersetzungen um die eigentliche Mission des polnischen Staates und die künftige Stellung der Polen unter den anderen Völkern ist auch die Bildung des neuen Einheitslagers, das unter der Führung des inzwischen zurückgetretenen Obersten Koc Ende Februar 1937 organisiert wurde.

Die Überlegungen nach der grundsätzlichen Bedeutung und Sinngebung des polnischen Staates machen natürlich nicht vor der Minderheitenfrage halt. Lebhaft wird deshalb erörtert, welche Stellung die nationalen Minderheiten in Zukunft im polnischen Staat einnehmen sollen. Diesen nicht einseitigen Erörterungen — denn auch die nationalen Minderheiten selbst sind in

Bewegung geraten — liegt die Erkenntnis zugrunde, daß das Minderheitenproblem in Polen bisher *nicht* gelöst wurde.

Schon bei seiner Entstehung war Polen ein Nationalitätenstaat. Die letzte Volkszählung von 1931 weist folgende Zusammensetzung der gesamten Staatsbevölkerung von 31 915 800 aus:

21 993 400	Polen	68,9	Prozent der Gesamtbevölkerung
3 222 000	Ukrainer	10,1	„ „ „
2 732 600	Juden	8,0	„ „ „
1 219 900	Ruthenen . . .	3,8	„ „ „
989 900	Weißrussen . . .	3,1	„ „ „
741 000	Deutsche	2,3	„ „ „
707 100	Hiesige[1]) . . .	2,2	„ „ „
138 700	Russen	0,4	„ „ „
83 100	Litauer	0,3	„ „ „
38 100	Tschechen . . .	0,1	„ „ „

Auch wenn man diese Ergebnisse der polnischen Volkszählung als Spiegelung der tatsächlichen Verhältnisse bewerten will — wozu sich allerdings einige Vorbehalte aufdrängen, wenn die Art der Ermittlung der Stärke der deutschen Volksgruppe in Betracht gezogen wird —, dann hat sich nach 10 Jahren an dem Charakter Polens als Nationalitätenstaat grundsätzlich nichts geändert. Dem Prozentsatz von 68,9 Prozent Polen aus dem Jahre 1931 steht ein solcher von 68,4 Prozent aus dem Jahre 1922 gegenüber. 10 Jahre Polonisierung oder „Renationalisierung“ haben nicht vermocht, den Prozentsatz der Polen auf Kosten der anderen Nationalitäten irgendwie nennenswert zu erhöhen.

Bis in die allerletzte Zeit sollte das Minderheitenproblem in der Theorie gemäß der Staatsidee Pilsudskis gelöst werden. Programmatische Erklärungen Pilsudskis über die Minderheitenfrage liegen nicht vor, aber seine Ideen auf diesem Gebiet haben Sachkenner kundgetan und interpretiert. Unter diesen sind insbesondere zwei hervorzuheben: der ehemalige Leiter der Ostabteilung des polnischen Außenministeriums, Tadeusz Holowko, der im August 1931 von ukrainischen Terroristen ermordet wurde, und der erste Außenminister der neuen polnischen Republik und spätere Präsident des Instituts für Nationalitätenfragen, Leon Wasilewski (im Dezember 1936 verstorben). Beide waren ergebene Pilsudskisten und Sozialisten, der erstere ist nach dem Maiumsturz Pilsudskis aus der PPS. (Polska Partja Socjalistyczua = Polnische Sozialistische Partei) ausgeschieden, der letztere blieb bis zu seinem Tode nicht nur deren Mitglied, sondern auch leitender Funktionär und Publizist.

Tadeusz Holowko hat sich über die Minderheitenfrage in Polen verschiedentlich geäußert. Sein Gedankengut ist vornehmlich in seiner kleinen, aber sehr bedeutsamen Schrift „Die Minderheitenfrage in Polen“ (Kwestja Narodowosciowa Polsce, 1922) niedergelegt. Für seine Anschauungen in dieser Frage ist schon der erste Satz kennzeichnend: „Wie das Los eines Volkes ist, das keinen Staat hat, das wissen wir Polen am besten. Daher müssen wir mehr als jedes andere Volk die wiedereroberte Unabhängigkeit schätzen, aber andererseits auch verstehen und mitfühlen mit denjenigen Völkern, denen das Schicksal den Besitz eines eigenen Staates versagt hat.“ Die Lösung der Minderheitenfrage dachte sich Holowko in der Form, wie es die Vereinigten Staaten von Nordamerika getan haben, „wo jeder eingewanderte Pole, Deutsche, Italiener, Irländer nach ein paar Jahren das Recht hat, die amerikanische Staatsbürgerschaft zu erwerben — heute ist das schon anders — und zu gleicher Zeit dieselben Rechte wie der Yankee besitzt; alle staatlichen Stel-

[1]) Unter „Hiesigen“ verstehen die amtlichen polnischen Stellen die Bevölkerung Wolhyniens und Polessiens, die als Nationalität „Hiesige“ angeben, aber wohl Ukrainer oder Weißrussen sind.

lungen und Positionen dieser großen Republik stehen ihm offen. Mit dieser Gleichberechtigung, der gleichen Behandlung aller Bürger, erreichten die Amerikaner das Wunder, daß Amerika für die Auswanderer zum zweiten Vaterland geworden ist... Denselben Weg, den die Vereinigten Staaten gegangen sind, muß auch Polen gehen. Die nationalen Minderheiten können an Polen gebunden werden nicht mit Hilfe von Ausnahmezuständen und Maulkorbgesetzen, nicht auf dem Wege über Repressalien, sondern im Wege der Gewährung weitgehender Freiheit und verständiger Toleranz." Für die Behandlung der Deutschen hat Holowko folgende Richtlinien aufgestellt: „Die Deutschen besitzen eine angeborene Loyalität gegenüber den Forderungen des Staates. Die deutsche Bevölkerung der abgetretenen Reichsgebiete wird sich nicht so schnell damit abfinden, daß sie nunmehr einem anderen Staatsverband zugeteilt ist. Polen muß daher den Deutschen gegenüber eine vernünftige und verständige Politik führen. Wir müssen für die deutsche Bevölkerung Lebensbedingungen schaffen, die sie keine nationale Bedrückung fühlen lassen, damit, wenn nicht die gegenwärtige, so doch die künftige deutsche Generation sich so an Polen gewöhnt, daß sie nicht mehr der Vortrupp einer deutschen Revanche sein wird." Eine solche Minderheitenpolitik forderte Holowko „nicht nur im Namen der Gerechtigkeit und im Namen der republikanischen und demokratischen Grundsätze, sondern vor allen Dingen im Interesse der Erhaltung und Befestigung der neuen polnischen Unabhängigkeit".

Ein paar Jahre später hat Leon Wasilewski diese Theorien einer polnischen Minderheitenpolitik erneut hervorgehoben. „Durch Erfüllung der Bedürfnisse der Minderheiten wird sich der Staat festigen", betont er. Auch er bescheinigt den Deutschen ihre natürliche Loyalität gegenüber dem Staat. Seiner Meinung nach hat „der polnische Staat von den Deutschen keine Bosheit oder gar Schädigungen zu erwarten". Die Schrift Wasilewskis ist unter dem Eindruck entstanden, daß die ungelöste Minderheitenfrage den polnischen Staat einmal in erhebliche Schwierigkeiten bringen würde.

Wenn diese Theorien einer vernünftigen Minderheitenpolitik in der Praxis angewandt worden wären, dann würde der polnische Staat in der Tat das Muster eines harmonischen Nationalitätenstaates geworden sein, vielleicht sogar die Schweiz übertroffen haben. Leider war jedoch die bisherige polnische Minderheitenpolitik das reine Gegenteil dieser schönen Theorien, was um so erstaunlicher ist, als Tadeusz Holowko selbst eine Zeitlang erheblichen Einfluß auf die polnische Innenpolitik ausgeübt hat. Die bisherigen Ergebnisse der polnischen Minderheitenpolitik sind bekannt. Keine Seite ist von ihr befriedigt. Die staatlichen Stellen kennen die oppositionelle, ja teilweise revolutionäre Stimmung unter den Minderheiten und erblicken in dem nur unbefriedigend gelösten Minderheitenproblem mit Recht eine Gefahr für den Bestand des Staates. Vielleicht gelingt es der deutsch-polnischen Minderheitenerklärung vom 5. November 1937, wenigstens für den Bereich der polnisch-deutschen Beziehungen Wandel zu schaffen). Der polnische Außenminister, Oberst Beck, hat in der seit Abgabe der Erklärung verflossenen Zeit mehrfach den besonderen Wert der dort getroffenen Regelung betont.

Abgesehen von der Praxis der polnischen Minderheitenpolitik ist auch ihre Theorie in jüngster Vergangenheit einer Nachprüfung unterzogen worden. Die Idee des Nationalitätenstaates wird zugunsten der Idee des polnischen Nationalstaats aufgegeben. Die Ideologie der rechtsgerichteten Nationaldemokratie Dmowskischer Schule wird zum Programm der polnischen Minderheitenpolitik erhoben. Immer mehr setzt sie sich auch in jenen Kreisen des Pilsudski-Lagers durch, die der Nationaldemokratie bisher unversöhnlich gegenüberstanden.

Die ersten neuen Verlautbarungen für eine künftige Minderheitenpolitik in Polen waren die Ausführungen des Chefredakteurs der „*Gazeta Polska*",

---

[2]) Vgl. hierzu „Geist der Zeit", Dezember 1937, Seite 903.

Miedziński, im Diskussionsklub der Unabhängigkeitskämpfer im Warschauer Sejm im Februar 1937. Miedziński trat für eine unterschiedliche Behandlung der einzelnen nationalen Minderheiten in Polen ein. So solle der polnische Staat und das polnische Spoleczenstwo (darunter ist das polnische Volk und die Öffentlichkeit zu verstehen) den slawischen Minderheiten, den Ukrainern und Weißrussen gegenüber „die Politik eines älteren Bruders" einschlagen. Die Deutschen und Russen dagegen solle man unter dem Gesichtspunkt behandeln, daß sie „nicht Einheimische auf dem Boden der polnischen Republik, sondern Nachkommen von Fremden und Eroberern" seien. In bezug auf die Juden tritt Miedziński für die Begünstigung ihrer Auswanderung aus Polen und für die Nationalisierung der polnischen Wirtschaft und Kultur ein. Die Absage an die Theorien Holowkos ist deutlich.

Eine Bestätigung dafür, daß in Polen ein neuer Kurs auf minderheitenpolitischem Gebiet vorbereitet wird, war auch das Auftreten des neuen polnischen Einheitslagers, des „*Oboz Zjednoczenia Narodu*" (OZN.). Oberst Koc hat sich in seiner am 21. Februar 1937 verkündeten Erklärung zur Minderheitenfrage nur ganz allgemein geäußert, aber auch diese Erklärung beweist die Abkehr des Pilsudski-Lagers von den bisherigen Thesen der polnischen Minderheitenpolitik. Oberst Koc erklärte, daß die Richtlinie des Einheitslagers für die polnische Minderheitenpolitik der Wunsch nach brüderlicher Zusammenarbeit aller Staatsbürger ist, denn die Sonderheiten, durch die sich die Polen und die anderen Nationalitäten voneinander unterscheiden, werden anerkannt. Aber die Anerkennung wird an die Bedingung geknüpft, daß die Pflege der Sonderheiten seitens der anderen Nationalitäten nicht an die Interessen des Staates rührt. Von allen Minderheiten führte Oberst Koc nur die Juden an und sprach sich unter Betonung der kulturellen Selbstverteidigung und wirtschaftlichen Selbständigkeit des polnischen Volkes gegen jede Gewaltlösung der Judenfrage aus. — Die Erklärung des Obersten Koc ist nur an die Polen gerichtet, denn nur diese sollen geeinigt und gesammelt werden. Noch fehlt der Hinweis auf die ausschließliche Bestimmung über den polnischen Staat nur durch die Polen. Noch fehlt die Erklärung: Wir Polen haben den polnischen Staat geschaffen, er ist unser Werk; wir allein sind sein Wirt, und nur wir bestimmen in ihm und über ihn. Das sind die Thesen der Nationaldemokratie. Sie werden jetzt nicht nur von dieser, sondern auch von den Unterführern und Sektorenleitern des OZN. verkündet. Insbesondere hat dies General Galica, der Führer des Dorfsektors des OZN., getan.

General Galica hat in allen seinen Versammlungen, in welchen die Wojewodschaftsgliederungen des Dorfsektors des OZN. geschaffen wurden, im einzelnen eine abweichende, aber im Grundsatz eindeutige Politik der Nichtgleichberechtigung der nationalen Minderheiten in Polen entwickelt. Von Lemberg aus hat er es für notwendig befunden, dem in Ostgalizien sehr aktiven Ukrainertum zu erklären, daß „im polnischen Staat das polnische Volk allein der Wirt ist und bleibt". Hier im südöstlichen Teil der Republik könne das polnische Volk „keine Einengung seiner unwidersprochenen Rechte zur alleinigen Entscheidung der öffentlichen Angelegenheiten zulassen". Ein geschlossenes Polentum sei hier notwendig, um „gebührend die polnische Staatsraison zu vertreten". In Polessien und Wolhynien, wo das Ukrainertum weniger aktiv und das Weißrussentum kaum zum nationalen Bewußtsein gelangt ist, hat Galica von einer Minderheitenpolitik des brüderlichen und staatsbürgerlichen Zusammenlebens der gesamten auf dieser Erde wohnhaften Bevölkerung gesprochen. Ukrainer, Weißrussen und Polen dürfen nicht eine Mauer zwischen sich richten, sondern sollen gemeinsam eine solche um die östliche Grenze der Republik Polen legen. So stark er in seinen Erklärungen an die Ukrainer und Weißrussen das Herrscherrecht des polnischen Volkselements betont, so ist doch in diesen Erklärungen das Bestreben unverkennbar, das Zusammenleben zwischen Polen und den erwähnten Minder-

heiten auf der Grundlage einer slawischen Solidarität und Brüderlichkeit zu gestalten.

Völlig anders lauten Galicas Formulierungen gegenüber der deutschen Volksgruppe. In Thorn hat General Galica von der Nationalisierung des ökonomischen Lebens gesprochen, die dem Polentum die wirtschaftliche Selbständigkeit bringen solle. Hier in Thorn hat Galica den versammelten Funktionären des OZN. in Erinnerung gebracht, daß sich „*auf der Thorner Erde der polnische Gedanke gegen die Methoden der deutschen Gewalt jahrhundertelang durchgesetzt hat*“. Hier in Thorn müsse daher das Polentum besonders auf die Stärkung des polnischen Nationallebens bedacht sein. Also kein Wort von Zusammenarbeit mit dem Deutschtum, im Gegenteil: Betonung der Notwendigkeit, die eigenen nationalen Positionen zu verstärken. — Noch schärfere Akzente gegen das Deutschtum fielen auf der Tagung in Posen. Hier wurde die Beschleunigung der Agrarreform gefordert. Bezeichnend waren die Ausführungen des Abgeordneten Kozubski, der, obwohl grundsätzlich gegen die Schaffung von Kelinwirtschaften als Ergebnis der Parzellierung eingestellt, die „Anwendung der Agrarreform als eine staatliche Notwendigkeit“ ansah und eine Korrigierung des Bodenbesitzverhältnisses der deutschen Volksgruppe zu ihrer zahlenmäßigen Stärke forderte. Der Zustand, daß 9 Prozent Deutsche in Posen 29 Prozent des Bodens besitzen, sei untragbar, erklärte er. — Am negativsten ist jedoch der minderheitenpolitische Teil der OZN.-Entschließung in Kattowitz ausgefallen. Dort heißt es: „Die polnische Minderheitenpolitik wird aus traditionell-historischen Gesichtspunkten wie aus Gründen der Gegenwartslage zur Aufgabe haben, bei völliger Berücksichtigung der national-kulturellen Interessen der deutschen Minderheit sich allen Bestrebungen einer politischen und kulturellen Offensive dieser Minderheit auf ein ihr nationalfremdes Gebiet entschieden zu widersetzen.“

Das alles sind erst Erklärungen. Der OZN. hat noch kein bestimmtes Programm auf minderheitenpolitischem Gebiet formuliert. Das Programm ist, wie die verschiedenen Unterführer und Sektorenleiter angeben, noch in der Ausarbeitung. Es dürfte aber keinem Zweifel unterliegen, daß dem endgültig formulierten Programm die schon jetzt verkündeten Thesen zugrunde liegen werden. Wie auch immer der OZN. die ihm zugefallene Aufgabe erfüllen wird, das polnische Volk zu sammeln — in jedem Falle wird er ein beachtlicher Faktor der polnischen Innenpolitik werden. Nicht nur seine politischen Aktionen, sondern auch seine ideologischen Äußerungen werden auf die polnische Staatspolitik Einfluß haben.

Preuß.

Frieden durch Recht

I.

Krisis oder Wandlungen des Nationalitätenrechts?

1. Zur Rechtsgeschichte

Am Anfang der nationalen Bewegung des 19. Jahrhunderts hatte die Entdeckung des Volkes und das Erwachen der Völker gestanden. Als „Entdeckung des Volkes“ bezeichnet man einen eigenartigen Vorgang, den die Geschichtsforschung erst langsam überschauen lernte: Die deutsche Selbstbesinnung des 18. Jahrhunderts hatte sich zur „deutschen Bewegung“ und zu einer Wissenschaft vom Volkstum — von Liedern, Sprache und vom Volkstum überhaupt — entwickelt, und diese neue Wissenschaft widmete sich von Anbeginn der Entdeckung fremden Volkstums mit dem Wunsche der Völkerbefreiung. So wurde —

wie die Geschichtsforschung mehr und mehr in Einzelheiten feststellte — Herder und die deutsche Volkstumswissenschaft zum Erwecker der Slawen. Namentlich die baltischen Völker sind erst durch die deutsche Volkstumsforschung aus ihrem geschichtslosen Dasein erweckt worden. Man weiß heute, daß die von Deutschland ausgehende Volkstumsbewegung maßgebender das Gesicht des modernen Europa bestimmt hat als die französische Revolution[1]).

Kürzlich hat der jugoslawische Ministerpräsident und Außenminister Stojadinowitsch anläßlich seines Freundschaftsbesuches in Deutschland auf die deutsche Anteilnahme an dem nationalen Befreiungskampf Serbiens zu Anfang des 19. Jahrhunderts hingewiesen:

> „Als wir nach jahrhundertelanger Finsternis erwachten, waren es Deutsche, die unsere Lieder und unser Leid von der Welt als erste anerkannten . . .“

Und weiter:

> „Erfuhr doch auch das Werk Vuk Karadzitschs — des großen serbischen Sprachschöpfers — eine maßgebliche Förderung durch Jakob Grimm, Goethe und anderen Repräsentanten des deutschen Geisteslebens der ersten zwei Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts. Die Tatsache, daß Vuk Karadzitsch dem großen deutschen Historiker Leopold von Ranke das Material für dessen Geschichte der serbischen Revolution lieferte, ist nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Zusammenarbeit der beiden wichtig, sondern auch deshalb, weil durch das Werk Rankes die ganze europäische Öffentlichkeit mit dem Freiheitskampf unseres Volkes näher bekannt wurde[2]).“

Die nationale Bewegung im eigentlichen Sinne begann mit den Freiheitskämpfen gegen fremdvolkliche Unterdrückung. Sie begann mit den deutschen Freiheitskriegen gegen das napoleonische Frankreich, in denen sich das Ideal der deutschen Einigung entwickelte, und im Südosten Europas mit den Freiheitskämpfen der Serben und Griechen, die sich aus dem türkischen Völkerjoch befreiten und zu einem eigenen nationalen Staat kamen.

Als geistig-politischer Vorgang zielte seitdem die nationale Bewegung darauf, „jedem Volk seinen eigenen Staat zu geben“ (Nationalitätsprinzip). Sie zielte auf den Nationalstaat, in dem Staats- und Volksgrenzen sich decken. In ihrem Verlauf kam es zur nationalen Einigung im Deutschen Reich —, die freilich nur eine „kleindeutsche“ Einigung war —, zum nationalen Königreich Italien und zur Bildung der Balkanstaaten.

Als Mazzini das Nationalitätsprinzip zur Basis des Staats- und Völkerrechts zu machen forderte, da schien es wohl, als wenn die Verwirklichung dieses Prinzips nur auf Kosten entweder der Kleinstaaterei ginge, die ein Volk, wie das deutsche, das italienische zerstückelt hatte, oder nur auf Kosten von großen Staaten, die entgegen diesem Prinzip verschiedene Völker vereinigten und mehr oder weniger unterdrückten; wie namentlich das türkische Völkerreich, von dem sich die Balkanvölker freimachten, oder das Habsburger Reich jener Zeit.

Nun aber begannen sich die Versuchungen und Grenzen des Nationalitätenprinzips zu zeigen, das auf einen Nationalstaat als normalen Typ des europäischen Staatensystems hinauszuwirken schien. In großen und kleinen Völkerstaaten regte sich eine Entwicklung zur Bildung eines Nationalstaates auf Kosten schwächerer Nationalitäten. Um nur zwei Beispiele zu nennen: Im Osten suchte die „Russifizierungspolitik“, der die Polen, Finnländer, Balten ausgesetzt waren, auf deren Kosten den russischen Nationalstaat im Westteil des russischen Reiches zu verwirklichen. In Westeuropa suchte sich Belgien zum Nationalstaat zu ent-

---

[1]) Darüber handelt die aufschlußreiche Schrift: Fischer-Heiß, Die Entdeckung des Volkes. Die politische Leistung der deutschen Volkstumsbewegung in Europa. Volk und Reich-Verlag, Berlin. Mit Beiträgen von M. H. Boehm u. a.

[2]) Trinkspruch in Karinhall, 16. Januar 1938 (Pressenachricht); dazu vgl. den Dialog Stojadinowitsch—v. Neurath in „Volk und Reich“. 1938, H. 1.

wickeln, indem die staatsbeherrschenden Wallonen die Flamen zu französieren trachteten. In einer Reihe von Staaten rief die nationale Bewegung ähnliche Erscheinungen der Entnationalisierungspolitik hervor.

Von Anbeginn war die nationale Bewegung eng verknüpft mit dem recht verschiedenartig deutbaren Freiheitsideal geblieben. Nun zeigte sich als Kehrseite der nationalen Bewegung diese Entnationalisierungspolitik, genauer: eine Politik der Umnationalisierung, der zwangsmäßigen Assimilation an das staatsbeherrschende Volk. Sie kennzeichnet sich als nationale Unterdrückung durch nationalistische Politik und pflegt sich vor sich selbst oder anderen mit einem nationalen Ideal zu rechtfertigen.

Der Völkerstaat Österreich aber ging dann in der Einsicht voran: daß es Gebiete gibt, auf denen wegen des eigenartigen Neben- und Durcheinanderwohnens verschiedener Volksgruppen kein Nationalstaat möglich ist, sondern nur ein Nationalitätenstaat, für den ein besonderes Nationalitätsrecht notwendig ist. Das Nationalitätenproblem im Sinne eines Ringens um ein ausgleichendes Recht der Nationalität erhob sich zuerst in Österreich, das sich als Völkerstaat auf der Basis eines verantwortungsbewußt durchdachten Nationalitätenrechts zu konsolidieren suchte[3]). Die Welt sähe besser und friedlicher aus, wenn heute die sogenannten „Minderheiten" Europas die Rechte hätten, die das alte Österreich den damals in seinem Staatsverband lebenden Völkerschaften gewährte, und in deren Formen sich der Nationalitätenkampf, die Nationalitätenbewegung weiter entwickelte. Entgegen der in der Zeit des Weltkrieges und später verbreiteten Hetzideologie vom „Völkergefängnis" Österreich übernahm die Pariser Friedenskonferenz von 1918/19 gewisse Grundelemente des sogenannten Minderheitenrechts von dem Vorbild jenes österreichischen Nationalitätenrechts.

Im übrigen tat man dort gern, als ob die Grundideen oder Grundforderungen der nationalen und Nationalitätenbewegung eben erst von Amerika her oder jedenfalls nach dem angelsächsischen Vorbild auf Europa übertragen wurden. Die Juden trugen ihre aus dem Ghetto her mitgebrachten Autonomiegedanken und den Gedanken eines internationalen Interventionsrechtes zum Schutze der Nationalität mit Nachdruck an die neuen Weltordner heran. Nicht weniger dringlich traten die Tschechen auf, die sich für ihre Forderung nach einem besonderen Staat einerseits in eigener Sache auf das Nationalitätenprinzip stützten und anderseits die Angliederung großer andersnationaler Gebiete, vor allem der Deutschen, mit dem Versprechen rechtfertigten: der von ihnen zu errichtende Nationalitätenstaat werde nach dem Vorbild der Schweiz Slawen und Deutsche als gleichberechtigte Staatsvölker nebeneinander umfassen[4]). Im Widerspruch zu diesem Versprechen und diesem Schweizer Vorbilde gewöhnte man sich dann indes weitgehend daran, das Nationalitätenrecht schlechthin als „Minderheitenrecht" zu deuten.

Wilson war bei seinem Ideal des Selbstbestimmungsrechtes im Grunde von der amerikanischen Geschichte ausgegangen. Die Staatwerdung der USA. — die Lossage der englischen Kolonien vom Mutterland — beruhte auf einer Aktion des „freien Willens der Regierten", die ebenso als Ausdruck des liberal-demokratischen Rechtes eines Volkes, seine Regierung selbst zu bestimmen, erscheint, wie als revolutionäres Recht einer Menschensumme, sich aus einem Staatswesen herauszulösen und einen eigenen Staat zu bilden. Aber es fehlt in diesem Wilson-Ideal die Beziehung zum nationalen Gedanken Europas — wie denn die Lossage der Vereinigten Staaten von England mit der europäischen Idee der nationalen

[3]) Vgl. die Darstellung von Hugelmann, Das Nationalitätenrecht des alten Österreich (1934).

[4]) Vgl.: Die Tschechoslowakischen Denkschriften für die Friedenskonferenz von Paris 1919/20. Herausgegeben von Raschhofer, Berlin 1937; Die tschechische Lüge. Volk und Reich, 1937, H. 6. Bruns, Die Tschechoslowakei auf der Pariser Friedenskonferenz. Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Bd. VII, 1937, S. 698 ff. — Wir kommen darauf zurück.

Einigung oder des Nationalstaates nichts zu tun hat —. Das zeigte sich sowohl in den anfänglichen Äußerungen Wilsons über die Friedensbedingungen, so namentlich der Programmrede vom 27. Mai 1916, wie in den anfänglichen Völkerbundentwürfen. Hier dachte Wilson das Selbstbestimmungsprinzip als Inhalt des Revisionsrechtes, das er für den Völkerbund forderte. Als Fall seiner Anwendung erwähnte er die Angliederung Kanadas an die USA. Wenn man heute unter Angelsachsen gelegentlich diese territoriale Umgruppierung mit dem deutschen Wort „Anschluß" erörtert (mit oder ohne Anführungszeichen), so projiziert man den Begriff der nationalen Einigung, der Wilson fremd war, auf amerikanische Verhältnisse.

Bei Kanada erinnern wir uns freilich, daß in jenem englischen Herrschaftsgebiet französische und deutsche Volksgruppen ihr Volkstum unter dem Einfluß englischer Rechtsgedanken von Selbstverwaltung gewahrt haben. Und daß dementsprechend öfters kanadische Politiker und Gelehrte sich durch besonderes Verständnis für die Nationalitätenfragen Europas auszeichneten, von denen Wilson jede konkrete und allgemeine Kenntnis fehlte. Wenn Wilson in den Vierzehn Punkten seinen amerikanischen Gedanken der Selbstbestimmung mit gewissen nationalen Wünschen der verbündet-befreundeten Völker oder Forderungen des Nationalitätsprinzips verknüpfte, so blieben dabei kanadische Gedanken vom Volkstum und seiner Wahrung im Hintergrunde.

Insofern die Ideologien der Pariser Friedenskonferenz von nationaler Selbstbestimmung als eine Verschmelzung europäischer und amerikanischer oder angelsächsischer Gedanken auftraten, erschien als Bindemittel die demokratische Weltanschauung: die liberalistischen Forderungen nach Toleranz und Freiheit der Religion, Nationalität oder Sprache für das Individuum. Man dachte als Ursprung und geistige Grundlage der nationalen Bewegung Europas nun die französische Revolution — die doch (mit Rousseau) das Volk als Summe von Wählern denkt, nicht als Abstammungsgemeinschaft mit arteigenem Volkstum, wie es die deutsche Volkstumslehre gelehrt hatte.

Die Geschichte der nationalen Bewegung ist eine Geschichte des Nationalitätenkampfes und damit auch der „Kriegsschuldstreite", der Kriegsschuldlegenden, die an diesen Kampf geknüpft waren. Der Nationalitätenkampf des Weltkrieges und der Ära von Versailles aber ist eng und eigenartig verknüpft mit der Legende der deutschen Kriegsschuld. Das wirkte sich auch auf die Entwicklung des Nationalitätenrechts aus. Nicht nur insofern, als das Zweierleimaß des Nationalitätenrechtes und seine parteiische Anwendung zuungunsten Deutschlands in vielfachem Zusammenhang mit der Kriegsschuldlegende steht. Mit der Kriegsschuldlegende vom deutschen Weltunterjochungswillen ist die Erinnerung daran unvereinbar, daß die deutsche Volkstumsbewegung und ihre Lehre völkerbefreiend gedacht und gewirkt hatte. Das deutsche Ideenerbe der nationalen Bewegung wurde verdrängt und verschleiert.

Als Völkerbefreiung trat nun die Pariser Friedenskonferenz auf, indem sie die Nationale Selbstbestimmung in den Friedensverträgen zu verwirklichen vorgab und insbesondere das sogenannte Minderheitenschutzrecht bildete, das den jungen Nationalitätenstaaten auferlegt wurde als internationale Rechts- und Friedenskontrolle. Heute verbreitert sich der Consensus sapientium darüber, daß die Friedenskonferenz das Prinzip oder die Ideologie der nationalen Selbstbestimmung in der Hauptsache als Kampfmittel zum Zweck der Zerstücklung gegen das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn handhabte; daß sie es in den Friedensverträgen parteiisch zuungunsten des deutschen Volkes und der anderen unterliegenden Völker anwandte („Anschlußverbot für Österreich als Versagen des Selbstbestimmungsrechtes, Unterstellung von $3^1/_2$ Millionen Deutscher unter 5 Millionen Tschechen usw.). Das Versagen der Minderheitenschutzrechte, das die Minderheiten nicht vor der nationalen Unterdrückung, vor den friedlosen Leiden der Entnationalisierungspolitik zu schützen vermochte, wird seit längerem schon international erörtert als der Zerfall des Völkerbundes, dem der Minder-

heitenschutz als Interventionsrecht anvertraut war. Die Nationalitätenstaaten betrachten das ihnen auferlegte Minderheitenrecht als unfreimachende Bevormundung, von der sie sich zu befreien suchen (Polen 1934, Rumänien 1937), auch als verwicklungsgefährliche Intervention. Namentlich der Nationalitätenkampf der Tschechoslowakei, der sich aus der tschechischen Unterdrückungspolitik ergab, belehrte alle Welt darüber, daß dieses Nationalitätenrecht nicht den Nationalitätenfrieden gebracht hat, der eines seiner Motive war.

Nachdem die Pariser Friedenskonferenz und ihre Rechtspolitik das Nationalitätsprinzip als mit dem liberaldemokratischen Gedanken identisch behandelt hatte, mußte es nun schon insofern zur Krisis des Nationalitätenrechtes kommen, als sich eine Reihe von Nationalitätenstaaten offen oder unter ideologischer Maske von der liberaldemokratischen Staatsform abwandten. Die Volksgruppen, die alljährlich zum Nationalitätenkongreß zusammentreten, erklärten: daß die europäische Nationalitätenbewegung eine unabhängige geistige und sittliche Bewegung darstellt, die sich mit keinem politischen Regime identifizieren läßt[5]).

Während man noch von einer Krisis des Nationalitätenrechtes sprach, ergriff das nationalsozialistische Deutschland die Initiative zu seiner Reform auf neuer rechtlich-sittlicher und politischer Grundlage. Die Friedensrede Adolf Hitlers vom 17. Mai 1933 fordert die Achtung des Volkstums im volksganzheitlichen Sinne als Basis der europäischen Völkergemeinschaft: Mit der nationalsozialistischen Anschauung von Volk und Staat ist das „Germanisieren" ebenso unvereinbar wie die Entnationalisierungspolitik oder Assimilationspolitik jener Nationalitätenstaaten, die deutschen Volksgruppen ihr Volkstum zu rauben oder stehlen versuchen. Solche Bereitschaft und Forderung des Verzichtes auf Assimilationspolitik bedeutet für Europa ein revolutionäres Prinzip. Als bedeutsamen Ansatz zu seiner Verwirklichung hat die Rechts- und Friedensgeschichte das deutsch-polnische Minderheitenabkommen vom 5. November 1937 zu registrieren. Es stellt den Grundsatz auf: „Die gegenseitige Achtung deutschen und polnischen Volkstums verbietet von selbst jeden Versuch, die Minderheit zwangsweise zu assimilieren, die Zugehörigkeit zur Minderheit in Frage zu stellen oder das Bekenntnis der Zugehörigkeit zur Minderheit zu behindern." (Fortsetzung folgt.)

II.

Frieden in Ehren

In einem Dialog Jugoslawien-Deutschland, den die beiderseitigen Außenminister Dr. Stojadinowitsch und Frhr. v. Neurath in der Zeitschrift „Volk und Reich" (Januar 1938) führen, erinnert der erstere an die Basis der Verständigung zwischen beiden Nationen: „Obwohl sich Serbien und Deutschland im Kriege gegenüberstanden, waren sie doch nicht Feinde, sondern ritterliche Gegner." Das ist beiderseits öfters ausgesprochen worden. Die deutschen Kriegerdenkmäler in Jugoslawien werden dort von den vormaligen Gegnern mit dem Bekenntnis geehrt: daß die Heldenverehrung beide Völker verbindet — so Paunovic, Bürgermeister von Bitolj, in der Weiherede zur Totenburg deutscher Helden in Bitolj, 25. Oktober 1936[6]) (Die ritterliche jugoslawische Nation unterscheidet sich in solchen Anschauungen von einer anderen Nation, die heute noch verbietet, daß in der Inschrift deutscher Kriegergräber ihres Landes die Gefallenen als „Getreue" oder „Helden" geehrt werden.)

Die Rechts- und Friedensgeschichte wird diese Tatsachen als bedeutsamen Beitrag für die Kantische Regel zu registrieren haben (die wir in diesen Blättern erörterten): daß der Friedensvertrag seinem Wesen nach abhängt von der Moral

---

[5]) Vgl. Hasselblatt in: Völkerbund und Völkerrecht. Bd. II, 1935, S. 374. M. H. Boehm, Krisis des Nationalitätenrechts (1935).

[6]) Vgl. Zeitschrift „Kriegsgräberfürsorge, 1936, H. 12.

der Kriegsführung im vorangegangenen Krieg; und daß letzthin die Ehrlichkeit des Friedensvertrages in der Ehre des Kriegers ihr Fundament hat; Präliminarartikel 6 und 1 von Kants „Traktat zum Ewigen Frieden“[7]).

Abgeschlossen Berlin 20. Januar 1938 Heinrich Rogge

Mitteilungen

Richtlinien für Sprach- und Kulturkurse für Ausländer an Deutschen Hochschulen

Im Amtsblatt des Reichs- und Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung („Deutsche Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung“, Heft 1, 5. Januar 1938, S. 7ff) werden Richtlinien für Sprach- und Kulturkurse für Ausländer an Deutschen Hochschulen veröffentlicht, die der Reichserziehungsminister am 23. Dezember 1937 erlassen hat. Die Richtlinien, deren Geltungsbereich auf die von Hochschulen veranstalteten deutschen Sprach- und Kulturkurse für Ausländer beschränkt ist — sie erfassen also nicht sonstige berufliche und fachliche Fortbildungskurse —, stellen eine planmäßige Regelung dieser Sonderveranstaltungen für ausländische Studierende dar und dienen insbesondere einer Vereinheitlichung der organisatorischen und pädagogischen Grundlagen derartiger Veranstaltungen. Die Richtlinien enthalten unter anderem nähere Bestimmungen über die Veranstalter, die Teilnehmer und die Lehrkräfte der Ausländerkurse, sowie über den Aufbau der Kurse, die Werbung, die Prüfungen und die Teilnahmegebühren.

Reichsverein Schweden-Deutschland

Mit dem Sitz in Lund wurde ein Verein „Riksföreningen Sverige-Tyskland“ (Reichsverein Schweden-Deutschland) gegründet. Anlaß und Ziel dieser Gründung geht aus dem Aufruf hervor, in dem es heißt:

„Mit Bedauern muß man feststellen, daß die bis zu einem gewissen Grade unvermeidliche Stellungnahme zum neuen Deutschland an manchen Stellen in unserem Lande zu einer Deutschenhetze geführt hat, die auf die Dauer einen vernichtenden Einfluß auf das gute Verhältnis zwischen uns und dem deutschen Brudervolk ausüben muß. Läßt man diese Propaganda unwidersprochen die schwedische öffentliche Meinung beeinflussen, muß die Folge ein gegnerisches Verhältnis zu Deutschland werden, das unter gewissen Umständen schicksalsschwere Konsequenzen für unser Volk nach sich ziehen kann. Ebenso wie Schweden bemüht ist, zu allen anderen Ländern in guten Beziehungen zu stehen, so muß es dies natürlich auch gegenüber Deutschland tun . . .

Ziel des Vereins ist, auf rein schwedischer Grundlage ohne parteipolitische Stellungnahme für eine gerechte Beurteilung des neuen Deutschlands zu wirken. Hiermit ist nicht eine politische Zusammenarbeit zwischen Schweden und Deutschland gemeint oder nationalsozialistische Propaganda beabsichtigt, sondern es handelt sich nur darum, solange es noch Zeit ist, einer Entwicklung vorzubeugen, die einen nicht wieder gutzumachenden Riß zwischen zwei stammverwandten Völkern hervorbringen muß. Die nächste und wichtigste Aufgabe des Vereins ist die Herausgabe einer periodischen Zeitschrift, die sachlich und zuverlässig im Geiste des Reichsvereins zu wirken hat . . .

Es versteht sich von selbst, daß auch andere Aufgaben aus der Tätigkeit des Vereins organisch herauswachsen werden, so die Veranstaltung von sachlichen Vorträgen, die über die Aufbauarbeit des neuen Deutschlands Aufklärung geben. Der Verein betrachtet es auch als eine seiner Aufgaben, in Deutschland Verständnis

[7]) Vgl.: Soldat und Friedensbewegung, in diesen Blättern 1937, S. 680ff., 757ff.

für Schweden zu wecken und auf diese Weise das Mißtrauen gegen unser Land und Volk zu beseitigen, das dort dank der einseitigen Stellungnahme bestimmter schwedischer Kreise zum neuen Deutschland bereits entstanden ist."

Der Aufruf wurde von rund vierhundert Personen aus allen Teilen des Landes und allen Bevölkerungsschichten unterschrieben.

Neues britisches Forschungsinstitut

Mehrere englische Stiftungen, darunter der Sir Halley Stewart Trust und der Pilgrim Trust, und die Rockefeller Foundation haben größere Beträge für die Errichtung eines National Institute of Economic and Social Research in London zur Verfügung gestellt. Präsident des Instituts wurde Sir Josiah Stamp; dem Organisationsausschuß gehören unter dem Vorsitz von Sir William Beveridge, Master of University College, Oxford, an: Sir Percy Alden, Professor A. L. Bowley, Mr. Henry Clay, Professor A. M. Carr-Saunders, Professor N. E. Hall (secretary), Mr. H. D. Henderson, Mr. D. H. Robertson und Sir Ernest Simon. Die Leitung des Instituts hat Professor Hall, bisher head of the Department of Political Economy in the University of London (University College), übernommen.

Das Institut will die Möglichkeit für von besonderen Einrichtungen unabhängige Forschungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete schaffen und solche Arbeiten fördern, die von besonderer nationaler Wichtigkeit sind. Es will parallel laufende Bestrebungen der britischen Hochschulen und anderer Einrichtungen nicht ersetzen, sondern ergänzen und dabei insbesondere dem allgemeinen Interesse dienen.

Die besondere Bedeutung, die diesem nationalen britischen Forschungsinstitut beizumessen ist, ergibt sich aus der Zusammensetzung des „provisional committee", dem u. a. angehören: Sir Percy Alden, chairman of the British Institute of Social Service, Sir William Beveridge, Master of University College, Oxford, Professor A. L. Bowley, Emeritus Professor of Statistics, University of London, Professor A. M. Carr-Saunders, Director of London School of Economics, Mr. Henry Clay, Sir Walter Citrine, secretary of the Trades Union Congress, Dr. W. H. Coates, Sir Andrew Duncan, Sir. C. Grant Robertson, Principal and Vice-Chancellor of Birmingham University. Professor T. E. Gregory, Sir. E. Cassel, Professor of Economics, University of London (London School of Economics), Professor N. F. Hall, Professor of Political Economy, University of London (University College), Sir Hector Hetherington, Principal and Vice-Chancellor of the University of Glasgow, Sir James Irvine, Principal and Vice-Chancellor of the University of St. Andrews, Mr. J. M. Keynes, Fellow and Bursar of King's College, Cambridge, Sir Frederick Leith-Ross, Chief Economic Adviser to the Government, Professor D. H. Macgregor, Drummond, Professor of Political Economy, Oxford, Dr. J. J. Mallon, Warden of Toynbee Hall, Sir Archibald Page, Professor A. C. Pigou, Professor of Political Economy, Cambridge, Lord Riverdale, Mr. D. H. Robertson, Fellow of Trinity College, Cambridge, Sir Arthur Salter, M. P., Gladstone Professor of Political Theory and Institutions, Oxford, Professor W. R. Scott, Adam Smith Professor of Political Economy, University of Glasgow, Sir Ernest Simon, Sir Josiah Stamp, Mrs. B. Wootton, Director of Studies for Tutorial Classes, University of London.

Slowenische Akademie der Wissenschaft und Kunst

In Ljubljana (Laibach) ist die „Slowenische Akademie der Wissenschaft und Kunst' ins Leben gerufen worden. Mit dieser Gründung ist ein lange gehegter Wunsch des geistigen Slowenentums erfüllt worden. Mitglieder der Akademie wurden vorerst die Universitätsprofessoren Dr. Alex Ušeničnik (Kirchenphilosophie und

Soziologie), der auch einstweiliger Alterspräsident ist, Dr. Franz Kidric (slawische Literatur), Dr. Mirko Kos (Geschichte des Mittelalters) und Dr. Gregor (Gojmir) Krek (Staats- und Römisches Recht sowie Musik). Diese vier sind Mitglieder der ersten Klasse. Die übrigen drei Klassen weisen je ein Mitglied als Organisator auf, nämlich die Universitätsprofessoren Dr. Rajko Nahtigall (slawische Philologie) und Dr. Richard Zupancic (Mathematik) und schließlich den Theaterintendanten und größten slowenischen Dichter der Gegenwart Oton Zupancic als Vertreter der Kunst.

„Harada-Sekizenkai" — eine vorbildliche japanische Stiftung

Die Stiftung „Harada-Sekizenkai" wurde am 6. Juli 1920 von dem japanischen Bankdirektor Harada errichtet, der sein ganzes Vermögen der Stiftung zuwandte. Das Ziel der Stiftung ist die Förderung des Gemeinwohls. Ihr Kapital betrug 1930 rund 30 Millionen Jen. Jährlich wird ein bestimmter Teil der Zinsen zum Kapital geschlagen, ein weiterer Teil wird für Hilfeleistung bei Naturkatastrophen und für sonstige außerordentliche Ereignisse bereitgestellt, während die übrigen Zinsen zum Besten der Allgemeinheit verwendet werden. Seit der Gründung sind etwa 12 Millionen Jen für wohltätige Zwecke ausgeschüttet worden. Nach der Rechnung des Stifters wird das Kapital nach 100 Jahren auf 380 Millionen, nach 300 Jahren auf 141 900 Millionen Jen anwachsen. Insgesamt erstreckt sich der Plan auf eine Zeitdauer von 3500 Jahren. Harada hatte den Wunsch und die Absicht, mit der so erzielten gewaltigen Summe auf großartige Weise dem Staat und der Gesellschaft zu dienen. Er schuf das große Vermögen von Anbeginn an immer nur mit dem Ziel der Verwirklichung seines Planes, indem er 60 Jahre lang auf das einfachste und sparsamste lebte und in unermüdlicher Anstrengung und mit dem größten Fleiß arbeitete. In einer seiner hinterlassenen Schriften, die zu Nationaldichtungen wurden, findet sich der Spruch: „Ich gebe mich hin und vergesse mein Selbst, alles fürs Vaterland, dem ich mein Dasein verdanke." Am 5. Mai 1930 beschloß er im Alter von 82 Jahren sein Leben.

Die Harada-Stiftung beschränkt sich aber nicht darauf, eine umfassende Wohltätigkeit in Japan zu entfalten. Sie hat vielmehr in mannigfacher Weise auch die geistigen Beziehungen zwischen Japan und Deutschland gefördert, z. B. durch Unterstützung der von Dr. Ischibaschi veranstalteten sprachlichen Fortbildungskurse in medizinischem Deutsch für japanische Ärzte, durch die Herausgabe einer deutschen Übersetzung der bekannten japanischen Kulturgeschichte von Prof. Nischida durch das Deutsche Forschungsinstitut in Kioto, durch die Förderung der von Dr. Ischibaschi und Tetsuo Hisada 1936 gegründeten Japanisch-Deutschen Medizinischen Gesellschaft und die Einladung eines hervorragenden deutschen Mediziners nach Japan, schließlich durch die Schenkung der zur Zeit in Arbeit befindlichen Reproduktionen der berühmten Fresken im Horjudschitempel an die deutsche Regierung.

Am 5. Mai, dem Todestage des Gründers der „Harada-Sekizenkai", pflegt der Präsident der Stiftung, Masutaro Hisada, Freunde einzuladen. Einen Monat vorher findet eine Wallfahrt nach Matsuzaka bei Ise statt, wo Harada geboren ist. Im letzten Jahr waren als erste Europäer der soeben nach Deutschland zurückgekehrte bisherige Leiter des Deutschen Kulturinstituts in Japan, Prof. Dr. Spranger und Gattin und Gesandtschaftsrat Dr. Kolb zu diesen Veranstaltungen eingeladen. An der Feier am 5. Mai in Tokio nahm auch der deutsche Botschafter v. Dirksen teil. Die Ansprachen, die von beiden Seiten gehalten wurden, waren ein neuer Beweis für die wachsende Freundschaft zwischen Deutschland und Japan.

Deutsche Universität Prag — zwölf Lehrstühle unbesetzt

Die Lehr- und Lerntätigkeit an der Prager Deutschen Universität ist nicht nur schwer beeinträchtigt durch die völlig unzulänglichen Räumlichkeiten und die veraltete Einrichtung der Hochschulinstitute, sondern leidet in gleichem Maße durch die große Zahl der durch Übertritt in den Ruhestand oder Todesfälle vakanten Lehrkanzeln, deren Neubesetzung sich oft durch Jahre hindurch verzögert. Katastrophal sind diese Mängel besonders an der Medizinischen Fakultät, welche bis in den letzten Jahren durchwegs von Gelehrten von Weltruf besetzt war, wie sich kaum eine andere mitteleuropäische Hochschule rühmen konnte. Seit mehr als zwei Jahren wartet bereits die Pathologische Anatomie (nach Prof. Ghon) auf Bestätigung des Neuvorschlages von Prof. Ambrosius von Albertini, Zürich. Ebenso ist über die Vorschläge Prof. Bauer, Breslau, oder Schönbauer, Wien, für die Chirurgische Klinik nach Prof. Schloffer noch nicht entschieden. Für die Hygiene nach Prof. Breinl sind Prof. Hammerschmied, Triest, Jettmar, Wien, und Singer, Prag, vorgeschlagen. Für die Histologie nach Prof. Kohn warten Prof. Watzka, Prag, Plenk, Jürg, Mathis, Innsbruck, und Alfred Pischinger, während über den Nachfolger nach Prof. Langer für Kinderheilkunde nicht eimal der Vorschlag ausgearbeitet ist. Die dadurch bedingte Beeinträchtigung des Lehr- und Lernbetriebes ist um so unverständlicher, als mehr als 80 Prozent der an den deutschen Universitätskliniken behandelten Patienten Tschechen sind, die, wie aus den Besuchsstatistiken deutlich ersichtlich ist, den deutschen Kliniken und deutschen Ärzten den Vorrang geben vor den im gleichen zentralen Krankenhause untergebrachten Kliniken der Tschechischen Universität.

An der Juristischen Fakultät sind die Lehrkanzeln für Volkswirtschaft und für Statistik unbesetzt. An der Philosophischen Fakultät fehlen die Ordinarien für „vergleichende Literaturgeschichte“ nach Prof. Pihan und „Klassische Philologie“ nach Prof. Rzach und Holzinger. An der Naturwissenschaftlichen Fakultät wartet Prof. John auf seine Bestätigung nach Prof. Kirpal für Pharm. Chemie. Den Theologen fehlen die Nachfolger nach Prof. Hilgenreiner für Moraltheologie und Prof. Zaus, Christliche Philosophie.

Deutsche Forstwissenschaftliche Abteilung in Liebwerd

DAJ. Durch einen Beschluß des Haushaltsausschusses in der Tschechoslowakei wurde nunmehr die seit dem Umsturz verlangte Errichtung einer deutschen forstwissenschaftlichen Hochschulabteilung als begründet anerkannt. Sie soll als „Forstliche Abteilung“ der Prager Deutschen Technischen Hochschule in Liebwerd angegliedert werden. — Die Aufgaben der neuen Abteilung betreffen vor allem wichtige Sonderprobleme auf dem Gebiet des Forschungs- und Versuchswesens. Als eines der vordringlichsten im sudetendeutschen Wald wird die Leistungssteigerung genannt. Die bereits seit dem frühen Mittelalter betriebene Entholzung der Wälder durch Erzbergbau, Glashütten- und Eisenhüttenbetriebe hatte starke Einbußen in der Ertragsfähigkeit der Waldungen zur Folge, die noch durch schwere atmosphärische Störungen verstärkt wurden.

Prof. Ito — japanischer Leiter des Japan-Instituts

Der neue japanische Leiter des Japan-Instituts in Berlin, Prof. Ito, ist in Berlin eingetroffen und hat seine Tätigkeit aufgenommen. Prof. Ito, der als einer der bedeutendsten lebenden Künstler Japans gilt, war früher Lehrer der Baukunst an der Kaiserlichen Universität in Tokio.

Japanische Ehrung für Gottfried Wagener

Im Jahre 1868 kam der deutsche Chemotechniker Dr. Gottfried Wagener nach Japan, wo er 25 Jahre lang

als Hochschullehrer tätig war. Ihm verdankt insbesondere das keramische Gewerbe Japans seine heutige Blüte. Die Japaner haben ihren deutschen Lehrer niemals vergessen, sein Andenken wird von der Wagener-Gesellschaft gepflegt, die jetzt dem deutschen Lehrer im Park der Technischen Hochschule in Tokio ein würdiges Denkmal gesetzt hat.

Nach einer Erinnerungsfeier am Grabe Wageners auf dem Gemeindefriedhof in Aojama fand die feierliche Enthüllung der Gedenktafel mit dem Brustbilde Wageners in der Technischen Hochschule statt. Dabei würdigte der japanische Unterrichtsminister Graf Kido Wageners Tätigkeit als Lehrer an verschiedenen japanischen Gewerbeschulen, an der Medizinalschule in Kioto und an der Kaiserlichen Universität in Tokio, wo er Vorlesungen über theoretische und angewandte Chemie hielt. Der japanische Wirtschaftsminister schilderte die Verdienste Wageners um die Erzeugung von glasurrißfreiem Steingut, um den Bau von ovalen Ringöfen für Ziegeleien, um die Verbesserung des Porzellanbrennofens, die Cloisonné-industrie, die Tonwarenfärbung, die Photo-, Seifen- und Streichholzindustrie in Japan und ihre Verbindung mit dem alten ostasiatischen Kunstgewerbe. Die Lebensbeschreibung Wageners ist übrigens, in eine Porzellantafel eingebrannt, unter dem Stein mit der Gedenktafel in die Erde eingegraben worden.

Ehrung deutscher Gelehrter anläßlich der 400-Jahrfeier der Universität Coimbra

Anläßlich der 400-Jahrfeier der portugiesischen Universität in Coimbra, einer der ältesten europäischen Hochschulen, fanden die engen wechselseitigen kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Portugal einen besonderen Ausdruck durch die Anwesenheit einer Abordnung deutscher Hochschullehrer und die Ehrungen, die einigen deutschen Gelehrten bei dieser Gelegenheit zuteil wurden. Die Würde eines Ehrendoktors der Universität Coimbra erhielten Prof. Dr. Lautensach, Prof. Eugen Fischer und Prof. Karl Voßler. Das portugiesische Erziehungsministerium gab den Mitgliedern der deutschen Abordnung ein Frühstück, wobei der frühere Unterrichtsminister, Prof. Dr. Gustavo Cordeiro Ramos, in einer Rede die besonders engen und freundschaftlichen Beziehungen würdigte, die zwischen der Wissenschaft beider Völker und ihrer Vertreter bestehen.

Sindicato Español Universitario (S. E. U.)

Durch Dekret des Generals Franco vom 21. November 1937 (veröffentlicht im „Boletín Oficial“ vom 23. November) ist die Satzung des „Spanischen Universitäts-Syndikates“ (S.E.U.) der Falange Española Tradicionalista y de las J.O.N.S., durch die alle bisher bestehenden Studentenvereinigungen ersetzt und geeint werden sollen, bestätigt worden. Franco hat durch die amtliche Anerkennung der Satzung des S.E.U. einen weiteren Schritt zur Einigung der politischen Gruppen im Nationalen Spanien getan.

Die Ziele des „Spanischen Universitäts-Syndikates“ sind in Kapitel I der Satzung festgelegt. Neben der Pflege des nationalen Gedankens und des Kameradschaftsgeistes wird als praktische Aufgabe des S.E.U. die soziale Arbeit unter der Studentenschaft besonders betont. Das Universitätssyndikat soll sich ausdrücklich auch für die staatliche Erziehung einsetzen (Art. I § E). Schließlich wird entsprechend dem besonders unter den Studenten gepflegten Gedanken eines geistigen Imperiums die Förderung der Beziehungen zur hispanoamerikanischen Studentenschaft als Ziel des S.E.U. erwähnt (Art. I § F).

Austritt der italienischen Studentenschaft (GUF.) aus der CIE. und der FUI.

Im Verfolge des Austritts Italiens aus dem Völkerbund haben die Gruppi Universitari Fascisti beschlossen, aus dem Internationalen Universitätsver-

band für den Völkerbund (Féderation Universitaire pour la Société des Nations — FUI.) und aus dem Internationalen Studentenverband (Conféderation Internationale des Etudiants — CIE.) auszutreten.

Dieser Entschluß, der von dem Parteisekretär Minister Starace in seinem Bericht an die Führer der faschistischen Partei am 30. Dezember 1937 bekanntgegeben wurde, dürfte für die weitere Entwicklung des Verbandes der studentischen Völkerbundsvereinigungen und insbesondere des Internationalen Studentenverbandes von besonderer Bedeutung sein. Er hat zugleich auch auf diesem Gebiete der zwischenstaatlichen Beziehungen eine neue feste Grundlage für die deutsch-italienische Zusammenarbeit geschaffen.

Gleichzeitig haben sich die italienischen Lehrerverbände von den internationalen Lehrerorganisationen zurückgezogen.

Deutsch-bulgarische Studentenreisen

Die Reichsstudentenführung und der Nationale Bulgarische Studentenverband haben ein Arbeitsabkommen getroffen, das am 1. Januar 1938 in Kraft getreten ist. In dieser Vereinbarung werden unter Hinweis auf die langjährige herzliche Kameradschaft und die Notwendigkeit, die guten Beziehungen zwischen der Jugend der beiden Völker weiterhin aufrechtzuerhalten und zu vertiefen, die im kommenden Jahre durchzuführenden Maßnahmen der Zusammenarbeit niedergelegt. Austausch durch dreiwöchige Studienreisen während der Semesterferien, wissenschaftliche Arbeitstagungen und Besprechungen der Fachschaften zum Austausch von Arbeitsergebnissen und Anregungen, Veröffentlichung in der studentischen Presse, Veranstaltung von Ausstellungen, Vorträgen u. dgl. zur Verstärkung des gegenseitigen Verständnisses, besonders Betreuung und Förderung der in dem anderen Land Studierenden und ihrer Vereinigungen bilden den Gegenstand des gemeinsamen Abkommens.

Diese bereits in der Vergangenheit bewährten Wege werden nunmehr in regelmäßigem und verstärktem Einsatz eine Intensivierung freundschaftlicher und kameradschaftlicher Beziehungen herbeiführen.

Die Deutsche Studentenschaft in der Schweiz ehrt Ludwig Klages

Anläßlich des 65. Geburtstages von Ludwig Klages, der seit vielen Jahren in stiller Abgeschiedenheit am Zürichsee arbeitet, veranstaltete die Deutsche Studentenschaft Zurüch im festlich geschmückten Auditorium Maximum der Eidgenössischen Technischen Hochschule eine Morgenfeier. Der Leiter der Deutschen Studentenschaft, Lufft, konnte weit über 500 Personen begrüßen, darunter als Vertreter des Deutschen Reiches den deutschen Konsul, Dr. Ringelmann, den Präsidenten des schweizerischen Schulrates, Prof. Dr. Rohn sowie die Rektoren und Dozenten beider Hochschulen in Zürich. In seiner Begrüßung sagte Studentenschaftsleiter Lufft u. a., zu Ludwig Klages gewandt: „Möge es Ihnen, hochverehrter Ludwig Klages, noch lange beschieden sein, zu Ihrem und Ihres Vaterlandes Ruhm als Philosoph und Forscher geistige Arbeit zu leisten, auf daß Sie die lange Reihe Ihrer Werke noch weiter fortsetzen können, bis Sie selbst Ihre Lebensaufgabe als in sich vollendet glauben. Die große Verehrung, die Ihnen an diesem Tage von allen Seiten zuteil wird, erfüllt uns deutsche Studenten mit Stolz. In Ihnen wird heute ein hervorragender Vertreter Deutschlands und seines aufstrebenden Geistes geehrt.“

BUCHBESPRECHUNGEN

Zeitschriften zur zwischenvölkischen Verständigung

Die südafrikanische Union

Die Monatsschrift „Geopolitik“ widmet ihr Januarheft als Sondernummer der Südfrikanischen Union. In einzelnen Untersuchungen behandeln hervorragende Sachkenner folgende Themen: Der große Trek der Buren (Die Entstehung der Union) von W. Schmidt (Pretoria); Das südafrikanische Recht in seiner geopolitischen Gestaltung (von J. F. J. van Rensburg); Zur Rassenfrage in der Südafrikanischen Union (von W. Drascher; These: 1. Sicherung der unentbehrlichen Führerstellung der weißen Rasse, 2. bestmöglicher Einsatz der Farbigen im Gesamtleben und der Wirtschaft des Staates); Die Lebensdauer des Goldbergbaues am Witwaterstrand (von R. Krahmann); Die britischen Eingeborenenprotektorate in Südafrika (von. E. Obst; Untersuchung über die Stellung von Swaziland, Basutoland und Betschuanaland innerhalb und zu der Union einerseits und zu England und dem Empire andererseits). Das Sonderheft der „Geopolitik“ in seiner bewährt-sachlichen Haltung ist umfassend genug, um dem interessierten Leser einen ausreichenden Überblick über die wichtigsten Grundprobleme des aufsteigenden Reiches in Südafrika zu vermitteln.

Ein deutscher Professor und die akademische Freiheit in Amerika

Die deutschfeindliche Einstellung der bedeutendsten Universität der Vereinigten Staaten, Harvard, und insbesondere des gegenwärtigen Präsidenten dieser Universität, Dr. Conant, ist schon bei früheren Gelegenheiten Gegenstand kulturpolitischer Auseinandersetzung in den Blättern dieser Zeitschrift gewesen. Einen neuen und wichtigen Beitrag zu diesem Thema liefert der Professor für Amerikakunde an der Universität Berlin, Dr. Friedrich Schönemann, in Heft 6, Bd. 36 der „Zeitschrift für Neusprachlichen Unterricht“. Prof Schönemann war im vergangenen Jahr als Austauschprofessor an der Staatsuniversität von Nabraska tätig und benutzt die Gelegenheit seines in der oben genannten Zeitschrift erstatteten Berichtes dazu, einige allgemeine Feststellungen darüber zu treffen, wie wenig doch die in den Vereinigten Staaten gepriesene dortige „akademische Freiheit“ mit der seitens der meisten nordamerikanischen Universitäten eingenommenen Haltung dem neuen Deutschland gegenüber zusammenstimmt. Das typische Beispiel hierfür bietet immer wieder Harvard — also jene Universität, die unter ihren früheren Präsidenten Dr. Eliot und Dr. Lowell eine großartige Tradition wissenschaftlicher zwischenvölkischer Zusammenarbeit errichtete, die während der Kriegsjahre einen deutschen Professor (eben Dr. Schönemann) ungehindert lehren ließ, und deren gute Beziehungen zu deutschen Universitäten durch Dr. Conant nun „völlig unnötig zerstört“ worden sind. „Wo bliebe die akademische Freiheit in Amerika, wenn man es nicht mehr wage, den deutschen Nationalsozialismus in seinem eigenen Lande wie jede andere Erscheinung des geschichtlichen Lebens zu studieren?“ „Man könnte . . . endlich auch die Tatsache unterstreichen, daß von Prof. Dr. Felix Frankfurter, einem Lehrer der Harvarder Rechtsschule, ein beispielloser jüdischer Einfluß auf die Universität, den Staat Massachusetts, ja die Bundesregierung der Vereinigten Staaten ausgeübt wird. Jüdische Schüler dieses Professors stecken in fast jedem wichtigen Zweig des Bundesdienstes.“ — Dies nur als Beitrag zu einem oft erörterten und in der Tat für die Gestaltung der geistigen und wissenschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika außerordentlich schwerwiegenden Thema. In den Hauptteilen seines Berichtes belegt Prof Schönemann die geschilderten Zusammenhänge in ihren mannigfaltigen örtlichen und persönlichen Varianten; unter diesen Umständen sei der Entschluß der Staatsuniversität von Nebraska, den Professoraustausch — allerdings nicht ohne vorherige genügende „Sicherung“! — überhaupt durchzuführen, besonders erfreulich. Der Bericht enthält weiter eine Fülle amüsanter sowie ernsthafter und nachdenklicher Einzelerlebnisse, die Zeugnis dafür ablegen, wie schwierig es doch zuweilen (oder heute leider meistens) ist, sich zu verständigen —, wie leicht das aber andererseits dort ist, wo der Wille und der persönliche Mut zur Verständigung vorhanden sind. Daß Prof. Schönemann diesen Willen und Mut gerade in den Kreisen der studentischen Jugend wieder und wieder angetroffen hat, ist eine für die Zukunft tröstliche Feststellung.

Deutschland und Südosteuropa. — Auslandsdeutsche Volksforschung

Die bekannte Monatsschrift „Volk und Reich“ veranstaltete anläßlich des kürzlich stattgehabten Staatsbesuches des jugoslawischen Ministerpräsidenten in Deutschland ein Sonderheft (1938, Heft 1) unter dem Titel „Jugoslawien im neuen Europa“[1]). Das Heft enthält u. a. je einen Aufsatz des jugoslawischen Ministerpräsidenten Dr. Milan Stojadinović und des Reichsaußenministers Frhr. v. Neurath sowie der beiderseitigens Gesandten über die Natur der deutsch-jugoslawischen Beziehungen und der gemeinsam verfolgten Friedenspolitik; ferner Aufsätze über Stojadinović als Führer, jugoslawische Außenpolitik und Wirtschaftspolitik und über „Jugoslawien im europäischen System“. Neben den einleitend genannten repräsentativen und verbindlichen Äußerungen der Staatsmänner kommt einem die Probleme in der Tiefe suchenden und erfassenden Aufsatz von Dr. Gerhard Gesemann, dem Slawisten der Deutschen Universität in Prag, über „Die Wurzeln der jugoslawischen Politik“ besondere Bedeutung zu. Dieses Sonderheft von „Volk und Reich“ ist ein außerordentlich eindrucksvolles Zeugnis des deutschen Willens zur friedlichen Zusammenarbeit und Völkerverständigung.

Im Dienste der geistigen deutsch-südosteuropäischen Verständigung hat sich im vergangenen Jahr auch die vom Südosteuropa-Institut der Universität Leipzig ins Leben gerufene „Leipziger Vierteljahresschrift für Südosteuropa“ (R. Noske, Universitätsverlag, Leipzig. Preis des Heftes RM. 2.50) besondere Verdienste erworben. Aus den vorliegenden ersten drei Heften der Vierteljahresschrift seien vor allem die folgenden Aufsätze hervorgehoben: Grundsätzliches über Verstehen (von Hans Freyer); Das deutsche Element im Aufbau der Wirtschaft der Sudetenländer (von E. Dittrich); Das neue Leipziger Südosteuropa-Institut (von H. A. Münster); Südosteuropa — eine geologische Einheit (von C. W. Kockel); der Südostausschuß der Deutschen Akademie in Münschen (von Gerhard Gesemann); Sprachfragen (von H. Junker); Die neugriechische Gemeinsprache (von G. Soyter); Die türkische Sprachreform (von H. J. Kißling); Das Balkaninstitut in Beograd (von N. Mircović).

Den generellen und speziellen Fragen des Auslandsdeutschtums wendet die im ersten Band vorliegende Vierteljahresschrift „Auslandsdeutsche Volksforschung“ (Ferd. Enke Verlag, Stuttgart, Preis des Heftes RM. 14.—), herausgegeben von Dr. Hans Joachim Beyer, dem Leiter der „Arbeitsstelle für auslandsdeutsche Volksforschung“ in Stuttgart, ihre ausschließliche Aufmerksamkeit zu. Die Vierteljahresschrift hat sich in der Kürze ihres bisherigen Bestehens ein ungeheuer umfangreiches Arbeitsgebiet auf dem Wege hervorragender sachlicher Forschungsbeiträge erschlossen. Das Gebiet der auslandsdeutschen Volksforschung als Wissenschaft ist bislang, trotz seiner vielfältig anerkannten Wichtigkeit, aus mehr oder weniger durchsichtigen politischen Gründen, stiefmütterlich behandelt worden. Der grundlegende Wandel, der sich im deutschen Denken der letzten fünf Jahre vollzogen hat, mußte sich hier besonders auswirken; und in der Tat sind wenige Gebiete — mit Ausnahme vielleicht der Rassenbiologie und aller verwandten Disziplinen — von der geistespolitischen Entwicklung so unmittelbar und nachhaltig befruchtet worden, wie die Volksforschung. Daß in diesem Rahmen der auslandsdeutschen Volksforschung, vor allem auch mit Hinblick auf die eminente politische Bedeutung dieses Gebietes, besondere Aufmerksamkeit gewidmet wurde, erscheint nur natürlich. Und die vorliegenden Hefte der erwähnten Vierteljahresschrift beweisen zur Genüge, daß eine sachliche wissenschaftliche Erforschung der auslandsdeutschen Volkstumsfragen den Weg einer geistigen und politischen Verständigung nicht erschwert, sondern im Gegenteil erleichtert. Aus den Aufsätzen der letzten Hefte der Zeitschrift seien die folgenden hier genannt: Die Mischehen in den siebenbürgisch-sächsischen Städten; Mischehen im städtischen Deutschtum Altrußlands; Bevölkerungsstatistik des Wolgadeutschtums; Geschichte des Deutschtums in Litauen; Schweizerische Eidgenossenschaft und Reich; Deutsche Ortsnamen in Brasilien; Stephan Ludwig Roths Schicksalsweg. Das 4. Heft (Ausgabe vom November 1937) bringt eine Reihe besonders wertvoller und bahnbrechender Studien zu dem grundsätzlichen Fragenkomplex der „Umvolkung“; so aus der Feder des Herausgebers Dr. Beyer und des Tübinger Universitätsprofessors Kroh.

Deutschtum in Polen

Dem Deutschtum in Polen widmet der Posener Verlag der „Deutschen Nachrichten“, der Tageszeitung für das Deutschtum in Polen, einen besonderen Jahrweiser, in dem der Lebenswille der deutschen Bevölkerung in Polen seinen deutlich sichtbaren

[1]) Vgl. hierzu auch „Frieden durch Recht“ auf S. 128ff. dieses Heftes.

Ausdruck findet[1]). So heißt es in dem Geleitwort der Schriftleitung: „Wir sind im verflossenen Jahre nicht glücklicher, wohl aber sicherer geworden. Wenn früher die Zwitterhaften, die Neutralen, die Vorsichtigen und die Doppelzüngigen im Scheine des Rechts auftraten, so wurde uns im letzten Jahre offenbar, daß nur die letzte Klarheit, daß nur das mutige Bekenntnis und nur die Kompromißlosigkeit unseres deutschen Menschenschlages in Polen diesem eine Chance gibt, zu bestehen und mit ehrlichen Augen sowie unbeugsamem Nacken Zukunft zu formen. ... Die dritte Folge unseres Jahrweisers stellt der Friedhofsruhe von 1932 den kraftvollen Lebenswillen unserer Volksgruppe von heute gegenüber."

Der Jahrweiser, der den Titel „Arbeit und Ehre" trägt, enthält u. a. folgende Beiträge: Senator Rudolf Wiesner über den Sozialismus der Tat; Heinrich Weiß zur politischen Lage der Volksgruppe; Herbert Gorgon über Dorfgemeinschaft und Kultur. Schriftleiter Dr. Walter Günzel erstattet einen Entwicklungsbericht über Lage und Stellung der deutschen Volksgruppe in Polen insgesamt, während die einzelnen Kreise und Ortsgruppen Sonderberichte erstatten.

Internationale Agrar-Rundschau

Zum Abschluß der Anzeige jüngst erschienener Zeitschriftenbeiträge auf dem Gebiet sachlich-wissenschaftlicher und politischer Verständigung sei hier noch kurz eine Zeitschriften-Neugründung auf agrarpolitischem Gebiet erwähnt, die geeignet ist, durch die Eröffnung eines internationalen Gedanken- und Erfahrungsaustausches auf diesem lebenswichtigen Zweiggebiet menschlicher Wirtschaftsbetätigung gute und gesunde Brücken für eine allgemeine Verständigung zu bauen —, um so mehr, als der Bauer bei allen Völkern der eigentliche seßhafte Träger des Blut- und Schicksalserbes der Völker ist. Die Monatsschrift trägt den Titel „Internationale Agrar-Rundschau" und wird vom Internationalen Büro für Bauerntum und Landwirtschaft in Goslar a. Harz herausgegeben. Das 1. Heft (Dezember 1937) enthält Geleitworte des Reichsbauernführers und Ernährungsministers R. Walther Darré sowie führender Landwirte Jugoslawiens, Italiens, Ungarns und Norwegens. Das Januarheft 1938 bringt Aufsätze und Beiträge von Autoren verschiedenster Nationalität über Agrarfragen internationaler Bedeutung. — Auch dieses neue Fachorgan sei im Interesse einer ständig weitergreifenden echten zwischenvölkischen Verständigung lebhaft begrüßt.

ks.

Eine Neuausgabe von Schopenhauers Werken

Am 22. Februar dieses Jahres begeht die deutsche Philosophie den 150. Geburtstag Arthur Schopenhauers. Werk und Persönlichkeit dieses auf den Weg der deutschen Philosophie sowie auf den der philosophischen Entwicklung andererVölker in den letzten hundert Jahren so unermeßlich einflußreichen Mannes sind an anderer Stelle des vorliegenden Heftes dieser Blätter gewürdigt worden. Bleibt die angenehme Pflicht, an dieser Stelle die anläßlich des bevorstehenden Gedenktages veranstaltete Brockhaus'sche Neuausgabe von Schopenhauers Werken anzuzeigen[2]). Das Unternehmen, einen neuen, in Ausstattung und Textgestaltung vorbildlichen Schopenhauer herausgebracht zu haben, wird in weitesten interessierten Kreisen des In- und Auslandes wärmstens begrüßt werden; zumal da es sich bei der vorliegenden Ausgabe um eine mit ebenso großer wissenschaftlicher Zuverlässigkeit des Apparates wie mit feinem Takt durchgeführte Neugestaltung der alten, nach Schopenhauers eigenen Angaben ausgeführten Gesamtausgabe von Frauenstädt handelt. Man wird wohl sagen dürfen, daß die Ausgabe von Hübscher, dem besten gegenwärtigen Sachkenner, Vorsitzenden der Schopenhauer-Gesellschaft, eine wesentliche Verbesserung der alten, ebenfalls bei Brockhaus erschienenen und mehrfach neugedruckten Ausgabe darstellt. Die Textkritik der letzten 70 Jahre ist bei der Bearbeitung des Wortlauts bis in alle Einzelheiten berücksichtigt. Verweisungen, Register, Anmerkungen und Apparat sind bedeutend erweitert, ohne den Text selbst zu belasten. Von der Neuausgabe der Werke kann der Verlag mit Recht sagen, daß sie die „volkstümliche Ausgabe" ist, „die jeder braucht, der sich mit Schopenhauers Philosophie beschäftigen will", und daß sie zugleich auch allen Anforderungen der Wissenschaft

[1]) Grundsätzliches zur polnischen Minderheitenpolitik s. S. 124 dieses Heftes.

[2]) Arthur Schopenhauer: Sämtliche Werke. Nach der ersten von Julius Frauenstädt besorgten Gesamtausgabe neubearbeitet und herausgegeben von Arthur Hübcher. 7 Bände. Band I u. II liegen vor; das Erscheinen der weiteren Bände erstreckt sich auf etwa ein Jahr. Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig. Ermäßigter Vorbestellungspreis für alle 7 Bände geheftet RM. 43.—, in Leinen gebunden RM. 50.—.

gerecht wird; und wir können hinzufügen, daß sie, aufs Grundsätzliche der Bearbeitungs- und Neugestaltungsmethode gesehen, ein Vorbild abgeben mag für die Art, in der heute Neuherausgaben philosophischer Gesamtwerke — und wie manches wäre da wünschenswert! — überhaupt veranstaltet werden sollten.

Die Neugestaltung der alten Ausgabe war seit langem geplant. Entsprechend sorgfältig und bis in die letzten Kleinigkeiten durchdacht ist die Ausführung durch Bearbeiter und Verlag. Die Frauenstädtsche Biographie ist durch eine neue, überaus klare und übersichtliche, das Wesentliche in glücklicher Form sachlich zusammenfassende Lebensbeschreibung aus der Feder von Dr. Arthur Hübscher ersetzt. Über Textgestaltung, Anordnung, Einteilung[1]) usw. unterrichtet die Einleitung des Herausgebers. ks.

Ernst Moritz Arndt

Rudolf Fahrner: Arndt. Geistiges und politisches Verhalten. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1937. 262 S. Brosch. 7,50 RM.

Diese Schrift, die ihren Verfasser rund 10 Jahre in Anspruch nahm, zeigt Arndt als Glied jenes die deutsche Erhebung zu Beginn des 19. Jahrhunderts tragenden Männerbundes, dessen Leistung angesichts einer unbegreiflich scheinenden unglücklichen geschichtlichen Lage immer von neuem unsere Bewunderung und Ehrfurcht findet. Diese Anerkennung wird von uns um so williger gezollt, als unsere eigene Gegenwart mit jener Erhebung und deren geistigem Gut durch geheime und sichtbare Fäden auf das innigste verbunden ist, obwohl sie, von gänzlich andersartigen Voraussetzungen bestimmt, sich in ihrem Wesen scharf von ihr unterscheidet. Überzeugt von der unabweisbaren Notwendigkeit einer Neugeburt des deutschen Menschen, gebunden an die ständige Aufgabe der Sinngebung des damaligen politischen Handelns, werden an Arndt in der Schilderung Fahrners die entscheidenden inneren Verhältnisse jener Zeit sichtbar. Es ist dem Verfasser gelungen, seine Darstellung außerhalb der Sphäre eines billigen und biederen Patriotismus zu halten. Er deutet Arndt als Dämon seines Vaterlandes mit den glänzenden Vorzügen und den tragischen Brüchen seiner Persönlichkeit und seines Lebens. Arndt begriff sein Volk als Wesen und Staat in ursprünglichem Wissen um dessen Gesetz inmitten des Durcheinanders und der Verstrickungen eines Abschnittes der deutschen Geschichte, der nicht nur dem Wankelmütigen den Glauben an die völkische Zukunft Deutschlands nehmen konnte, sei es vor der anscheinend alles überwältigenden Gestalt Napoleons, sei es vor den brutalen Polizeimethoden einer unverständigen Reaktion.

Die künftige Arndtforschung wird an der Veröffentlichung Fahrners nicht vorübergehen können. Nach der Darstellung Arndts durch Müsebeck muß sie als bedeutendste Leistung auf diesem Gebiete angesehen werden. Neben ihrer sauberen wissenschaftlichen Grundlage zeichnet sie sich durch einen lebendigen und gepflegten Stil aus, der das Buch auch dem nichtzünftigen Leser zugänglich macht und die Gestalt Arndts in ihrer geistigen und politischen Leistung unmittelbar lebendig werden läßt. Dr. Gräfe

Zur Lösung der Judenfrage

Dr. Oskar Liskowsky: Die Geißel der Welt. (Juda auf verlorenem Posten.) Deutscher Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin W 50 1936. 240 Seiten mit 17 Bildern. 3.50 RM.

Auch wenn es eine Judenfrage in Deutschland heute nicht mehr gibt, wird es ständig Gelegenheit geben, sich und vor allen Dingen anderen die Notwendigkeit der von der deutschen Reichsregierung getroffenen Maßregeln vor Augen zu führen. Das vorliegende Werk ist nach Form und Inhalt auch zur Information von Ausländern geeignet. Es schildert

---

[1]) Die Einteilung der Bände entspricht bei Band I—VI der bisherigen Ausgabe. Band I: Einleitung des Herausgebers, Lebensbild Schopenhauers. Schriften zur Erkenntnislehre: I. Über die vierfache Wurzel des Satzes vom zureichenden Grunde. II. Über das Sehn und die Farben. III. Theoria colorum physiologia. Band II: Die Welt als Wille und Vorstellung I. Band III: Die Welt als Wille und Vorstellung II. Band IV: Schriften zur Naturphilosophie und zur Ethik: I. Über den Willen in der Natur. II. Die beiden Grundprobleme der Ethik. Band V: Parerga und Paralipomena I. Band VI: Parerga und Paralipomena II. Band VII ist neu geschaffen; er enthält den „Satz von der vierfachen Wurzel" nach der Ausgabe von 1813, eine Verdeutschung der „Theoria colorum", die Übersetzung aller fremdsprachigen Zitate und — einem noch von Schopenhauer selbst ausgesprochenen Wunsche entsprechend — ein ausführliches Schlagwortregister.

unter ständiger Anführung von Belegen das deutsche Vorgehen im Hinblick auf den Zusammenhang von Weltjudentum und Weltkommunismus (Kap. IV); so wie im russischen Bolschewismus die jüdische Weltrevolution zu völlig eindeutiger Auswirkung gekommen ist (Kap. III), so befindet sich allenthalben die „asiatische Weltmacht" der Juden in der Offensive (Kap. V). Nur Deutschland fand nach den Jahren der jüdischen Überfremdung des deutschen Volkslebens und der fremdstämmigen Regierung in der Systemzeit, der die beiden Eingangskapitel gewidmet sind, eine erste und vorbildliche Lösung der Judenfrage, die unter Abzielung auf die kulturelle Autonomie der Juden Strenge und Toleranz glücklich verbindet (Kap. VI). Das Buch führt sowohl den Wortlaut der Nürnberger Gesetze auf als auch die bekannte (im „Angriff" veröffentlichte) Zustimmung Georg Kareskis, des Leiters des „Reichsverbandes jüdischer Kulturbünde" zu dieser deutschen Lösung. Das an sich schon reiche Material wird durch einen eindrucksvoll bebilderten Anhang über den Juden im Spiegel der Statistik vervollständigt.

Aus der Geschichte der französisch-russischen Beziehungen

Ernst Schüle: Rußland und Frankreich vom Ausgang des Krimkrieges bis zum italienischen Krieg 1856—1859". („Osteuropäische Forschungen", Neue Folge, Bd. 19.) Osteuropa-Verlag, Königsberg i. Pr.

Schüle behandelt das russisch-französische Verhältnis in der kurzen Spanne zwischen dem Ausgang des Krimkrieges und dem Zusammenstoß Frankreichs und Österreichs in Norditalien. Das Thema könnte besonders in der Darlegung des verwickelten diplomatischen Spiels, der Werbung Rußlands um Frankreich und Frankreichs um Rußland, zu eng erscheinen, um einen weiteren Leserkreis zu interessieren. Schüle hat es aber mit Geschick verstanden, die Grundzüge dieser kurzen politischen Phase in einer Form herauszustellen, die jene Zeit als wichtigen Auftakt zu einer neuen europäischen Entwicklung erscheinen läßt. Deutschland fehlte damals noch als Großmacht, wir spüren aber schon starke Anzeichen jener deutschen politischen Sammlung, die ein Jahrzehnt später erreicht und für Europa bestimmend wurde. Diese Anzeichen sind am stärksten zu spüren in der in einem Schreiben des damaligen französischen Geschäftsträgers in Petersburg wiedergegebenen Meinung Gorčakovs über die Entwicklung in Deutschland. Das Beispiel lehrt, daß zwei sich weltanschaulich fremd und kühl gegenüberstehende Mächte, das „legitimistisch" in der „Heiligen Allianz" gebundene Rußland und das revolutionär-imperialistische Frankreich Napoleons III., bei zeitweilig gleichlaufenden politischen Interessen ein politisches Zweckbündnis eingehen können. Rußlands Ziel bestand damals in der Durchbrechung der Isolierung, in der es sich nach dem Krimkriege befand. Den Ansatzpunkt dazu fand es bei Frankreich. Für die expansive Politik Napoleons III. in seinem italienischen Unternehmen war wiederum Rußland der geeignete und wohl einzige Partner Frankreichs. Durch die lebendige Schilderung der Träger jenes diplomatischen Spiels, vor allem der Gestalt Gorčakovs, des Befürworters der Annäherung zu Frankreich, wird das Bild, das Schüle von der damaligen europäischen Politik zeichnet, besonders anschaulich. M.

Hoch- und Fachschulführer 1938

Soeben erschien der „Deutsche Hochschulführer 1938" mit erweitertem und verändertem Inhalt[1]). Der rasche Wechsel der Verhältnisse an den deutschen Hochschulen und der Studienbedingungen im fortschreitenden Aufbau der neuen deutschen Erziehungs- und Wissenschaftsformen läßt den alten Führer von 1937 überholt erscheinen. Seine weitere Benutzung kann zu erheblichen Irrtümern Anlaß geben.

Der neue Hochschulführer gehört in die Hand eines jeden Studenten, der sich über die deutschen Hochschulen und ihre Organisation, über Dienststellen und Studiengänge unterrichten will.

Im einleitenden Aufsatz spricht der Reichswissenschaftsminister selbst zu den angehenden Studenten. Das neue von Dr. Scheel geführte deutsche Studententum wird in seinen Zielen, Aufgaben und in der Vielzahl seiner Arbeiten eingehend geschildert. Das Reichsstudentenwerk weist auf Unterstützungsmöglichkeiten und Hilfseinrichtungen, auf den Gesundheitsdienst, auf seine Speisungen und Heime ausführlich hin. — Der all-

[1]) „Der Deutsche Hochschulführer 1938", Lebens- und Studienverhältnisse an den Hochschulen des deutschen Sprachgebietes. Studienjahr 1938 — 20. Ausgabe. Herausgegeben vom Reichsstudentenwerk gemeinsam mit der Reichsstudentenführung. Verlag Walter de Gruyter & Co., Berlin und Leipzig. Preis RM. 1,—.

gemeine Teil bietet Anschriften über alle im deutschen Sprachgebiet bestehenden Universitäten, Technischen Hochschulen, Fachhochschulen, Kunsthochschulen und Hochschulen für Lehrerbildung. Dem Auslandsstudium sind besondere Beiträge gewidmet.

Gleichzeitig erschien, ebenfalls von Reichsstudentenwerk und der Reichsstudentenführung herausgegeben, der Deutsche Fachschulführer für 1937 mit Ergänzungen für 1938.

Die Mitarbeiter dieses Heftes

Dr. Willy Beer, Schriftleiter. — Anschrift: Berlin-Zehlendorf, Pasewalckstr. 10.

Dr. Erich Egner, Professor für theoretische Volkswirtschaftslehre und Leiter des Instituts für Wirtschaftliche Raumforschung an der Universität Frankfurt a. M. — Verfasser von „Deutsches Wirtschaftsleben“, 1937; „Blüte und Verfall der Wirtschaft“, 1935; „Der Sinn des Monopols in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung“, 1931; „Versuch einer autonomen Lehre der Währungspolitik“, 1928. — Anschrift: Frankfurt a. M.-Ginnheim, Fuchshohl 22.

Dr. phil H. Hadlich. — Anschrift: Stolp i. Pomm., Zielkestr. 4.

Willem Jaspert, Verfasser von „Biographie E. T. A. Hoffmanns“, 1937; „Mein Angola-Buch“, 1937; „Trianon-Ungarn“, 1932; „Die Entdeckung des Schwarzen Erdteils“, 1930; „Afrikanisches Abenteuer“, 1929; „Volkskunde von Mittel-Angola“, 1928. — Anschrift: Berlin SW 68, Wilhelmstr. 42.

Prof. Dr. Bruno Rauecker, Verfasser sozialpolitischer und wirtschaftspolitischer Schriften. — Anschrift: Berlin-Grunewald, Herthastr. 6.

Prof. Dr. Heinrich Rogge. — Ständiger Verfasser der Rubrik „Frieden durch Recht“ in dieser Zeitschrift. — Anschrift: Berlin-Lichterfelde-Ost, Mittelstr. 7b.

Dr jur. und Dr. rer. polit. h. c. Ernst Swoboda, ord. Professor für Bürgerliches Recht an der Deutschen Universität in Prag. — Verfasser u. a. von „Warum Volksschutzgesetze?“, 1937; „Die Neugestaltung des Bürgerlichen Rechts“, 1935; „Das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch im Lichte der Lehren Kants“, 1926. — Anschrift: Prag XIX, Korunovační 6.

Dr. Fred C. Willis, Dozent an der Auslandshochschule Berlin. — Verfasser von „Mussolini in Deutschland“, 1937; „Männer um Mussolini“, 1931; „Reden Mussolinis“, 1924. — Anschrift: Berlin-Charlottenburg 9, Kurländer Allee 26a.

Herausgeber: Wilhelm Burmeister und Dr. Herbert Scurla, beide in Berlin / Hauptschriftleiter: Karl Schwarz, Berlin / Verantwortlich für den Anzeigenteil und die Beilagen: Otto Dennewitz, Berlin W 35, Hochkirchstraße 3 / Durchschnittsauflage IV. Vj. 1937: 6833 / Anzeigenpreise lt. aufliegendem Tarif Nr. 4 / Verlag: Herbert Stubenrauch Verlagsbuchhandlung Berlin NW 40, Lüneburger Str. 21. Postscheckkonto: Leipzig 54629. Telefon: 356031 / Anschrift der Schriftleitung: Berlin NW 40, Kronprinzen-ufer 13. Telefon: 117581 / „Geist der Zeit“ erscheint am 5. eines jeden Monats / Preis des Einzelheftes RM 1,25. Vierteljährlicher Bezugspreis RM 3.— / Diese Bezugspreise ermäßigen sich für das Ausland (mit Ausnahme der Schweiz, Sowjetrußland und Palästina) um 25% / Bestellung bei jeder Buchhandlung, Postanstalt oder dem Verlage / Gesamtherstellung der Zeitschrift: Bibliographisches Institut AG., Leipzig C 1, Täubchenweg 17